MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

60 6. JAHRGANG 5,00 DM

NICHT AM GELD GESCHEITERT

Naturkost: Aussteigen oder umstürzen?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

"Grund für meinen Ausstieg ist das Geld nicht" – so die zentrale Aussage im 'Abschiedsbrief einer Bioladnerin', Seite 3. Die Läden laufen; die Umsätze steigen. Das Produkt – "edel in Verpackung, Ausführung und Preis" hat sich auf dem Markt etabliert – zumindest bei denen, die es sich leisten können. Ursprünglich ging es um alles: um gesunde Ernährung im Zusammenhang mit dem Kampf um menschenwürdige Lebensumstände. Die es sich eben "nicht leisten" können stehen weiter bei Aldi Schlange; eine ehemalige Bewegung erstarrt zum biologischen Eisberg. Es sei denn die, die gehen wollen, finden wieder Gründe zu bleiben.

Ein Bericht von Herrmann Cropp, Redaktion Naturkost ● Im Begriff, die lange geplanten Beiträge über das Querbeetmodell und eine Kritik der Großhandelsstrukturen druckreif zu machen, bekam ich von einer langjährigen Freundin folgenden Brief, mit der Bitte, diesen bekannt zu machen.

So eine packende, aufwühlende Auseinandersetzung mit der Fehlentwicklung in der Naturkostbewegung mußte ich anderen Beiträgen vorziehen. Der Brief ist vielen Bioladnern gewiß aus der Seele gesprochen. Ich weiß, daß es viele sind, die am liebsten alles hinschmeißen und abhauen wollen.

Solche Hilflosigkeit halte ich nicht für richtig, versuche auch immer wieder zu ermutigen, aber daß Elke mutlos sei, kann ich nicht behaupten. Sie ist im Gegenteil sowas von zupackend, sie wird gewiß nicht untergehen. Immerhin sind mir aber genug Fälle bekannt, wo ehemalige Ladner sich keineswegs verbessert haben, sich in den Zwängen des Berufslebens nicht zurechtfinden und noch heute an alten Schulden herumstottern.

Elke regt zu einer richtigen Betrachtungsweise an, nämlich dazu, all jene Ehemaligen, vielleicht Gescheiterten und Aussteiger als Bestandteil der Naturkostbewegung nicht zu vergessen. Denn wieviel heute noch Aktive werden in einem Jahr nicht mehr dabei sein. Ohne Vergangenheit ist eine Bewegung eine Eintagsfliege, nicht lernfähig, sie läuft bestenfalls der Marktentwicklung hinterher. Müssen wir uns nicht alle fragen, ob Jutta vom Zimtsternladen noch in Amsterdam auf dem Hausboot lebt oder gar in Brasilien? Und was macht die lachende Möwe, Uwe, der Bioladnerpionier in Ostfriesland?

Würden all diese phantasievollen Leute anstatt auszusteigen ihre Kräfte für eine Veränderung und Radikalisierung in Umweltschutz, Naturkost und Spiritualität einsetzen, dann bräuchte niemand auszusteigen. Mir ist wegen der kritischen Körnerecke in der CONTRASTE schon öfters gesagt worden, daß andauernde Kritik ermüdend und letztlich enttäuschend ist. Statt dessen solle man das Positive aufzeigen und dagegen setzen. Nun, ich denke, daß Elke in ihrem Brief durchaus ermutigende Perspektiven eröffnet – allerdings ohne Naturkost. ●

AUS DEM INHALT:

WOHIN DER RUBEL ROLLT :

-Scheitert Gorbatschow am Geld?-, fragt Helmut Creutz und rät Gorbi zu einer schleunigen Währungsreform. Die Hochverschuldung osteuropäischer Länder aus -großzügigen Wirtschaftshilfen der siebziger Jahre- und die daraus resultierende Zinsbelastung stellen Peresteroika vor erhebliche Probleme...
mehr dazu auf S. – 4 –

ÜBER EMMA HINAUS :

-Eine neue feministische, überregionale Zeitung wollen wir machen.-, so Sabine Marx, Mitbegründerin und Redakteurin von TARANTEL, der Frauenzeitung aus Bielefeld. Der erklärte Wille von Frauen aus Regionalzeitungen und einigen -professionellen- Journalistinnen scheint das Projekt für nächstes Jahr möglich zu machen. Bereits heute ist frau aber in heftigste Diskussionen über Struktur und Profil der neuen Zeitung verstrickt, die unlängst bis in die LeserInnenseiten der taz schwappten. Radikaler Feminismus ist aus Bielefelder Sicht auf jeden Fall streitfähig..
Meine Theorie, das bin ich selbst, Gisela Marx auf S. – 10 –

SCHREIBEN WAS IST :

Eine offensive Gegenöffentlichkeit fordern BuchhändlerInnen, VerlegerInnen und ZeitungsmacherInnen in einem Round-table-Gespräch über Zensur, das im Juli 1989 stattfand. Positive Ansätze werden zwar in dem Hamburger Aufruf zur Kampagne gegen Paragraph 129 a) (vgl. CONTRASTE 5/89) und der CONTRASTE-Initiative für einen Verbund Gegenöffentlichkeit gesehen, aber viele Aktionen laufen immer wieder ins Leere...
Was offensive Gegenöffentlichkeit in Zukunft wirklich auch für Widerstand gegen Zensur heißen kann, wird dann wohl auf gemeinsamen Diskussionen am Rande des Amsterdamer Medienfestivals -Europa gegen den Strom- erörtert werden können. Vielleicht treffen sich dann dort auch einmal die verschiedenen regionalen Widerstandsnester.
Näheres auf S. – 12 –

ÖKOTEST IM TEST :

Herrscht im erfolgreichen Frankfurter Medienmulti ÖKO-TEST: -Management by Angst- im -Privatladen-? fragt Petra Inden von der Redaktion Rhein-Main. Sie hat sich bei ihren KollegInnen in der Mainzer Landstraße umgeschaut und festgestellt, daß bis auf die Chefredaktion von der ursprünglichen Crew keineR mehr da ist. Das ÖKOTEST-Tagebuch, Gespräche mit ehemaligen Redakteuren, dem Herausgeber und Gesellschaftern ergeben: Betriebsklima im Test mangelhaft.
Ihr Bericht auf S. – 13 –

DIE ANDERE WIRTSCHAFTSDEBATTE :

-Kalte Kartoffeln aus dem Topf zu holen- beschloß der TAKAÖ (Theoriearbeitskreis für Alternative Ökonomie) auf seinem Sommerseminar. Daß da noch genügend heiße Kartoffeln kochen zeigen die Auseinandersetzungen in den Arbeitsgruppen: -Genossenschaften und SV-Betriebe in Europa-, -Konzeption neuer Produktionsverhälnisse-, -Organisationsstrukturen sozialer Projekte/ABM- und die AG -Tanz: Geschichte, Theorie, Praxis-.
Mehr darüber auf S. – 14 –

P 8008 E

00.2621 001 5 #

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

ALTERNATIVE IN SICHT ?

Medienfestival : „Gegen den Strom"

Europäisches Treffen unabhängiger, radikaler Informationsträger in Amsterdam / Diskussion um Ziele einer Europäischen Projektemesse 1991 eröffnet / Internationale Projekt-Patenschaften geplant

Für den CONTRASTE Verein: Vorstand Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Circa 10.000 TeilnehmerInnen erwarten die OrganisatorInnen des Medienfestivals Europa gegen den Strom,das „unabhängige, radikale Informationsträger" aus der ganzen Welt am 15. und 16. September in der „Beurs" von Amsterdam (Nähe Hbf.) gemeinsam veranstalten. Unter den 300 AusstellerInnen, aber auch angekündigten BesucherInnen, befinden sich überraschend viele aus Osteuropa. Via Nürnberg kommt ein ganzer Bus aus der CSSR, aber vor allem auch UngarInnen, PolInnen und Menschen aus der UdSSR werden erwartet.

Zahllose Treffen und Diskussionen wurden arrangiert. CONTRASTE wird zusammen mit dem „Verbund Gegenöffentlichkeit" eine Informations- und Kontaktbörse unterhalten - eine Tagung dieses Verbundes ist für Samstag nachmittag angesetzt (Einladungen über CONTRASTE in Heidelberg erhältlich). Kontakte zu fremdsprachigen Medien des Selbstverwaltungsbereichs werden erwartet.

Währenddessen ist auch die Vorbereitung einer Ersten Europäischen Projektemesse keineswegs ins Sommerloch gefallen. Unter dem Motto -Ende der Eiszeit- hatte sich Anfang Juli in Kassel eine AufruferInnengruppe zusammengefunden, die „über die Grenzen des EG-Binnenmarktes ... Kontakt und Austausch im Sinne einer gemeinsamen Standortbestimmung" sucht und hierfür im In- und Ausland für eine bis 1991 sorgfältig vorzubereitende Großveranstaltung mit Kongressen, Kulturfestival und Ausstellungen wirbt (wir berichteten in CONTRASTE 7/8 aus 1989). Dieser Aufruf hat bundesweit weitere Unterstützung erfahren.

Eine Planungsgruppe in Westberlin erarbeitet z.Z. eine Projektskizze und eine Zeitplanung für ein solches Mammutvorhaben. Der CONTRASTE e.V. als organisatorisches Gerüst der Initiationsphase dieser Messe hat bereits eine schmal ausgestattete Honorarstelle in Westberlin eingerichtet und Redaktionsmitglied **Kurt Regenauer** beauftragt, die Vorbereitung mit diesen Mitteln zu koordinieren.

Die so zu erarbeitenden Unterlagen bilden Diskussionsgrundlage einer bundesweiten Veranstaltung (am 14. Oktober in der Krebsmühle, Oberursel), auf der das weitere Vorgehen beraten wird. Vorgesehen ist, Arbeitsstrukturen zu bilden, zentrale Aussagen der Messe zu diskutieren und die Berufung eines internationalen Beirates vorzubereiten.

Bereits vorher wollen Berliner Frauenprojekte beraten, wie und unter welchen Themen ein Frauenbereich geplant werden kann. Auch veranstaltet die Planungsgruppe nach Erstellung der Projektskizze einen Informations-und Diskussionsabend für Berliner Projekte (am 29.9. um 19 Uhr im Mehringhof/ Versammlungsraum). Ebenfalls in Westdeutschland wird „die Messe" in verschiedenen Szenen des Selbstverwaltungskosmos zum Thema Nr. 1:

○ Der TAK-AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) behandelte das **-Ende der Eiszeit-** bereits auf seinem Sommerseminar im August in Drochtersen (Berichte sind angekündigt).

○Der Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen hat nicht nur das Vorbereitungskonto für die Projektemesse kräftig bedient, sondern auch Vorsorge getroffen, daß die Erste Europäischen Projektemesse schleunigst nach Frankfurt geholt wird, sobald sie in Berlin nicht mehr möglich scheinen sollte.

Gewünscht wird unisono eine neue Debatte, die politische Kontroverse über unsere Zukunft und gesellschaftliche Bedeutung als Selbstverwaltung in einem sich wandelnden Europa.

Karl Bergmann fordert in seinem Statement zur Zukunft der Selbstverwaltung, daß sie einen dritten Weg zwischen „Ökokapitalismus" und „Gulaschkommunismus" definiert. Andere Meinungen beschäftigen sich mit Zielen, Inhalten und Formen internationaler Kontaktaufnahme. **Marlis Cavallaro** will mehr Sorgfalt für eine wirkliche Internationalisierung der Diskussion und eine baldige Berufung eines **Internationalen Beirats**. **Sabine Joswig** schreibt über Utopien einer Vernetzung über kulturellen Schranken hinweg und propagiert Projekt-Patenschaften. Ausländische Beteiligung an der Entwicklung soll über einen **Internationalen Projektpartnerschafts-Fonds für Selbstverwaltung (IPS)** garantiert werden.

Mehr darüber auf den Seiten 7, 8, 9 ●

BANANAS

Ausgerechnet CONTRASTE?

Ausgerechnet Banane! Banane verlangt sie von mir...

Kurt Regenauer, Redaktion Berlin ● ... doch die Szene mußte mit CONTRASTE vorlieb nehmen. Mit dieser Ausgabe werden fünf CONTRASTE-Jahre voll, seit denen Monat für Monat ein InteressentInnenkreis „für Ökologie und Selbstverwaltung" mit unserm Pamphlet versorgt wurde. Oktober 1984 erschien auf der letzten großen Projektemesse ein „Wandelsblatt" für die versammelten Alternativos und solche, die mehr über sie wissen wollen. Bald per Kadi seitens des etablierten Journals „Handelsblatt" zur Umbenennung in „Contraste" gezwungen (unsere FernsehkollegInnen eines bekannten Magazins hatten offenbar nichts dagegen), konnte unsere Auflage dennoch Monat für Monat, wenn auch gemächlich, steigen.

WARUM IST DIE BANANE KRUMM ?

Die gesamte CONTRASTschaft aus Redaktion und Produktion hatte sich schon Anfang Juli in Kassel versammelt, um eine qualitative Auflagensteigerung noch in dieser Dekade vorzubereiten. Mit dem Schritt ins neue Jahrzehnt ist ein Schritt in die schwarzen Zahlen geplant. D. h., eine bessere, etwas teurere CONTRASTE soll bei Beibehaltung ehrenamtlicher Redaktionsstrukturen und des bisherigen Abotrends unser Blatt der neunziger Jahre zum finanziellen „Selbstläufer" machen.

Hierfür hatte das Redaktionsplenum sich fachkundiger Hilfe vergewissert. SpezialistInnen aus Krefeld hatten dann auch mehr mit uns im Sinn als bloßes „face-lifting", Umkrempelung der Zeitungsstruktur ohne inhaltliche Zielvorgabe oder reines Layout-Larifari. Ein halbes Jahr CONTRASTE war studiert und analysiert worden. Resultat war eine Diskussion, die sich zunehmend der Gretchenfrage annahm, was wir denn nun eigentlich mit dieser Zeitung erreichen wollen...

Diskussionen um das, was CONTRASTE eigentlich sein soll, hatten in fünf Jahren redaktioneller Diskussionen nur zu oft zu erbitterten Streitigkeiten, gar Zerwürfnissen geführt. Als kleinster gemeinsamer Nenner wurde ein Verein für Selbstverwaltung und Ökologie gegründet und CONTRASTE als Forum einer Diskussion dieser Inhalte definiert. Nur ersetzen solche Minimalkonsense keine Konzepte.

„Diskussionsforum" als Anspruch legt noch keinesfalls fest, wer hier mit welchem Ziel Beiträge liefert. Selbstzweifel kamen auf: Hatten deshalb eigentlich immer nur alle, die wollten oder konnten, CONTRASTE etwa dafür hergenommen, „ihr eigenes politisches Süppchen zu kochen"?

Dieser Eindruck wird durch die Rahmenbedingungen verstärkt, unter denen CONTRASTE entsteht. Redaktionen können höchstens viermal im Jahr gemeinsam beraten. Einzelheiten der Zeitungsausgaben, ja, **ganze Seiten bleiben daher traditionell** in der Entscheidungskompetenz einer „Heidelberger Endredaktion", da redaktionelle Kommunikation in der Produktionsphase (in der oft noch Pannen auszubügeln sind) in der Regel zu aufwendig und teuer ist. Über neue Kommunikationsmöglichkeiten wird nachgedacht.

So bleibt jede neue CONTRASTE-Ausgabe eine neue Überraschung. Und wenn jemand ein Artikel dann ganz und gar nicht paßt, kann er/sie höchstens etwas in eigenem Sinne schreiben... Anlaß für wachsenden Unmut seitens derjenigen, die sich durch Veröffentlichungen unsererseits „auf den Schlips getreten fühlen". Und dieser Eindruck führt insbesondere dann zum Ärgernis, wenn solche Meldungen in ihrem Medienecho auch ein gewisses Maß an Öffentlichkeit hervorrufen. Beleidigte Reaktionen blieben nicht aus, und aus verschiedenen Ecken des Selbstverwaltungsbereichs kam in unserer Arbeit auch ein negatives Echo... vereinzelt wurden Artikel zurückgezogen, zwei Redaktionen gaben auf, woanders wird CONTRASTE wie eine „Skandalnudel" behandelt.

FINDING FACTS

Andererseits hatten CONTRASTE-News, die Anstoß erregten, die Kalamität oft dadurch hervorgerufen, daß die Informationen unserer AutorInnen schlichtweg und einfach einen Nachrichtenwert hatten, der Interesse weckt. Leitfaden für Veröffentlichungen im Rahmen des Minimalkonzepts „Forumsfunktion" war daher, rückhaltlos alles in die Zeitung zu nehmen, was verständlich ist (**Artikelstandard**), was den Tatsachen entspricht (**Wahrheitsgehalt**) und zu einer Diskussion um Ökologie und Selbstverwaltung beiträgt (**Themenbezug**).

Wir können daher immer nur da von bisher geleisteter Berichterstattung abweichen, wo überzeugende und inhaltlich begründete Stellungnahmen oder aber neue Entwicklungen dies geboten erscheinen lassen. Solange uns z.B. nur BefürworterInnen der Idee einer Europäischen Projektemesse (und das sind ja auch nicht zu wenige) schreiben, wird sich ein bei anderen möglicherweise bestehendes Unbehagen darüber, daß ausgerechnet CONTRASTE zum „Ende der Eiszeit" aufrufen muß, in dieser Zeitung nicht wiederfinden.

Andererseits ist CONTRASTE bei derart hochtrabenden Plänen, ein mittleres „Selbstverwaltungsrevival" aufzulegen, auf kompetente Kritik angewiesen. Diskussionsbarrieren wirken da nur störend und die Redaktion faßte sich in ihrer Kasseler Diskussion ein Herz, ein „Ende der Eiszeit" durchaus ernstzunehmen.

Eine Konkretisierung der Forumsfunktion, die wir unserer Zeitung beimessen, ist vonnöten, damit die Diskussion mit mehr Inhalt gefüllt werden kann. Alte redaktionelle Auseinandersetzungen, ob unser Journal nicht eher eine Art alternative Wirtschaftszeitung sein solle, wurden beigelegt: Das „Diskussionsforum" darf kein Schlagtod-Begriff gegen Wirtschaftsinformation und Auseinandersetzung über Wirtschaftspolitik werden. Gezielte Zusammenarbeit mit Fachleuten und KollegInnen aus anderen Wirtschaftsredaktionen und der Finanzwelt steht an (...und trotzdem widerstanden CONTRASTE RedakteurInnen der Versuchung, nach Anruf eines SPIEGEL-Kollegen das Neueste aus unserer Beziehungskrise mit der Ökobank zu gestehen. Das letzte Wintertheater hatte gereicht).

CATCHING DREAMS

Das Produkt unserer Träume ist CONTRASTE noch lange nicht. Alle MacherInnen haben ein positives Bild eines echten Forums, für das noch ein paar Berge versetzt werden müssen:

○ CONTRASTE soll zur linken Theoriebildung beitragen und Auseinandersetzung um Politik für Selbstverwaltung vorantreiben. Aber wo wird sie derzeit gebildet, die linke Theorie?

○ CONTRASTE soll noch stärker zur Vernetzung der linken und Selbstverwaltungsszene beitragen. Mit der Europäischen Projektemesse soll zumindest bundesweit, wenn nicht international, ein gemeinsamer inhaltlicher Prozeß zum Tragen kommen. Aber mit welchen Themen, Zielen und Inhalten? Werden ausreichende Vorschläge von einer ausreichend besuchten Auftaktveranstaltung am 14. Oktober in der Krebsmühle (Oberursel) entschieden werden können?

○ CONTRASTE soll stärker einem kulturellen Austausch dienen. In der Zeitung selber soll Kunst entstehen. Eine Diskussion, den Modebegriff „multikulturell" mit Inhalt zu füllen, ist zu führen.

○ CONTRASTE soll auch weiterhin sozialpolitische, feministische, ökologische Themen betreuen und dabei Kompetenz ausbauen...

Und all das wollen wir in **einer Zeitung**, in der alle InteressentInnen Informationen besser auf- und wiederfinden, die gleichsam ein beständiges (und weiterhin unique-borstiges) Profil ausstrahlt. Wohlan!

Zur Fortführung der Diskussion um die Zukunft von CONTRASTE wollen wir alle mehr über uns wissen. Mehr über die Zeitung und mehr über ihre LeserInnen. Weitere Urteile und Nahaufnahmen sind einzuholen.

Wir beginnen diese Serie damit, daß wir unsere Finanzlage darstellen. Das verfügbare Zahlenmaterial wurde dem gewiß unverdächtigen Zeitzeugen (und Finanzexperten) Gerd Behrens vorgelegt.

Weitere Artikel werden den Produktionsalltag in Heidelberg, die Redaktionsarbeit vor Ort und andere CONTRASTE-Interna betreffen.

Nicht zuletzt soll unser Publikum auch Aufhellendes über sich selbst erfahren. Wer liest CONTRASTE und warum? Welche CONTRASTE der Zukunft wünscht er/sie sich? Eine Untersuchung einer Zufallsauswahl von AbonnentInnen ist in Vorbereitung.

Warum nur? Warum ausgerechnet CONTRASTE? ●

MONEDAS

Warum die Preiserhöhung?

Aus verschiedenen Gründen hat unser letztes Redaktionsplenum eine **Preiserhöhung** beschlossen. Mit dieser Ausgabe steigt der Bezugspreis von CONTRASTE von DM 3,- auf DM 5,-.

Nach ersten Rechnungsläufen können wir davon ausgehen, daß ein Großteil unserer AbonnentInnen diese Änderung akzeptieren wird. Dies ist umso bemerkenswerter, als daß das Produkt der Änderung mit dieser Ausgabe überhaupt erst einsichtbar wird:

Contraste soll besser werden.

Mit Einschaltung eines professionellen Designers soll erreicht werden, daß Inhalt und Form der Zeitung auf Lesbarkeit, Verständlichkeit und Überschaubarkeit durchgetrimmt wird. Diese Neuerung – verbunden mit einer weiteren elektronischen Aufrüstung – wurde möglich durch einen Zuschuß des bayerischen Ökofonds.

Das Coming Out unseres Blättles in den Bereich schwarzer Zahlen soll auf diese Weise mit einer deutlichen Produktverbesserung verbunden werden. Die hingegen hat auch ihren Preis.

○ Die **Endredaktion** soll künftig durch eine bezahlte Stelle ausgeübt werden.

○ Ab Oktober erscheint im Innenteil von CONTRASTE eine **Messezeitung**, die den aktuellen Stand der Diskussion um die Projektemesse dokumentieren, später auch mehr Seitenaufwand und bei der internationalen Kommunikation Übersetzungsaufwand bedeuten wird.

Die Preiserhöhung fängt jedoch auch die Erhöhung von Porto- und anderen Postgebühren auf und ist ein betriebswirtschaftlich durchdachtes Modell, wie sich CONTRASTE tragen kann.

Dies zeigt nicht zuletzt auch die Stellungnahme von Gert Behrens, seines Zeichens unter vielem andern auch Finanzbeirat der Ökobank, dessen, eigentlich günstige, Finanzprognosen für CONTRASTE ins Jahr 2000 nichtsdestotrotz bei Redaktionsmitgliedern auch ein Schmunzeln hervorrief.

Gert hatte in den Jahren 1993 nach der Projektemesse eine vorübergehende Finanzschwäche vorhergesehen. Er vergaß dabei jedoch, daß wir da längst in EKU kalkulieren... ●

DIE GEWINNCHANCEN SIND EINFACH HÖHER

5 Mark sind bei CONTRASTE besser angelegt als bei der Fernsehlotterie.

Gert Behrens, Redaktion Berlin ● Ich habe den Versuch unternommen, für die nächsten 10 Jahre eine Finanzplanung zu machen. 10 Jahre: da ist sicher auch Lotterie im Spiel. Aber die Zahl der Lose ist begrenzt, d. h. Treffer und Nieten durchaus berechenbar.

Folgende **Grundannahmen** lagen den Vorausberechnungen zugrunde:

○ Die Zahlen des Jahres 1988,

○ die erkennbare Entwicklung in 1989,

○ eine Abosteigerung von 50 Exemplaren je Monat, d. h. im Jahresdurchschnitt eine Erhöhung um 300 verkaufte Zeitungen,

○ auflagenabhängige Preissteigerungen wurden berücksichtigt. Andere Preissteigerungen sind durch Erhöhungen des Abo-Preises aufzufangen,

○ ausgenommen die Mieten und der Aufwand für Festangestellte wurde bei den Anzeigenerlösen, den Vereinsbeiträgen (Fördermitgliedschaften) und den übrigen Kosten eine jährliche auflagenabhängige Steigerung der Einnahmen und Ausgaben von 5 % vermutet,

○ die geringe Verluste von 1992 bis 1995 werden durch Gewinne in anderen Jahren ausgeglichen.

WIRTSCHAFTLICHES ZIEL:
Kostendeckung und

○ ein Stellenplan, der dem zeitlichen Aufwand gerecht wird, d.h. Abbau der ehrenamtlichen Tätigkeiten,

DAS ERGEBNIS:

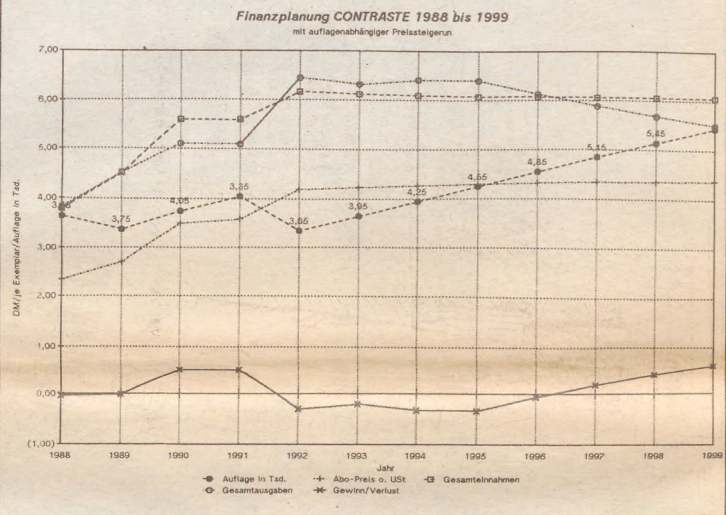
○ unter 5 Mark Verkaufspreis läuft nichts,

○ die Fördermitgliedschaften im CONTRASTE-Verein bleiben wichtig. Wenn auch ihr Anteil an den Gesamteinnahmen nur rd. 5 % der Gesamteinnahmen beträgt, sind sie ein notwendiger Puffer,

○ 1988 war nur zu überleben, weil der Bayerische Ökofond 8.000 DM für die technische Modernisierung von CONTRASTE gespendet hat,*

○ auch in 10 Jahren ist noch Selbstausbeutung angesagt

○ wenn der Erfolg von CONTRASTE meine zurückhaltenden Prognosen nicht Lügen straft. Denn 2.200,00 brutto im Monat für einen Full-time-Job wird nur durchzustehen sein, wenn das sich erweiternde Ozonloch für die Einsparung von Heizkosten sorgt. ●



* (In Wahrheit flossen für Werbewaßnahmen 1988 ingesamt ca. 20.000,-- DM bundesweit aus den Ökofonds und ca. 12.000,-- DM vom Netzwerk Selbsthilfe Berlin.

Die von Gert aufgeführten 8.000,-- DM wurden vom bayrischen Ökofonds 1989 für die technische Modernisierung gespendet. Dieter Poschen, Vorstand)

Foto: K. Müller

CONTRASTE – LEERE SEITEN . . .

... hätte es fast gegeben, denn das neue Layout zusammen mit der Umstellung auf Computertechnik, das alles im ohnehin schon überlasteten Textline-Büro in der Krebsmühle, zerrte an den Nerven aller, sodaß immer wieder eine(r) aussteigen wollte – und dann natürlich doch wieder einstieg in dieses von uns allen so geliebte Zeitungsprojekt. Und jetzt sind alle gespannt: Gefällt unseren LeserInnen das neue Outfit der CONTRASTE oder nicht? Oder haben sie es vielleicht gar nicht bemerkt?

Also: Schreibt uns Eure Meinung. Ist die Zeitung schöner oder häßlicher, lesbarer oder unlesbarer, langweiliger oder contrastreicher geworden? Da wir natürlich immer weiter an der Perfektion feilen, freuen wir uns, wenn wir Eure Wünsche berücksichtigen können. Ab die Post nach Heidelberg mit Eurer Kritik! ●

ABSCHIEDSBRIEF EINER BIOLADNERIN

Körnerbewegung kaputt?

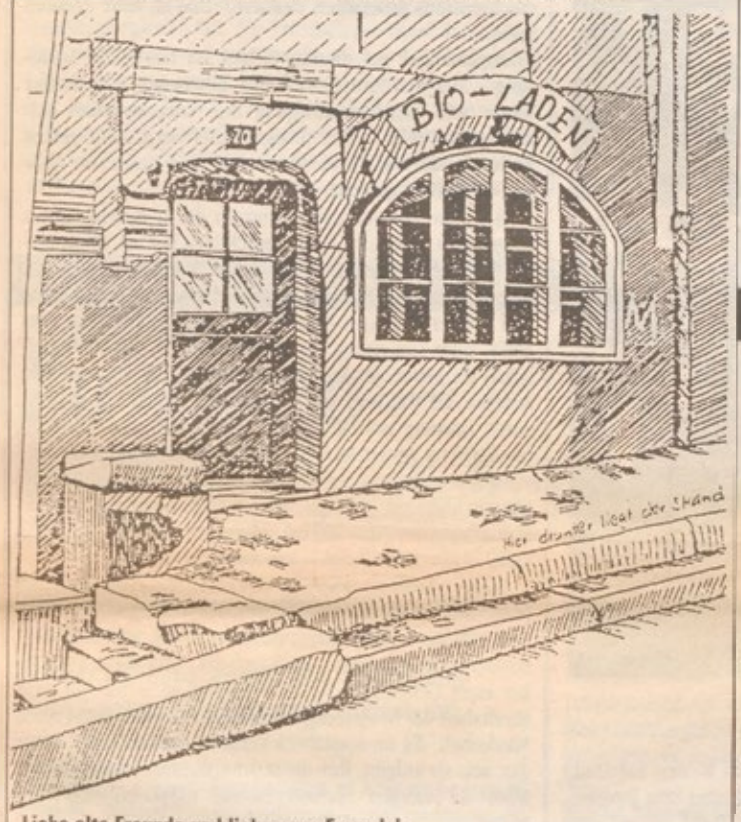
Alte, verlorene Freunde!

Ich kann nicht mehr unter euch bleiben. Je reiner eure Bioqualitätsansprüche und je sauberer euer Geschäftsgebaren wurde, desto unreiner wurde mein Gefühl zu euch.

Was seid ihr noch für mich? Was bin ich für euch? Ich bin für euch, falls ihr euch meiner überhaupt noch erinnert, der Anlaß, schamhaft zu erröten. Ihr seid für mich, eurer ökonomischen Realität entsprechend, eine Reihe von Nullen mit einer belanglosen Ziffer davor. So stellt ihr euch dar, so schätzt ihr euren eigenen Wert und den eurer ehemaligen Freunde ein. Wolltet ihr jemals mehr sein? Mancher hat es mir in früheren Nächten ins Ohr geflüstert... oh ja, große Pläne, Ideale, Zeitenwende!

KÖRNER U. KARTOFFELN WAREN EUCH NICHT FEIN GENUG

Und ich habe mich zu all dem hergegeben, um am Ende doch nur eure Umsätze an der Verbraucherfront zu realisieren. Zu was bin ich heruntergekommen, da schäme ich mich meinerseits. Und anderhalb Jahrzehnte meines Lebens verschwendet für Betrug, der Selbstbetrug ist das Schlimmste daran. Wenn ich es recht überlege: Wie groß ist meine Enttäuschung. Hatte ich doch erwartet, die Träume, die wir gemeinsam hatten in den 70-iger Jahren, bei Shit und Pink Floyd, verwirklichen zu können. Durch welche Tiefen und Untiefen ging es, sei es Politik, Spiritualität oder die Liebe. So vieles war zwar leichtsinnig, egoistisch, gemein, leidvoll, aber nie so eiskalt, menschenleer, zum Erbrechen leer wie das, was ihr heutzutage mit spitzen Lippen und erhobener Nase „Naturkost" nennt. Körner und Karoffeln waren euch nicht fein genug, es mußte köstlich und kostbar sein und natürlich viel Geld kosten.



Liebe alte Freunde und liebe neue Freunde!

Auch von euch verabschiede ich mich, ungern zwar, aber es ist soweit. In den letzten Jahren hat sich manche und mancher aus unseren Reihen abgesetzt, und jedesmal fragte ich mich bang, wann ist die Reihe an mir. Da schwankte ich noch zwischen standhaft bleiben und Enttäuschung. Vielleicht fürchtete ich auch, dann plötzlich vor dem Nichts zu stehen, all die freundschaftlichen Verbindungen in der Szene zu verlieren. Es ist ja doch oder war vielmehr eine Geborgenheit: Die jahrelang vertrauten Gesichter, die gemeinsame Erinnerung an die hingebungsvolle Aufbauzeit, die Tante-Emma-Gespräche zwischen Kräutern und Müsli. Man kommt sich wie ein Verräter vor, wenn man den langjährigen Kunden plötzlich den Laden vor der Nase schließt. Schon ein Urlaub, den ich selten genug hatte, verursachte mir Gewissensbisse. Also Gründe genug, der Sache immer treu zu bleiben? Es gab ja auch noch nie soviel Schund in der Naturkost wie heute!

Und da gab es in der Kundschaft auch einen merklichen Wechsel: Jene, für die ich den Laden am liebsten machte, kamen nur noch selten, kauften nur noch Grundnahrungsmittel oder was sonst billig war und blieben schließlich ganz weg, weil irgendwo eine Verbrauchercoop aufgemacht hatte oder auch weil einfach die Luft raus war aus dieser natürlichen Ernährungsweise. So war das, und dann kamen die neuen Kunden, nette, adrette Studies, Profs und Frau Doktors. Die Antroposophie hielt Einzug, die Besserwisserei, der Rohkostfanatismus von Frau Saubermann, die mal bei einem Brukerseminar war. Aus der einst so empfindsamen Spiritualität wurde das glanzvolle New Age, edel in Verpackung, Ausführung und Preis. Diese Entwicklung hat sich im ganzen Naturkostsortiment niedergeschlagen, in der Aufmachung, im Preis und was überhaupt (noch) angeboten wurde. Es wurde immer mehr Edles im Bioladen verkauft, und da ist es doch klar, daß meine alten Kunden wegbleiben – als Kunde wäre ich ja auch schon lange nicht mehr in meinen Laden gegangen.

ALLES LEERES STROH IN DIESEN KÖPFEN

So möchte ich nicht von euch gehen. Endlich will ich die Worte finden, die ich damals und so oft nicht fand. Jetzt setze ich mich ab, mit einem bitteren Geschmack im Mund. So bitter sind meine Worte, welch ein Gegensatz zu manchen zärtlichen Worten, die ich verschwendet habe! Wir waren eine Familie, sowohl damals in der Landkommune, als auch eine spirituelle Familie im ganzen Land. Ich habe den Oshavatrip mitgemacht, war bei den Premies und dann im Lager der Sponties. Ich habe manchem schöne Augen gemacht und ihn dadurch angeregt, seine Ideen und Kräfte zum Besten zu entfalten. Vielleicht hätte ich ein Kind kriegen sollen. Aber dann so enden wie die Tussi von einem Naturkostkaufmann, die fortan nur noch ums Geld bangt, ohne zu fragen, was Er im Kopf hat?

Ja! Was ist da in manchen Köpfen? Wie mich das altkluge Vernünfteln über unsere weltbewegenden Ideen, die sich angeblich alle nicht verwirklichen ließen, abstößt. Lieber möchte ich ein Leben lang Reis mit Salz essen als ein Menü aus dem Biowurstblatt Schrot und Korn. Lieber laufe ich Meher Baba und Ram Dass nach, als gewisse Naturärzte auch nur anzuhören. Alles leeres Stroh in diesen Köpfen. Ich möchte nochmal einen jugendlichen Schwärmer lieben, nach Sibirien auswandern und dort Bäuerin werden oder, wie ich es nach meinem abgebrochenen Abitur tat, durch Europa reisen und von Straßenmusik leben.

Vielleicht habe ich nicht mitgekriegt, wie die Zeit sich ändert. Aber ich würde auch gar nicht zulassen, daß die Zeit sich oder mich ändert. Ich will ändern! Spitzfindige Vorwürfe meiner angeblich unzeitgemäßen Hoffnung zeigen mir, wie wenig diejenigen Macher sind, die sich für die Macher halten. Sie sind nur etwas größere Zahnräder als Meiers und Müllers und lassen sich von fremden Mächten treiben.

Natürlich gibt es weiterhin die unter euch, die jetzt noch hoffen, so wie ich die letzten Jahre gehofft habe, daß die Körnerbewegung zu retten sei. Und zwischen diesen und jenen vermeintlichen Machern gibt es wiederum die verschiedensten Charaktere und Menschen. Insbesondere jene, die erst seit einigen Jahren dabei sind und meine Rückbesinnung auf die Vergangenheit kaum verstehen werden. Aber eins sollten auch die Jüngeren verstehen: Wenn der ursprüngliche Geist raus ist, dann seid ihr nicht mal mehr Reformhäuser, dann seid ihr weg vom Fenster. So selbstbewußt engagierte, neue Bioladner die Sache anfassen: Sie gestalten nur und entwickeln weiter, was andere in die Welt gesetzt haben.

Wie haben wir angefangen? Das war die Idee, die Begeisterung, die Liebe? War es schlecht oder leichtsinnig, darauf aufzubauen? Ach wie klein waren die Umsätze. Aber damals hat ein selbstgebackenes Brot mehr bewirkt als heute eine ganze Biobäckerei – vergleichbar mit der Wirkung eines Studentenflugblatts in Peking in diesem Frühling. Mögen schon kurz nach der Niederschlagung der chinesischen Studentenbewegung hunderte von Büchern in tausenden von Auflagen deren Ideen verbreiten, solche Quantitäten sind nichts gegen die Qualität eines Flugblatts. Dasselbe gilt für die nur noch auf Quantität bedachte heutige Naturkost. Heute werden esoterische Selbstfindungskurse zum Brotbacken und makrobiotischem Kochen veranstaltet, ein billiger Abklatsch unserer gemeinschaftlichen Kochkünste in der Landkommunenküche!

Wir hielten Schafe und lernten die Wolle spinnen. Wir zogen und tauchten Kerzen, um sie im Laden oder auf Flohmärkten zu verkaufen. Einige, die mehr auf Drogen standen, kauften sich in Amsterdam neben Shit auch Prägewerkzeuge für Ledergürtel und Taschen. Wieder andere besorgten sich ausgediente Druckmaschinen, taten bunte Farbe rein und druckten spirituelle Zeitschriften oder Briefpapier. Dann kamen die ersten Bioläden, mehr Treffpunkte für Gleichgesinnte als Umschlagplatz für Lebensmittel. Noch gab es kaum ein Warenangebot. Einige aus der weitläufigen Gemeinschaft übernahmen die Warenbeschaffung und Verteilung auf die Bioläden. Zum Zweck solcher Absprachen besuchten wir uns gegenseitig oder veranstalteten Treffen. Selbstverständlich waren solche Besuche keine Vertreterbesuche und die Treffen keine Werbekampagnen. Besucher wurden in die Familie oder Kommune aufgenommen, man saß nachts bis drei und hatte viel zu erzählen.

DAMALS HAT SELBSTGEBACKENES BROT MEHR BEWIRKT

Wenn es bei einem Treffen Nacht wurde, am Lagerfeuer selbstgezogener Hanf geraucht wurde, dann habe ich mein Herz nicht verschließen können. Dann bekam ich kühne Lebenspläne und Versprechen zu hören, daß mir heiß und kalt wurde. Damals hatte Haschisch die Sinne noch nicht so kraftlos gemacht, wie kam das eigentlich? In diesen Lebensplänen, das versichere ich, war nichts von Umsätzen, Gabelstaplern oder Bankkrediten zu hören. Ihre Kühnheit lag darin, daß man sich zu einer einfachen und genügsamen Lebensweise entschloß.

Letztes Jahr war mal ein großes Treffen von Naturköstlern. Dabei wurde sogar ein Joint geraucht, wie ich erfuhr. Aber das geschah nur im engsten Kreis einer handvoll Leute aus dem großen Geschäft. Die Masse der Ladner und Ladnerinnen wurde mit PR, Attraktionen und Biobüffet abgespeist. Man kannte sich nicht mehr, wollte sich auch nicht kennenlernen, sondern nur Geschäfte machen.

Einige haben den Traum, nach welchem jeder aufrichtige Mensch sein Leben ausrichtet, noch nicht vergessen. Nur schaffen sie den Absprung nicht. Soviele trösten sich während der ekelerregenden Arbeit in ihrem Biosüßwarenladen mit dem Gedanken, einmal mach' ich es, dann ist Schluß und ich fang in Südfrankreich ganz von vorne an. Da hat eine Freundin plötzlich und unerwartet nach Australien geheiratet, eine andere nach Mallorca. Ein Abfahrer aus Dortmund hat den Laden Laden sein lassen und sich auf eine atlantische Insel verheiratet.

Wer meint, ich müßte mich mehr über meine wirtschaftliche Lage beklagen und daß diese mich zur Aufgabe gezwungen habe, der irrt. Zwar kann ich mich wohl über mangelnde Lieferantentreue beklagen, z.B. daß es Biolandkartoffeln plötzlich im Supermarkt einige Straßen weiter gab, aber nicht wegen materieller Nachteile, sondern aus menschlicher Enttäuschung. Ich beklage mich über den Materialismus, über den Geldwahn, aber Grund für meinen Ausstieg ist das Geld nicht. So gute Umsätze wie zuletzt hatte ich noch nie, darum wurde ich den Laden auch gut los.

Warum kam ich nicht schon eher auf die Idee auszusteigen, als mir die ersten Bioschokoladen in den Laden geliefert wurden? Oder als jener ehemalige Freund vom Regionalgroßhandel so kollegial in meinen Laden kam und „Modernisierungsvorschläge" machte. Er sprach von Professionalisierung, Finanzierung und Profit, ein ganz seltsamer Jargon. Ich hätte weinen mögen, noch jetzt ist mir so. Welch eine Beleidigung für das Werk meiner schönsten Jahre, Modernisierung!

Aufgeblasen ist sowohl die Verpakkung zum Beispiel der dreifach verpackten Naturkosmetik als auch die Idee der Naturkost in aufwendigen Prospekten oder in Form dieses Wurstblattes Schrot und Korn. Das erinnert mich stark an ein Hausfrauenblatt, das mein Vater früher immer vom Fleischer mitbrachte. Nur sehe ich das jetzt mit andern Augen und bin enttäuscht über diese Oberflächlichkeit, diese Hohlheit. Ein einziges geistiges Vakuum, das ertrag ich nicht. Billige Witze und Illustrationen sind für mich genauso gedankenleer wie die Gesichter der modebewußten Naturkostkunden. Und die aufdringliche Werbung machte meine Kunden nur scharf auf unnötiges Zeug.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Nein, diese Männeken mit Schlips und Manieren können mich nicht überzeugen, ebensowenig ihre säuerlichen Hausfrauen, denen ich bei Seminaren und Biomessen begegnet bin. Was soll ich in solcher Gesellschaft? Und diese Gesellschaft hat sich in der Naturkostbewegung immer mehr ausgebreitet. Habe ich jemanden beleidigt? Hätte ich doch niemanden beleidigen können und wäre jede Ladenfrau, jeder Ladner, jeder Großhändler und Hersteller eine handfeste Persönlichkeit!

Freunde, sagt mir, ich soll bleiben, sagt, ich werde gebraucht! Und sagt auch wofür, aber nennt mir keine materiellen Ziele. Denn nun, wo ich mit dem Laden Schluß gemacht habe, weiß ich, daß ich nichts brauche. Nur und zuerst in mir brauche ich etwas. Wie hohl, hungrig und überfressen fühlte ich mich oft, als ich dieses gierige Leben der Sicherheit und des äußeren Erfolgs führte. Und wie ausgefüllt bin ich jetzt innerlich, wo meine Hände leer sind und meine Schultern frei von Schulden (was ich für den Laden bekam, reichte gerade für die Verbindlichkeiten). Ich fühle mich noch einmal so wie früher hoffnungsvoll, selbstlos, aufopferungsbereit. Diese Erinnerung, dieses erhebende Gefühl unserer Generation im Aufbruch, das zwang mich förmlich, an euch alle wieder zu denken: ihr Erfolgreichen und Versager, ihr Künstler und Lebenskünstler, ihr Träumer und Dogmatiker, ihr kleinen Jungs und ihr wenigen richtige Männer, ihr zänkischen, besitzgierigen Weiber und (das erfüllt mich mit Hochachtung, geradezu Liebe) ihr vielen Bioladenfrauen, die ihr, wie ich es tat, tagtäglich verantwortungsvoll eure Arbeit macht, am Monatsende mit Kummer die Kasse prüft und feststellt, wie wenig sie euch wieder gelassen haben, aber dennoch nicht aufgebt. Auch das macht mich traurig, wie selten wir uns in den letzten Jahren, wo das Geschäft immer mehr in den Vordergrund trat, noch gesehen haben. Einmal mit alten und neuen Freundinnen im grünen Gras sitzen, bei einer Wassermühle in Nordhessen, kochen, abwaschen für alle, Geschirr der Gemeinschaft klappert, Musikinstrumente und phantasievolle Kleidung verbreiten ein klingendes, glückliches Gemälde – soll das alles Vergangenheit, also gar nicht wahr gewesen sein? Gisela, Karin, Jutta, Horst, Hugo, Ulrike, Reiner, wo seid ihr alle? Lebt ihr noch und ist das überhaupt ein Leben, das ihr führt?

LEBT IHR NOCH...?

Nicht daß ich mich aus dem Staub machen und euch mit Ärger zurücklassen will. Andererseits habe ich meinen Laden nun aufgegeben und verlasse dieses Land. Doch wünsche ich euch, wenn ich meine Gefühle recht überprüfe, daß meine Worte oder eure Ideen dazu beitragen mögen, alles anders werden zu lassen. Wieder kämpfen, streiten, lieben! Begeisterung für die Sache und füreinander, Vertrauen und Liebe! (...ein PS noch: ich sage Vertrauen, und die meisten wollen Kontrolle, kontrollierten Anbau, kontrollierte Herstellung, kontrollierte Läden... ohne mich!) ● **Eure Elke**

Anzeige

„BEIRUT STIRBT UND KEINER KÜMMERT SICH DRUM"

Dringender Hilfsaufruf & Appell für den Frieden

Die Stadt Beirut wird vernichtet. - Immerfortwährend. Seit langem schon. Das ist ein politisches Prinzip. Was ließe sich dazu noch sagen? Welche Sprache wüßte dem unendlichen Inferno einen Ausdruck zu geben?
Also bleibt nur, der Menschen wegen, daß wir Mahnungen erneuern & längst bekannte Worte wiederholen, die wie Asche sind im Mund:

300000 Menschen auf panischer Flucht. Schwere FROG 7 Raketen, vom Irak geliefert, reißen mit 500 kg Sprengladung Krater von der Größe eines Kinderspielplatzes. Die syrische Armee antwortet mit ihren Waffen.

Die Geflüchteten kampieren unter dem gar nicht freien Himmel im Küstenstreifen nahe der Stadt Saida. Luftmatratzen, Strohmatten und die Kleider auf dem Leib sind ihre einzige Habe.

Die Palästinenserlager im Elendsgürtel von Beirut leiden die größte Not: Granaten, Hunger, Krankheit und Durst, weil es kein gutes Wasser mehr gibt.

Die schwangere Nawal Nurjeh, Brandwunden am Körper, sagt: »Arme wie wir zahlen den Preis für diesen Krieg.« Sie weiß, daß ihr Kind als Flüchtling geboren wird.

Wir wollen dazu nicht schweigen und untätig sein.

Medico International hat ein sofort wirksames Programm von Nahrungsmittel- und medizinischer Hilfe eröffnet. Es ist abhängig von sofortiger Zustimmung durch Spenden für die geschundene libanesische und palästinensische Bevölkerung.

Rasche Spenden auf die Konten: 1800 Frankfurter Sparkasse oder Postgiro Köln 69 99 - 508, Stichwort: »LIBANON«

medico international
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 / 499 00 41 - 2

medico international

Alle Spender werden über die Verwendung der Gelder & die weitere Entwicklung im Libanon informiert. Wir bitten um Weiterverbreitung dieser Anzeige.

SCHNÖDER MAMMON

Scheitert Gorbatschow am Geld?

„Von allen Ursachen des Niedergangs von Nationen ist eine der wichtigsten die Entwertung des Geldes, die ohne Gewalttätigkeit und auf verborgenen Wegen die Staaten in den Abgrund führt"

Von Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● So schrieb bereits vor knapp 500 Jahren Nikolaus Kopernikus, und John Maynard Keynes, der bekannteste Ökonom unseres Jahrhunderts, meinte: „Es gibt keine spitzfindigere und tödlichere Methode, um die gesellschaftlichen Grundlagen zu zerstören, als die Vernichtung der Währung." Noch kürzer ist das Zitat, das Lenin zugeschrieben wird: „Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muß man ihr Geldwesen ruinieren." Lenin hat sich, wie wir spätestens seit Polen und Jugoslawien wissen, allerdings in einem Punkt geirrt: Nicht nur die bürgerlichen, auch die sozialistischen Gesellschaften geraten mit einem „ruinierten Geldwesen" aus den Fugen. Wird auch Gorbatschow am Geld scheitern? Nach Gorbatschows Amtsübernahme im Kreml hat der von ihm neu eingesetzte Chef der sowjetrussischen Staatsbank, Viktor Demenzew, die Bevölkerung beruhigt: Bei aller sonstigen Reformbereitschaft, eine Währungsreform sei nicht geplant! Auch das Bankgeheimnis und die Zinszahlungen für das Ersparte bei den Banken bleibe weiter garantiert. Und diese Zinsen in der UdSSR waren nicht gering, vor allem angesichts der über Jahrzehnte festgeschriebenen Preise: drei Prozent für normale Einlagen und fünf für längerfristige! Doch trotz dieser lukrativen Belohnung für die Geldfreigabe und trotz des zugesagten Bankgeheimnisses trauten allzuviele Bürger ihrem Staat nicht. Sie hielten ihr übriges und gespartes Geld lieber zu Hause fest, unter der berühmten Matratze oder wo sonst immer. Und um die dadurch entstehenden Lücken im Nachfragekreislauf zu schließen mußte die sowjetrussische Staatsbank immer neue Rubel drucken, von den Milliarden zum Ausgleich der Etatlücken nicht zu reden. Auf diese Weise hat sich in der UdSSR ein Geldberg angesammelt, der inzwischen auf 300 Mrd. Rubel geschätzt wird.

Natürlich sagt eine solche Zahl nicht viel. Griffiger wird sie jedoch, wenn man sie z.B. mit der monatlichen Endnachfrage der privaten Haushalte vergleicht. Nach Angaben des Ökonomen Nikolaj Petrakow liegt diese etwa bei 30 Mrd. Rubel. Dieser Betrag ergibt sich auch, wenn man das durchschnittliche Monatseinkommen in der UdSSR von etwa 230 Rubel mit der Zahl der Erwerbstätigen multipliziert. Einer monatlichen Endnachfrage in Höhe von 30 Mrd. steht also mit 300 Mrd. Rubel eine zehnmal größere Geldmenge gegenüber! Mit 143 Mrd. DM ist die Geldmenge in der Bundesrepublik dagegen nur knapp dreimal größer als die monatlich bar nachgefragten Verbrauchsgüter. Dieser Vergleich macht die Größe des Geldüberhangs in der UdSSR in etwa deutlich.

Solange dieser Geldüberhang in den Geldverstecken liegenbleibt, ist er problemlos. Wird er aber zu dem kursierenden Geld in den Nachfragekreislauf eingeschleust (und dafür genügen bereits Gerüchte über Preiserhöhungen oder Geldreform), dann kommt es zu einer Übernachfrage, die auf kein entsprechendes Angebot trifft.

In einer normalen Marktwirtschaft führt eine solche Übernachfrage zu einem inflationären Preisauftrieb. In einer Planwirtschaft dagegen, in der die meisten Preise festgeschrieben sind, kommt es zur Bildung Schwarzer Märkte, auf denen die sich bildenden Preise den wahren (Un)Wert der Währung erkennen lassen. Aufgrund der niedrig gehaltenen offiziellen Preise kommt es außerdem zu Überkäufen in den staatlichen Läden, wobei vor allem langlebige Güter gehamstert werden, z.B. Textilien, Zucker, Mehl, Waschmittel usw. Die ärmere Bevölkerungsmehrheit, der die Rücklagen fehlen, um solche Hamsterkäufe mitzumachen, steht dann mit ihrem Arbeitslohn vor leeren Regalen. Auch der Ausweg auf die Schwarzen Märkte ist ihnen mangels Kaufkraft versagt, und die Einführung von Bezugsscheinen und Lebensmittelkarten garantiert unter den gegebenen Verhältnissen kaum eine ausreichende Versorgung. So kommt es denn, daß im Donezbecken oder in Sibirien Arbeiter nicht nur auf die Straße gehen und wegen zu geringer Löhne demonstrieren, sondern auch wegen fehlender Handtücher und Seife.

In solchen Engpaßsituationen zeichnen sich verstärkt die sozialen Diskrepanzen zwischen der ärmeren Bevölkerungsmehrheit und den gut und übergut Verdienenden ab, und es ist kein Wunder, daß sich dann der Volkszorn gegen die Funktionäre richtet. Aber auch die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse zwischen den verschiedenen Völkerschaften innerhalb der Sowjetrepubliken treten schärfer hervor. Zu welchen Emotionen und Aggressionen das wiederum führen kann, vor allem auch gegen völkische Minderheiten, erleben wir selbst in unserem Land seit einigen Jahren – die Schönhubers lassen dann nicht lange auf sich warten!

Arbeiterversammlung der Putilow-Werke, 1917

WAS KÖNNTE GORBATSCHOW TUN?

Im Prinzip gibt es mehrere Möglichkeiten, auf die gegebene Situation zu reagieren. So könnte Gorbatschow zum Beispiel die staatlich eingefrorenen Preise der Nachfrage entsprechend anheben. Mit dieser eingestandenen Inflation aber würde noch mehr gehortetes Geld zu Hamsterkäufen freigesetzt und der Prozeß würde sich beschleunigen. Damit aber würden immer größere Teile der Bevölkerung verarmen, somit würden sich soziale und politische Spannungen verstärken. Auch eine Anpassung der Löhne an die Preise, wie immer wieder versucht, bringt keine wirkliche Entlastung, da damit das überschüssige, inflationstreibende Geld nicht verschwindet, sondern allenfalls im Wert verwässert wird. Außerdem wird Gorbatschow nicht vergessen haben, wieviele Kollegen im Ostblock solche administrativen Preiserhöhungen den Stuhl gekostet hat, man denke nur an Gomulka oder Gierek in Polen.

Ein anderer Weg aus der Misere wäre eine der Nachfrage entsprechende Ausweitung des Angebotes, um damit die zuviel auf den Markt drängenden Rubel aufzufangen. Doch angesichts der Größenordnung des Geldüberhangs besteht dazu nicht die geringste Möglichkeit, schon gar nicht in einer Planwirtschaft mit ihrer unbeweglichen und verfilzten Bürokratie. Selbst in den besten westlichen Marktwirtschaften ist eine solche Anpassung nicht schnell genug zu schaffen, wie die immer wiederkehrenden Inflationsschübe bei uns zeigen.

Ein dritter Weg wäre der Einkauf fehlender Güter in den westlichen Industrienationen, die kaum große Schwierigkeiten hätten, die Engpässe in der UdSSR ziemlich rasch zu schließen. Aber solche Einkäufe im Westen kann man nur mit Devisen bezahlen, die man wiederum nur durch entsprechende Exportüberschüsse verdienen kann, das heißt, durch entsprechende Leistungsüberschüsse. Daran aber hapert es ja gerade in der UdSSR, sieht man von einigen Rohstoffvorkommen ab.

Als vierter Weg böte sich der Kauf im Westen auf Kredit an, und auch das wäre für den Kapitalismus kein Problem. Im Gegenteil, man wartet schon lange darauf, um auf diese Weise die überquellenden Geldvermögen renditeträchtig einzubringen. Rußland und China sind ja die letzten großen Länder, in denen die Dollar-, DM- und Yen-Milliarden noch einigermaßen risikolos unterzubringen sind. Doch auch hier dürfte Gorbatschow bei den anderen Ostblockstaaten in die Lehre gegangen sein. Denn „Die Schulden fressen den Sozialismus", wie Ton Veerkamp, Studentenpfarrer in Berlin, kürzlich einen Aufsatz in der Zeitschrift „Die junge Kirche" überschrieben hat. Sie fressen ihn nicht nur (und nicht nur ihn!), sondern sie zwingen die verschuldeten Länder in die Knie, auf die Knie vor ihren Geldgebern, wie wir gerade in Polen miterleben! Und ist man erst einmal in diesen Schuldensumpf tief genug verstrickt, ist ein Entkommen kaum noch möglich. Allenfalls mit Methoden, wie sie in Rumänien in den letzten Jahren angewendet wurden, Methoden,unter denen die Bevölkerung stark zu leiden hatte.

Der einzige konstruktive Weg, der wirklich weiterhelfen könnte und der auch bei den Ursachen ansetzt, wäre eine Abschöpfung der überschüssigen Rubel in der UdSSR durch eine sogenannte Währungsreform. Denn um eine wirkliche Reform der Währung oder des Geldwesens handelt es sich bei dieser Maßnahme ja nicht, sondern vielmehr nur um ein 'Abräumen' des vom Staate bankrottierten Geldes und um einen Neubeginn auf alte Weise. Genauer: die Wiederholung einer Geldversorgung, bei der man den Geldumlauf nicht beherrscht. Doch auch gegen einen solchen Schritt wird es in der UdSSR massive Widerstände geben. Weniger von den Massen her, die kaum etwas auf der hohen Kante und entsprechend wenig zu verlieren haben und die die eigentlichen Gewinner einer solchen Maßnahme wären. Der Widerstand dürfte von den wohlhabenden Minderheiten kommen, die allein dabei verlieren und die – nicht anders als bei uns – den größeren Einfluß auf die Entscheidungen der Regierungen haben.

GELDUMLAUFPROBLEME

Gorbatschow ist sich der Fehlerquellen durchaus bewußt. So sagte er in seiner Rede vom 25. Juni 1987 beispielsweise: **„Große Aufgaben gibt es im Bereich der Geldzirkulation zu lösen. Ohne diese kann kein neuer Wirtschaftsmechanismus geschaffen werden."** Und an einer anderen Stelle:

„Hauptmangel auf diesem Gebiet ist heute die Loslösung ...der Geldmittel von der Bewegung materieller Werte und die Übersättigung der Volkswirschaft mit Zahlungsmitteln. ...Der jetzige Rubel wird nicht seiner Rolle als aktives Mittel der finanziellen Kontrolle über die Wirtschaft gerecht."

Wie diese Auszüge zeigen, können die in diesem Aufsatz dargelegten Tatbestände mit vorsichtigen Worten kaum besser beschrieben werden. Doch wenn Gorbatschow die von ihm angeführten Schwierigkeiten überwinden will, bleibt ihm nur der Weg einer Abschöpfung des Geldüberhangs, das heißt, einer Einziehung des gesamten Geldes mit Umtausch gegen ein neues, das in seiner Menge der Leistung und dem Angebot der Volkswirtschaft entspricht. Mit einem solchen durch Leistung gedeckten Geld würde auch das Erbringen von Leistung wieder interessant und die Motivation zur Leistung normalisiert. Der Schwarze Markt verschwände im Gleichschritt mit der Gesundung des normalen Marktes. Und alleine mit einer solchen Maßnahme könnte auch der Rubel – ein neuer Rubel – konvertierbar werden.

Sicher gehört zu einer solchen Maßnahme viel Mut und Kraft. Doch wenn ein Patient langsam dahinsiecht und der Tod mit jedem Tag unausweichlicher wird, ist selbst eine schmerzhafte Gewaltkur ein Geschenk. Und diese Radikalkur eines Geldumtauschs ist – wie gesagt – nur für eine Minderheit der Sowjetbürger schmerzhaft. Doch selbst diese Minderheit, die im Augenblick verliert, gewinnt dabei. Denn das, was sie aufgibt, ihre meist unverdienten Geldvermögen, würde sie „morgen" sowieso verlieren, möglicherweise noch mehr.

Auch unsere Zukunft in Westeuropa wird von den Vorgängen in der Sowjetunion entscheidend beeinflußt. Wir können darum nur hoffen, daß Gorbatschow in den geldbezogenen Fragen die richtigen Berater hat. Vielleicht sogar Berater, die dafür sorgen, daß bei der neuen Währung jener Fehler vermieden wird, der – wie Kopernikus zu seiner Zeit schon schrieb – „auf verborgenen Wegen die Staaten in den Abgrund führt", immer wieder aufs Neue! ●

ABSCHAFFUNG DER QUELLENSTEUER BEI ZINSEN

Von Herbert Siebert, Redaktion Heidelberg ● Die zum 1. Januar 1989 eingeführte 10 % Kapitalertragssteuer ist mit Wirkung von 1. Juli 1989 wieder abgeschafft worden. Erträge aus Versicherungen sind einkommensteuerfrei, wenn die Laufzeit des Vertrages mindestens 12 Jahre beträgt und die Versicherungsbeiträge als Sonderausgaben abzugsfähig sind.

Die Steuerfreiheit gilt sowohl für rechnungsmäßige als auch für außerrechnungsmäßige Zinsen sowie für Schlußgewinnanteile. Die Steuerfreiheit wird rückwirkend ab dem Veranlagungszeitraum 1989 eingeführt. Soweit bereits 10%ige Quellensteuer auf Lebensversicherungserträge einbehalten worden ist, werden die Finanzämter die abgeführte Quellensteuer in einer Summe an das jeweilige Versicherungsunternehmen zurückzahlen. Die Teilbeträge werden den Versicherungskunden gutschreiben. Soweit einzelnen Versicherungsunternehmen die Kapitalertragssteuer bereits gegen Vorlage einer NV-Bescheinigung erstattet worden ist, wird aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und der Kostenersparnis auf die Rückforderung verzichtet, eine doppelte Erstattung wird also in Kauf genommen. Erstattungsanträge, die bis zum 1. Juni 1989 noch nicht bearbeitet wurden, werden nicht mehr bearbeitet, sondern führen durch die Erstattung der Quellensteuer unmittelbar an das Versicherungsunternehmen zu einer Gutschrift auf dem Versicherungskonto. Um in Veranlagungsfällen eine doppelte Rückzahlung zu vermeiden, wird bei dem einzelnen Versicherungsnehmer die Anrechnung auf die Einkommenssteuer zum Zwecke der Erstattung ausgeschlossen.

Die 10%ige Quellensteuer auf Zinserträge wird ab dem 1.7.1989 aufgehoben. Der Kapitalanleger erhält daher künftig seine Zinsen voll ausgezahlt. An der Besteuerung der Zinseinnahmen hat sich durch die Abschaffung der Quellensteuer nichts geändert; Zinsen unterliegen auch weiterhin als Einnahmen aus Kapitalvermögen der Einkommenssteuer.

Soweit im ersten Halbjahr 1989 Kapitalertragssteuer einbehalten worden ist, ist sie wie eine Vorauszahlung auf die Einkommenssteuer zu behandeln. Sie wird infolgedessen nicht zurückgezahlt, sondern gegen Vorlage der Kapitalertragssteuer-Bescheinigung bei der Einkommenssteuer - Veranlagung für das Jahr 1989 auf die Einkommenssteuer angerechnet.

Erfolgt keine Einkommenssteuer-Veranlagung, so kann der Steuerzahler entweder den Schuldner der Kapitalerträge durch Vorlage einer NV-Bescheinigung zur Abstandnahme vom Kapitalertragssteuerabzug veranlassen oder er kann sich, falls eine Abstandnahme nicht möglich ist, die bereits erhaltene Quellensteuer erstatten lassen.

Der Sparer-Freibetrag ist ab dem Veranlagungszeitraum 1989 von DM 300,-- auf DM 600,--für Alleinstehende bzw. von DM 600,-- auf DM 1.200,-- für Zusammenveranlagte angehoben worden. Zusammen mit dem unveränderten Werbungskosten-Pauschbetrag sind bei Alleinstehenden DM 700,-- Kapitalerträge und bei Zusammenveranlagten DM 1.400,-- Kapitalerträge ab 1989 steuerfrei gestellt. ●

REISETIP

Entgegen der Teuerungswelle im UDSSR-Tourismus kann der Frankfurter UDSSR-Spezialist ABBAKUS mit äußerst günstigen Preisen aufwarten. Gegenüber den Sommerangeboten liegen die Preise um 20 - 30 % niedriger.

So ist eine einwöchige Reise auf dem »Goldenen Ring« zu den Kulturdenkmälern der altrusssischen Städte Wladimir und Susdal mit Aufenthalt in Moskau für nur DM 695,-- buchbar, Abflug ab Berlin-Schönefeld oder Frankfurt.

Das »Erlebnis Kaukasus«, eine 10-tägige Rundreise ab/bis Moskau nach Georgien und Armenien, kostet DM 1.049,-- pro Person. Von Moskau Flug nach Tbilissi, der an den Ufern der Kura gelegenen georgischen Hauptstadt. Fahrt durch die Bergwelt des Kaukasus weiter nach Erewan, wo unter anderem die Besichtigung von Etschmiadzin, einst Residenz des Königs Tiridates im 4. Jh., und eine nächtliche Lichterfahrt durch Erewan auf dem Programm stehen.

Im Preis inbegriffen sind jeweils Linienflüge, Unterkunft mit Vollpension, alle Transfers, Führungen und Eintrittsgelder sowie die eigene ABBAKUS-Reiseleitung.

Nähere Informationen:
ABBAKUS, Mainzer Landstr. 92
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/740188

REZENSION

Tatort Nassauerstraße 13 – dieser Krimi ist live

Die Saarmetropole ist Schauplatz. Der frühere Oberbürgermeister Oskar, sein Bruder, Rechtsanwalt Hans Lafontaine sind ebenso Protagonisten wie verschiedene subalterne Bedienstete der Stadtverwaltung und einige karrieregeile Emporkömmlinge.

Eine Wohngemeinschaft widersetzt sich den projektierten Sanierungszielen. Unter dem Deckmäntelchen sozialer, mietergerechter Modernisierung versteckt sich letztlich die Installierung der Zweidrittel-Gesellschaft. Ein Wohnviertel mit über Jahrzehnte hinweg gewachsenen Lebensstrukturen wird radikal zerstört. Alte, Arbeitslose, Studenten, Sozialhilfeempfänger, Ausländer passen nicht mehr in das Bild des aufstrebenden, flexiblen, kaufkräftigen, urbanen Citoyen. Sie müssen raus, sind die Opfer sozialdemokratischer Sanierungspolitik.

Frei von jedem Skrupel moralischer Verantwortung oder gar sozialen Verhaltens, werden die Bewohner der Nassauer Straße 13 im Saarbrücker Sanierungsgebiet Nauwieserviertel abgeräumt. Die Stadt setzt die Mieter auf die Straße.

Das vorliegende Buch „Tatort Nassauerstr. 13" dokumentiert minutiös die Verfahrensweise kommunaler Macht. Ein Stadtplaner steht aus persönlichen Ambitionen an vorderster Front. Ein Architekt reiht sich aus finanziellen Gründen ein. Ein Oberbürgermeister wird wortbrüchig. Im Background betreiben Bauausschuß und Planungsamt die soziale Umstruktuierung des Viertels. Arme raus – Reiche rein! Die Durchschnittsmiete im Nauwieserviertel steigt innerhalb von fünf Jahren von vier auf über zehn Mark pro m^2.

Der Kampf der Wohngemeinschaft richtet sich vor allem gegen die Vertreibung der Bürger aus dem Viertel. Die WG gewinnt zwar Prozesse gegen die Stadt, wird allerdings materiell in die Knie gezwungen, kann schließlich ihre Wohnung nicht mehr halten.

Die ökonomische Macht und Kaltblütigkeit, mit der der Apparat agiert, ist anhand von Dokumenten nachzulesen. Betroffene schildern einprägsam den Tathergang. Das Ganze wird einer politischen Bewertung unterzogen. Beschämend kommt hinzu, daß Teile der alternativen Szene, vor allem jene, die mit der Sozialdemokratie auf Du und Du sind, dem Verlauf der Zerstörung nicht nur tatenlos gegenüberstehen, sondern ihn auch teilnahmsvoll und nicht einmal uneigennützig fördern. So stellt diese Entwicklung beispielhaft klar, auf welcher Seite heute viele ehemalige Linke und Alternative angesiedelt sind.

118 S., zu beziehen über
Bernd Rausch
Forbacher Str. 8
6600 Saarbrücken
Kto-Nr. 290 600 840
Sparkasse Saarbrücken

NEUE INFOTHEK FÜR BERLIN

Goldrausch im Gründungsrausch

Im Sommer 1985 entwickelten die Goldrausch-Frauen die Idee zu einem Millionen-Projekt. Ein zentral gelegenes Haus oder eine große Etage sollte es geben mit einer Infothek, in der Berlinerinnen und Berlin-Touristinnen vieles erfahren könnten, was für sie wichtig und interessant sei. (s. auch Interview auf dieser Seite)

Von Gerda Lischke, Redaktion Frauen ● An diese Infothek sollten sich die Redaktionsräume von Blattgold und das Goldrausch-Büro sowie ein Steuer- und ein Unternehmensberatungsbüro für Frauenprojekte und Frauenbetriebe anschließen. Weiterhin sollten Büros für Frauenprojekte in Gründung, Frauen, die an ihrer Doktorarbeit schreiben, oder Geschäftsreisende kurzfristig zu mieten sein. Ein großer Veranstaltungsraum sollte u.a. Weiterbildungskurse für Tourismusfrauen, Existenzgründerinnen und Künstlerinnen ermöglichen.

Nach verschiedenen Verhandlungen mit dem Senat für Wirtschaft und Arbeit und der Frauenbeauftragten reichten wir unseren Antrag ein und wurden schließlich dem Frauenförderungsprogramm im Rahmen der 2. Qualifizierungsoffensive des Senats von Berlin zugeordnet, da dies die meisten Realisierungsmöglichkeiten bot. Die Frauenförderungsstufe steht unter Federführung der Frauenbeauftragten und ist für die Jahre 1988 - 1991 mit jeweils drei Millionen DM ausgestattet. Bislang werden 14 Projekte gefördert. Die Träger reichen vom Bildungswerk der Berliner Wirtschaft über die Technische Universität Berlin, Berufsfortbildungswerk und Jugenddorf Berlin bis zu Frauenbund und Goldrausch Frauennetzwerk Berlin.

Unser ursprünglicher Vernetzungsgedanke war nicht in Verwaltungslyrik umsetzbar. (Vielleicht später mal im Gründerinnenzentrum?) Der Antrag wurde vielmals umgeschrieben und neu berechnet. Die Förderungsrealität war nicht sehr dehnbar, unsere Vorstellungen nur begrenzt schrumpfbar. Schließlich wurde der Antrag fein säuberlich in drei Projekte getrennt: in die Fraueninfothek, in Gründungsrausch und in das Künstlerinnenprojekt, die jetzt allesamt vernetzt in der Leibnitzstr. 57, 1000 Berlin 12, sitzen.

Die Infothek ist seit dem 15.11.88 geöffnet. Der erste Kurs von Gründungsrausch – Weiterbildungsinitiative für potentielle Existenzgründerinnen – hat am 1.2.89 begonnen und läuft bis zum 15.12.89. In Kooperation mit der Frankenwarte wird es auch einen einwöchigen Intensivkurs im November 89 geben. Der Künstlerinnenkurs wird am 1.11.89 beginnen.

Angesichts der angebotenen Alternativen auf dem traditionellen Arbeitsmarkt ist eine selbständige Existenz für Frauen interessant geworden. Viele Frauen machen sich selbständig, weil sie ihre Qualifikationen und Ideen nicht mehr in ein Arbeitsverhältnis einbringen können. Sie wollen mit der Gründung nicht „reich" werden, sondern für sich und andere Frauen Arbeitsplätze schaffen und mehr Selbstbestimmung am Arbeitsplatz haben. Zudem verfolgen Frauen mit einer Betriebsgründung häufig auch soziale und kommunikative Zielsetzungen. Betriebsgründungen machen schon von ihrer Zahl her das Engagieren für sinnvolle Arbeitsbedingungen im traditionellen Bereich keinesfalls überflüssig. Durch Gründungsrausch-Kurse soll jedoch denjenigen Frauen, die Lust und Liebe zur Gründung eines Betriebes haben, ein ausführliches Weiterbildungsprogramm zur Überwindung der spezifischen Schwierigkeiten von Frauenbetrieben geboten werden.

In die Kurse fließen die Erfahrungen aus sechs Jahren Geldvergabe und Betriebsberatung von Goldrausch ein, sowie Ratschläge und Kooperation von und mit Projekten wie den Frauenbetrieben Frankfurt, economista Berlin, Frau und Arbeit Hamburg sowie dem EG-Netzwerk für öffentliche Beschäftigungsinitiativen.

Der Jahreskurs umfaßt dreimal wöchentlich je 4 Kursstunden am Vormittag und ist kostenfrei. Für ihren Lebensunterhalt müssen die Teilnehmerinnen selbst aufkommen. Der Kurs beinhaltet ausführliches betriebswirtschaftliches Grundwissen wie Rechtsformen, Buchführung, Steuern, Planung, Kalkulation und Finanzierung, Einführung in das EDV-Betriebssystem MS-DOS sowie Textverarbeitung, Schreiben von Serienbriefen und einfache Kalkulationen. Besonders wichtig ist den Teilnehmerinnen aber auch das, was unter dem Begriff „Erweiterung persönlicher Kompetenzen" gefaßt werden kann wie Kooperationstraining, Selbstbehauptungstraining, Rhetorik und Verhandlungsführung.

Die Frauen, die an diesem Kurs teilnehmen, haben sehr unterschiedliche Lebensläufe und Ausbildungen, unterschiedliche Lebens- und politische Einstellungen. Sie sind von 23 bis 55 Jahre alt, haben Hauptschulabschluß bis abgeschlossenes Studium, leben allein, in Lebensgemeinschaften, in Wohngemeinschaften oder in der Kleinfamilie. Allen ist jedoch eine hohe Motivation und der Wille zur Zusammenarbeit gemeinsam. Als Erfolg des Kurses wird von uns sowohl eine erfolgende Gründung als auch eine größere Klarheit über den künftigen Berufsweg gewertet. So hat z.B. eine unsere Teilnehmerinnen, die vorher lange erwerbslos war, bereits nach einigen Wochen einen gut dotierten Arbeitsplatz gefunden. Sie selber sagt, daß ihr dies nur durch den Auftrieb, den sie durch den Kurs bekam, möglich war. Dem späteren beruflichen Engagement der Kursteilnehmerinnen wird Sonja Pinder von der Begleitforschung Gründungsrausch nachgehen. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BERLIN ERLEBEN MIT DER FRAUENINFOTHEK

Ku'damm – und ein Stückchen weiter

Die Fraueninfothek ist ein Auskunfts- und Vermittlungsservice, der einerseits die Berliner Frauenprojekte vernetzen, andererseits interessierten Frauen Zugang zur Projektszene eröffnen will.

Ein Interview von Ricarda, Frauenredaktion, mit Sonja von der Fraueninfothek ● Ein umfassendes Servicezentrum für Frauen, mit Büroräumen, Kanzleien für Anwältinnen und einem Café, das sah der ursprüngliche Plan der Frauen von Berlins Frauenfinanzierungsnetzwerk Goldrausch vor. Jahrelang strickten Frauen an Anträgen, um ihr gewaltiges Vorhaben zu verwirklichen. Schließlich entstanden aus diesem Vorhaben drei Projekte – die Fraueninfothek, Gründungsrausch und die Künstlerinnenweiterbildung, die alle über die Qualifizierungsoffensive des Senats gefördert werden.

Sonja, bezieht sich euer Angebot nur auf Berlinerinnen?

Nein, neben unserem Angebot für die Berliner Frauenprojektszene bieten wir Informationen im Bereich des Tourismus an. Auswärtige Frauen schicken wir auch auf den Ku'damm, sofern sie das wollen. Unser Anspruch geht allerdings mehr in Richtung des sanften Tourismus – die Stadt außerhalb der ausgetretenen Tourismuspfade entdecken. Wir fragen die Frauen gezielt nach ihren Interessen und geben Empfehlungen. So wird bei uns häufig nach second-hand Läden gefragt oder nach Frauengalerien. Hotelvermittlung betreiben wir nicht, sondern geben nur Hotelempfehlungen.

Handelt es sich dabei um besonders frauenfreundliche Hotels?

Ja, wir haben uns einige Hotels angesehen. Dort ist das Personal besonders geschult und achtet darauf, daß Frauen dort nicht diskriminiert werden und sich sicher bewegen können.

Habt ihr auch spezielle Angebote für Frauen mit Kindern?

Wir können nicht mehr vermitteln als das, was vorhanden ist, und das ist eher dürftig.

Ihr seid ein senatsgefördertes Projekt, wieviele Frauen arbeiten bei euch?

4 Projektleiterinnen und 15 AMB-Frauen aus dem geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich. Sie haben eine 40-Stunden-Woche, arbeiten 32 Stunden in der Infothek und nehmen 8 Stunden an einem speziellen Tag an unserem Weiterbildungsprogramm teil. Davon sind 4 Stunden bezahlt und vier unbezahlt.

Was lernen die Frauen in der Weiterbildung?

...eine Einführung in die Tourismusbranche. Die Weiterbildung richtet sich an erwerbslose Akademikerinnen, die z.B. mehrere Sprachen sprechen oder aufgrund ihrer Vorkenntnisse (Historikerinnen) gute Stadtkenntnisse besitzen und sich ein neues Berufsfeld erschließen wollen.

Wird die Qualifizierung der ABM-Frauen nach Beendigung der Maßnahme anerkannt?

Das wird sich nach Beendigung der Maßnahme herausstellen. Eigentlich müßten sich diese Frauen unserer und auch Senatens Ansicht nach zu Quereinsteigerinnen in die Tourismusbranche eignen. Nach Aussage unserer Dozenten aus der Tourismusbranche sind ihre Aussichten allerdings nicht rosig. Sie halten sie für überqualifiziert. Außerdem fehlt eine dem Alter entsprechende Berufserfahrung. In 2 Monaten laufen die ABM-Stellen aus und es werden neue Frauen eingestellt. Einige Kursabsolventinnen sollen übernommen werden, damit die Infothek kontinuierlich arbeiten kann. Welche Frauen in den nächsten Kursdurchgang übernommen werden, steht noch nicht fest. Bisher hat keine unserer Frauen eine Stelle in der Tourismusbranche finden können. Da die ABM-Stellen an die Weiterbildung gekoppelt sind, laufen sie nur ein Jahr. Wie es weitergeht, ist unklar. Darüber wird mit dem Senat verhandelt.

Welche Wünsche haben die Frauen an ihre berufliche Zukunft?

Ein Großteil der ABM-Frauen würden gerne zusammen weiterarbeiten. Wir haben die Organisation hier aufgebaut und jetzt soviel Routine, daß wir uns nun Spezialgebieten widmen könnten wie der Öffentlichkeitsarbeit, Stadtrundgänge, der Ausarbeitung von Angeboten für Mütter mit Kindern oder für Frauen in der Lebensmitte.

Habt ihr die Perspektive, euch selbständig zu machen?

Diese Perspektive hat hier noch keine entwickelt. Dafür bräuchten wir wahrscheinlich noch ein weiteres Jahr. Außerdem ist es fraglich, ob ein Auskunftsservice so viele Einnahmen erzielen kann, daß frau davon leben kann.

Wie wird die Fraueninfothek in Anspruch genommen?

Es kommen immer mehr Frauen, besonders Ausländerinnen und viele Westdeutsche. Da wir sie individuell beraten und uns Zeit für sie nehmen, gehen sie meist ganz glücklich aus dem Haus. Daneben arbeiten wir an einer Broschüre. Wenn es so etwas für junge Leute gibt, warum nicht auch für Frauen. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ZUKUNFTSOFFENSIVE FÜR FRAUEN

Lust auf Zoff

Von Katharina Markert, Frauenplenum des AK-Staatsknete ● Eineinhalb Jahre dauert der Zoff um ZOFF nun schon. Seit kurzem zahlt sich das Durchhaltevermögen von 13 Berliner Frauenprojekten langsam aus:

○ Seit 1. Juli gibt es, auf die 13 Projekte verteilt, 15 ABM-Stellen für arbeitslose Akademikerinnen sowie eine Regiestelle

○ Gelder zur Einrichtung der einzelnen Arbeitsplätze (150 000 DM)

○ Zuschüsse zu den laufenden Kosten

○ 20.000 DM zur Entwicklung eines Curriculums

○ über 30.000 DM zur Durchführung eines Qualifizierungsprogramms, zugeschnitten auf die 15 Projekte-Frauen.

Das sind unterm Strich über eine Viertelmillion. Doch dieser „Geldfluß" ist hart erkämpft: mit hunderten von unbezahlten Frauenarbeitsstunden, mit zahlreichen Ämtergängen, mit entschieden geführten Verhandlungen, immer wieder revidierten Konzepten. ZOFF – das ist der Versuch, ein kombiniertes Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm, das der Berliner Senat in Ergänzung zu den ABM-Maßnahmen des Arbeitsamtes durchführt, auch für „freie Institutionen der Berliner Frauenkultur" (= Frauenprojekte) zu nutzen.

ZOFF – das steht für „Zukunftsoffensive für Frauen" und soll für arbeitslose Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen angemessen bezahlte Arbeitsplätze schaffen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Projektmanagement, Forschung und Dokumentation, Bereiche, die bislang in keiner Projektförderung berücksichtigt wurden.

ZOFF – das steht auch für den Kooperationsverbund, zu dem sich 13 Berliner Projekte aus dem breiten Spektrum der Berliner Frauenkultur zusammengeschlossen haben.

Zoff machten die 13 Projekte, als die beantragten 40 ABM-Stellen auf 15 gekürzt wurden.

ZOFF – das ist neben allem Frust die Chance für 15 Frauen, ihre Arbeit im Projekt zu reflektieren, ihre Kompetenzen zu erweitern in einem Bereich des Arbeitsmarktes, der sich in den letzten zehn Jahren stetig professionalisiert hat.

Das Besondere dieser Qualifizierungsmaßnahme ist die Tatsache, daß sie von Projekte-Frauen selbst in Rücksprache mit Fachfrauen aus den unterschiedlichsten Sparten entwickelt wurde. Die Reflexion darüber, wo ein Qualifizierungsbedarf in Projekten für Projekte-Fachfrauen besteht, setzte die Diskussion über elementare Inhalte der Projekte-Szene in Gang. Das so entwickelte Curriculum ist auch der Versuch, das neue Berufsbild „Projekte-Fachfrau" zu etablieren, indem, den Bedürfnissen der Projekte entsprechend, aus- bzw. weitergebildet wird.

Klar, eine Viertelmillion ist nicht zu verachten. Doch was die 13 Frauenprojekte am nachhaltigsten verändert hat und verändern wird, ist der Zoff um Inhalte, die aus der Auseinandersetzung erwachsen sind. Öffnung wie Zusammenschluß – das ist der eigentliche Gewinn aus ZOFF. ●

LESERINNENBRIEF

Zu dem Brief der Netzwerk-Büro-Frauen in der Juni-Ausgabe

Wer schmeißt denn da mit Lehm?
Fehlende weibliche Solidarität werfen die Netzwerk-Büro-Frauen, Irene Gegenbach und Ingrid Alberding, der Redakteurin der CONTRASTE-Frauenseite, Ricarda Buch, vor. Und sie holen mit diesem Vorwurf aus zum öffentlichen Tiefschlag gegen Ricarda Buch, diffamieren das in unseren Kreisen unbestrittene Engagement der Redakteurin, versuchen, es lächerlich zu machen.

Fragt sich nur, ob Ricarda Buch mit dem Interview einer ehemaligen Netzwerk-Frau wirklich nur ein Strohfeuer entfacht hat, wie behauptet wird. Denn die gekränkte Eitelkeit der Netzwerk-Büro-Frauen ob der Tatsache, daß sie nicht befragt wurden sind – ein Aspekt, der immerhin dreimal Erwähnung findet in ihrem Leserinnenbrief – kann nicht allein der Antrieb für einen derartigen Rundumschlag gewesen sein.

Ginge es den Schreiberinnen wirklich um einen breiten Diskurs, das Für und Wider von Technikeinsatz im Alltag betreffend, dann hätten sie ja – unter Berücksichtigung weiblicher Solidarität – mit ihrem Leserinnenbrief einen Beitrag dazu leisten können. ●

für das Frauenplenum des AK Staatsknete
Katharina Markert

Anzeige

MADE IN KOREA

ADLER-Textilarbeiterinnen wehren sich gegen deutsche Ausbeutung

Juli 1989, 52 Seiten mit Fotos, ISBN 3-925900-61-6, 4,— DM

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6
2300 Kiel 1

VERMÖGENSBILDUNG IN DER GENOSSENSCHAFTLICHEN PRAXIS

Betriebsindividuelle Gestaltungen erdenken

Schon fast sprichwörtlich ist das Eigenkapitalproblem selbstverwalteter und produktivgenossenschaftlicher Unternehmen. Neben Absatzschwierigkeiten und innerbetrieblichen Konflikten gilt es als häufigste Ursache für das Scheitern von Betrieben, deren Mitglieder Eigentümer und Beschäftigte zugleich sind. Unter diesen Voraussetzungen bleibt es unverständlich, daß die gesetzliche Vermögensbildung in produktivgenossenschaftlichen Unternehmen nur äußerst selten genutzt wird.

Bericht von Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Welche Anwendungsmöglichkeiten speziell in der genossenschaftlichen Rechtsform vorhanden sind, wird im folgenden erläutert (siehe auch CONTRASTE Juli 89). Sie gelten mit leichten Modifikationen auch für andere selbstverwaltete Unternehmen, in denen die Mitglieder formal ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis nachweisen können.

Um die abschließenden Schlußfolgerungen vorwegzunehmen: Kapitalbeteiligungen lassen sich auch in Genossenschaften so konstruieren, daß die gesetzlichen Förderungsmöglichkeiten voll ausgenutzt werden können. Für das einzelne in der Genossenschaft arbeitende Mitglied sind sie deshalb eine attraktive vermögensbildende Kapitalanlage. Zugleich läßt sich die Finanzkraft der Genossenschaft auf diese Weise stärken, indem ihr Finanzierungskapital in Form von Eigenmitteln zugeführt wird. Beides ist möglich bei nur geringem – eventuell gar keinem – Mehraufwand im Vergleich zu den Kosten von langfristigem Fremdkapital.

Entscheidende Voraussetzung hierfür ist das Inkrafttreten des Vierten bzw. jetzt Fünften Vermögensbildungsgesetzes. Mit ersterem wurde 1984 die Anlage vermögenswirksamer Leistungen in Geschäftsguthaben einer Genossenschaft in den Anlagekatalog des Gesetzes aufgenommen. Durch staatliche Zuwendungen sollen so auch die Beschäftigten von Genossenschaften für die Anlage vermögenswirksamer Leistungen im Beteiligungskapital interessiert werden und gleichzeitig soll die Eigenkapitalsausstattung von Unternehmen dieser Rechtsform eine Verbesserung erfahren.

SPARZULAGE?

Bei der gesetzlichen Förderung für (Produktiv-) Genossenschaften lassen sich zwei Mittel unterscheiden: Die Begünstigungen in Form einer (Arbeitnehmer-) Sparzulage und die verbilligte Überlassung von Beteiligungsrechten nach § 19a des Einkommensteuergesetzes. Die Zulagenbegünstigung beträgt zur Zeit 23 %. Ab 1990 verringert sie sich auf 20 %. Bis zu einem Höchstbetrag von 936 DM besteht ein Anspruch auf diesen Förderungssatz.

Vorbedingung für die Inanspruchnahme der Sparzulage ist die Einhaltung einer gesetzlichen Mindestsperrfrist von 6 Jahren, d.h. frühestens nach Ablauf der Sperrfrist kann der einzelne über seinen Anteil verfügen. Außerdem muß eine Wahlfreiheit des Beschäftigten hinsichtlich der Anlageform bestehen und sein steuerpflichtiges Einkommen darf nicht über 24.000 DM bzw. als Verheirateter über 48.000 DM liegen. (27.000 DM / 54.000 DM ab 1990).

Entsprechend einer in der vermögenspolitischen Diskussion jahrelang erhobenen Forderung bezieht sich der § 19a Einkommensteuergesetz nicht mehr wie früher nur auf die Ausgabe von Belegschaftsaktien. Vielmehr sind alle Rechtsformen einbezogen, die mit dem Satz von 936 DM der (Arbeitnehmer-) Sparzulage begünstigt werden. Dies dürfte der Intention des Gesetzgebers entsprechend ebenfalls für die Genossenschaft gelten, auch wenn teilweise andere Auffassungen vertreten werden. Beispielsweise betont Klaus Altehoefer: „Eine unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Geschäftsguthaben an einer inländischen Genossenschaft ist für Geschäftsguthaben bei einer Genossenschaft, bei der der Arbeitnehmer beschäftigt ist, nicht möglich; denn die arbeitgebende Genossenschaft darf die Verpflichtung des Arbeitnehmers als Genosse zur Einzahlung auf einen Geschäftsanteil weder erlassen noch als eigene Leistung übernehmen."

Im Wesentlichen besagt der § 19a, daß ein Arbeitnehmer im Rahmen seines gegenwärtigen Dienstverhältnisses unentgeltlich oder verbilligte Kapitalbeteiligung oder Darlehensforderungen (Vermögensbeteiligungen) erhält, dieser Vorteil steuerfrei ist, soweit er nicht höher als der halbe Wert der Vermögensbeteiligung liegt und insgesamt 500 DM im Kalenderjahr nicht übersteigt. Dies bedeutet: Sollen Steuern und Sozialabgaben einschließlich des Arbeitgeberanteils bestmöglich vermieden werden, muß die Verbilligung auf höchstens die Hälfte der Vermögensbeteiligung und absolut auf den Höchstbetrag von 500 DM beschränkt werden.

Werden beide Möglichkeiten – Sparzulagen und § 19a – voll genutzt, ergibt sich das sogenannte 1.436-DM-Modell, d.h. es können 1.436 DM Genossenschaftskapital pro Mitarbeiter und Jahr steuer- und prämienbegünstigt zur Stärkung der Haftbasis des Unternehmens gebildet werden (siehe die graphisch dargestellte Rechnung in der vorigen CONTRASTE), ohne daß die Genossenschaft hohe Aufwendungen zu tragen hat. Besonders vorteilhaft ist dabei die Kombination mit einer Gewinnbeteiligung.

DAS 1.436-DM-MODELL

Das Genossenschaft- (oder Selbstverwaltungs-) Unternehmen erklärt sich bereit, einen bzw. mehrere Genossenschaftsanteile zum Gesamtwert von 1.436 DM für 936 DM an die Mitarbeitenden zu geben. Den Nachlaß von 500 DM nimmt es in die Kosten, so daß das Finanzamt bei ca. 70 % Steuern 350 DM trägt. Das Unternehmen verzichtet auf 150 DM, hat aber dafür 1.436 DM zusätzliches Haftkapital. Seinen beschäftigten Genossen gibt es 5 % Gewinnzins, so daß es bei 8 % Fremdkapitalzins am Markt 3 % Gewinnzins und bei einer Verzinsung von 15 % Beteiligungskapital 10 % Gewinnzins spart. Dieser Zinsvorteil wäre noch beim Verzicht von 150 DM sechs Jahre lang abzuziehen.

Für das Genossenschaftsmitglied ergibt sich auf seine Einlage von 936 DM eine Gesamtrendite von 20 % pro Jahr, die sich aus den Faktoren Gewinnzins von 5 % auf 936 DM, steuerfreier Arbeitgeberzuschuß von 500 DM gemäß § 19a und Arbeitnehmersparzulage von 187,20 DM (da ab 1990 von 23 % auf 20 % gesenkt) errechnet.

Z. B: BLÄTTERWALD E.G.

Selbstverständlich haben solche Modellrechnungen etwas Künstliches an sich. Muß doch die Gestaltung anhand der realen Möglichkeiten des jeweiligen Genossenschaftsunternehmens modifiziert werden. Beispielsweise läßt die Stückelung der Genossenschaftsanteile oftmals nur andere Ausformungen zu. Kernstück bei der Anpassung an die betriebliche Wirklichkeit sollte bei Mitarbeiterbeteiligungsmodellen aufgrund seiner Vorteile der § 19a des Einkommensteuergesetzes sein.

Was spricht dafür, erst einmal betriebliche Beteiligungen verbilligt zu überlassen und erst dann die vermögenswirksamen Leistungen bis zur vollen Höhe von 936 DM aufzustokken? Auf vermögenswirksame Leistungen müssen von seiten der Mitarbeiter-Genossen Lohnsteuer und Sozialabgaben gezahlt werden. Um dies auszugleichen, reicht die steuerfreie (Arbeitnehmer-) Sparzulage normalerweise nicht aus. Der Prozentsatz der Abgabelast liegt als Grenzsatz fast immer höher.

Dagegen bleibt der Vorteil aus verbilligter Überlassung von Beteiligungsrechten steuerfrei, und zwar unabhängig von der Einkommenshöhe für alle, die in einem festen (abhängigen) Arbeitsverhältnis stehen. Zudem ist diese Steuerfreiheit auch für das Genossenschaftsunternehmen vorteilhafter: Der Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherung entfällt, während eine zusätzliche vermögenswirksame Leistung damit belastet wäre.

Die Vorrangigkeit des § 19a berücksichtigend kann ein Modell so aussehen, wie es die Blätterwald e.G. in Oberursel praktiziert: Jedes Betriebsmitglied legt dort 500 DM an. Die tatsächlich aufzubringende Summe wird (zur Zeit) noch um 23 %, also um 115 DM reduziert, soweit dies im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes geschieht. 500 DM schießt die Genossenschaft sozialversicherungs- und steuerfrei hinzu. Diese Betriebsausgabe senkt wiederum bei der Blätterwald e.G. die Steuerbelastung.

Insgesamt erhöht sich auf diese Weise das Eigenkapital um 1.000 DM pro Mitarbeiter im Jahr. Es ergibt sich nicht nur ein Zinsvorteil gegenüber einer Fremdkapitalfinanzierung, wie Uwe Weppler als Mitinitiator des Modells erklärt: „Mit der Erhöhung unseres Haftkapitals steigern wir auch die Voraussetzungen für die Beschaffung von Fremdmitteln durch die verbesserte Verlustausgleichs-, Dauerfinanzierungs- und Risikofinanzierungsfunktion des Eigenkapitals." ●

STAATLICHE FÖRDERUNG DER ITALIENISCHEN BAUGENOSSENSCHAFTEN

Widersprüchlichkeit mit System?

Notizen zur Studienfahrt der Volkshochschule Charlottenburg: Moderne Architektur und Politik der Genossenschaften in der Region Trento und in der Toscana

Ein Beitrag von Ludger Kohlhoff, Redaktion Genossenschaften ● Die Baugenossenschaften in Italien unterteilen sich in Genossenschaften mit gemeinsamem und Genossenschaften mit geteiltem Eigentum. Gemein ist beiden Genossenschaftsformen, daß, wie auch in Deutschland, nicht nach Kapitalanteilen, sondern nach Personen abgestimmt wird. Das jeweilige Wohnraumeigentum ist in der Regel nicht Gemein- bzw. Genossenschaftseigentum, sondern in zwei Drittel der Fälle Privateigentum der jeweiligen Genossen. Nur ein Drittel der Genossenschaften in der Region Trento (in der Toscana sieht es ähnlich aus) haben sich in Genossenschaften mit ungeteiltem, mit Gemeinschaftseigentum zusammengeschlossen. Ihre Entwicklung erfährt – wie das im folgenden dargestellte italienische System der Wohnungsbauförderung zeigt – keine besondere Unterstützung.

In der Provinz Trento werden staatlicherseits 200 Milliarden Lire pro Jahr zur Förderung des Wohnungsbaus aufgewandt. Das sind ca. 300 Millionen DM. In der Provinz leben 400.000 Menschen. Die Förderung liegt also bei ca. 700 DM pro Person. Die Förderung teilt sich zu je einem Drittel auf Genossenschaften, private Bauträger (die fertiggestellten Wohnungen werden an Personen mit begrenztem Haushaltseinkommen verkauft) sowie Einzelbauherren mit begrenztem Haushaltseinkommen auf.

BANKEN ALS NUTZNIESSER

Das Förderungssystem wurde vor kurzem umgestellt. Während früher die Förderung über Zuschüsse und zinslose bis zinsgünstige Baudarlehen erfolgte, werden jetzt Zinszuschüsse gezahlt. Die Finanzierung des Bauvorhabens läuft über den freien Kapitalmarkt. Der Staat liefert mit seinen Mitteln nur Aufwandssubventionen, Zinszuschüsse für diesen Kapitalmarkt. Hintergrund der Umstellung ist das Interesse, mit begrenzten Mitteln möglichst schnell möglichst viele Wohnungen zu fördern. Während mit 300 Millionen DM im Jahr, als direktes Baudarlehen vergeben, bei einer Darlehenssumme von 100.000 DM pro Wohnung sich nur 3.000 Vorhaben jährlich fördern lassen, können in der ersten Zeit der Umstellung auf Zinssubventionierung weitaus mehr Projekte unterstützt werden. Der Bauherr besorgt sich sein Geld auf dem freien Kapitalmarkt. Der Staat zahlt also nicht das ganze Baudarlehen, sondern nur den anteiligen Zinszuschuß.

Die deutschen Erfahrungen zeigen allerdings, daß dies schon mittelfristig eine Milchmädchenrechnung ist. Im ersten Jahr bei einer durchschnittlichen Fördersumme von 10.000 DM pro Bauherr als Aufwandssubvention für die Zinsen können zwar statt dreitausend dreißigtausend Projekte gefördert werde, über die Jahre verteilt ergibt dies aber trotzdem nicht mehr, sondern weniger geförderte Projekte.

Bei der direkten Darlehensvergabe für 3.000 Projekte stehen jeweils 100.000 DM pro Jahr zur Verfügung, in zehn Jahren also Darlehen für 30.000 Wohnungen. Werden nunmehr nur noch Zinszuschüsse vergeben, sind dies bei gleichem Finanzierungsvolumen in zehn Jahren ebenfalls 30.000 unterstützte Projekte. Allerdings fließt im Gegensatz zur Darlehensförderung nichts wieder zurück. Insgesamt können deshalb langfristig weniger Projekte Subventionen erhalten. Außerdem deckt diese Art der Förderung nicht das gesamte Baudarlehen ab, sondern nur einen Teil der Zinsen für die privaten Banken. Der restliche Teil und die Tilgung muß vom jeweiligen Bauherrn selbst erbracht werden.

Die Berliner Erfahrungen mit diesem Förderungssystem zeigen, daß von den Gesamtkosten eines Bauwerks 2/3 auf Kapitalkosten und nur ein Drittel auf die wirklichen Baukosten entfallen. Dieses Fördersystem zahlt anteilige Bankzinsen. Es fördert die Banken und nur mittelbar den Wohnungsbau.

Mit der Vergabe öffentlicher Zuschüsse sind in Italien bis auf die Verpflichtung der Genossenschaften, sich räumlich zusammenzuschließen, keine weiteren Verpflichtungen und Auflagen verbunden. Es bestehen z.B. keine Auflagen, ökologische Baustoffe zu benutzen oder aber staatliche oder freie Beschäftigungsinitiativen bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen.

Ordnungspolitisch ist die Rolle des Staates im Baubereich sehr schwach. Es werden keine aufeinander abgestimmten Bebauungspläne aufgestellt. Z.B. kann innerhalb eines Gebietes eine Genossenschaft sich ohne weiteres für eine Reihenhaussiedlung im Gartenstadtstil entscheiden und eine andere direkt daneben ein Hochhaus hochziehen (so gesehen in Riva bei der Besichtigung von Vorhaben der kommunistischen Lega).

Bauten aus dem Mittelalter und gar aus dem Faschismus wirken weitaus gelungener und wohltuender als neuere Beispiele aus der Demokratie. Der Grund liegt in der veränderten Rolle des Staates. Florenz konnte z.B. im Mittelalter nur deshalb in seiner ganzen Pracht und Schönheit entstehen, weil es strikte Vorschriften gab, was Haushöhe, Fensterbreite, Farbgebung, Platzgestaltung etc. betraf. Auch der italienische Faschismus war baupolitisch rigide. In Siena wurden ganze Stadtteile geschleift, aber dann auch einheitlich wieder aufgebaut. Die neueren italienischen Bauten sind als Folge des Nichttätigwerdens des Staates ein einziges architektonisches Sammelsurium.

Italienische Baugenossenschaften erhalten etwa ein Drittel vom Gesamtkuchen der staatlichen Aufwandssubventionen. In der Region Trento sind dies rund 100 Mio. DM. Der Fördersatz pro Genosse liegt bei 700 Mio. Lire, also bei ca. 100.000 DM. Der jeweilige Eigenanteil beträgt 20 bei 30 Mio. Lire. Ein Bauherr, dem 20 Mio. Lire also ca. 29.000 DM zur Verfügung stehen, kann im Rahmen einer Genossenschaft auf staatliche Zinszuschüsse in Höhe von 100.000 DM für einen Baukredit hoffen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß er die Einkommensgrenze nicht überschreitet. Sie liegt bei einem Haushaltseinkommen von 35 Millionen Lire. Umgerechnet ergibt dies eine Einkommensobergrenze für Subventionen von 50.000 DM im Jahr. Einzige Auflage für den Erhalt der Förderung ist: Die Genossen müssen sich räumlich zusammenschließen. Der Bau eines Einfamilienhauses wird also im Gegensatz zur Errichtung eines Mehrfamilien- oder Reihenhauses nicht unterstützt.

FOLGERUNGEN:

○ Die Genossenschaften spielen im Baubereich eine weitaus größere Rolle als in Deutschland. Das italienische Genossenschaftswesen wurde nicht im gleichen Ausmaße wie in Deutschland vom Faschismus zerstört und hatte anschließend weitaus bessere, z.B. rechtliche Startmöglichkeiten als das deutsche Genossenschaftswesen.

○ In Italien wird 15 Jahre später als bei uns das Finanzierungssystem von der direkten Zuschuß- bzw. Darlehensfinanzierung auf eine Aufwandssubventionierung (Bankenzinsfinanzierung) umgestellt. Nur folgerichtig in einem Land, das sich anschickt, in die Spitzengruppe der kapitalistischen Länder vorzustoßen.

○ Die Baugenossenschaftsfinanzierung ist eine Mittelschichtsfinanzierung, weil Gruppen mit höherem Einkommen und Gruppen ohne Kapital diese Finanzierung nicht bekommen. Die obere Schichtabgrenzung erfolgt durch die Einkommensgrenze, die untere durch die Eigenkapitalvorschrift.

○ Die ordnungspolitische Rolle des Staates im Baubereich ist in Italien weitaus schwächer als in Deutschland. Das Ergebnis allerdings ähnlich. Während in Deutschland in einer starr reglementierten Form mit Bebauungsplänen und Normung häßliche Neubausiedlungen entstanden, passierte das Gleiche in Italien ohne diesen starren Rahmen.

○ Während die deutsche Eigentümerförderung zur Zersiedelung der Landschaft führte (jedem sein Eigenheim) und zur individuellen Abgrenzung (der Jägerzaun als individuelle und oft auch ideologische Demarkationslinie) ist das in den italienischen Genossenschaften weitgehend ausgeschlossen. Es besteht der Zwang zur verdichteten, urbanen Bauweise. Die italienischen Baugenossenschaften sind überwiegend keine Genossenschaften im Sinne des deutschen Sprachgebrauchs. Sie haben überwiegend kein Gemeinschaftseigentum, sondern sind Eigentümergemeinschaften. Mit dem, was in Deutschland in der neueren, emanzipatorischen, wohnungspolitischen Diskussion unter dem Begriff Genossenschaft verstanden wird, haben sie nichts zu tun. ●

Anzeige

NEUE IDEEN BRAUCHEN...
...KREATIVE FORMEN

INNOVA

Die Genossenschaft ist die Rechtsform für Betriebe, die

● sowohl ökonomisch erfolgreich,
● als auch demokratisch selbstverwaltet wirtschaften wollen.

innova - die Entwicklungsagentur für Neue Genossenschaften,
ein Projekt des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.
Am Hofgarten 20 · 5300 Bonn 1 · Telefon: 0228/215290

PROJEKTEMESSE

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wende für die Selbstverwaltung

Frankfurt/Moskau – Wie aus ungewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist das Projekt „Perestroika" des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, nachdem alle bisher durchgeführten Maßnahmen nicht den erhofften Erfolg hatten, die Lebensbedingungen der Sowjetbürger spürbar zu verbessern. Nach wie vor ist eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs nicht gewährleistet. Die anhaltende Welle von Streiks und Protestdemonstrationen hat mit einer von ca. zwei Millionen Menschen besuchten Kundgebung in Nowosibirsk ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. In sowjetischen Zeitungen wird die Ablösung Gorbatschows offen diskutiert.

Karl Bergmann, Redaktion Rhein/Main ● In dieser schwierigen Lage hat die Internationale Liga für Selbstverwaltung (IISE) ein Expertenteam nach Moskau entsandt, um jenseits aller ideologischen Schwierigkeiten praktische Hilfe vor Ort zu organisieren. Die Experten, durch die Entwicklung der heimischen Selbstverwaltung jahrelang geschult im Meistern unlösbarer Schwierigkeiten, haben sich sofort an ihre Einsatzorte begeben. Erste Einschätzungen der Lage und der Aussichten der Hilfeleistungen sprechen von zwar notwendigem längerfristigen Engagement, andererseits – so einer der IISE-Mitarbeiter – sei „die Situation hier vor Ort zwar eng, aber lange nicht so aussichtslos wie des öfteren zuhause im Projekt."

Ganz so weit wie dieses Szenario sind unsere Diskussionen mit ihren Wünschen, Hoffnungen und Überlegungen zur Entwicklung „gesamtgesellschaftlicher Relevanz" der Selbstverwaltung nicht gegangen – „damals", vor 10 Jahren und in deren Anfängen. Aber natürlich war uns klar, daß die „Systeme" in Ost und West, der in Überproduktions-, Beschäftigungs-, Sinn- und Ökokrisen kollapsende Kapitalismus und der real heruntergewirtschaftete Sozialismus, sich in die Sackgasse manövriert haben, daß ein neuer, dritter Weg gefunden werden muß und daß unsere Arbeit einen Bestandteil dieser Suche darstellt.

ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE

Solche Diskussionen hatten zum Beispiel wirtschaftliche Aspekte:

○ Wie weit läßt sich die Selbstverwaltung auf Großbetriebe übertragen? Oder sind solche Giganten per se unmenschlich? Wie könnte man die dann aufteilen, sodaß überschaubare, menschliche und damit selbstverwaltbare Einheiten entstehen? Ist es vielleicht gerade das „Teufelswerkzeug" Computer, mit dem man Zentralismus – jenseits der Machtfrage und bezogen rein auf die Produktionslogistik – überflüssig machen könnte?

○ Haben wir schon genügend gesicherte Erfahrungen in bezug auf die Konstitutions- und Organisationsbedingungen der Selbstverwaltung, um mit diesem Know-how zur Schließung verurteilte Betriebe zu retten und in Arbeitnehmer-Selbstverwaltung zu überführen?

Sie hatten ökologische Aspekte:

○ Ist es denkbar, daß Selbstverwaltung jenseits der Frage nach dem Produkt, um das es geht, existiert, der Frage nach dessen Daseinsberechtigung und Herstellungsbedingungen? Kann man in Selbstverwaltung auf Dauer Pfusch produzierten oder ökologische Sauereien hinnehmen? Ist – um es auf die Spitze zu treiben – ein Atomkraftwerk in Selbstverwaltung denkbar? Oder ist es nicht eher so, daß die Produktionsbedingungen, die wir unter dem Begriff Selbstverwaltung verstehen, im wachsenden (Selbst)Bewußtsein des Produzenten auch dessen Kritikfähigkeit erweitern, ihn auf Dauer unfähig machen, die schizophrene Teilung zwischen Leben und Arbeit, zwischen (gewollter) Arbeit und beliebigem Produkt zu ertragen?

Und sie hatten soziale Aspekte:

LEBEN UND ARBEIT

○ Ist die unter dem Motto „Effizienz" gesellschaftlich längst vollzogene Entwicklung, den Arbeitsplatz in Industriegebiete, den Lebensraum in Schlafstädte und die Rekreationsmöglichkeiten in Einkaufs-Center und Erholungsfabriken zu verbannen, dabei möglichst alles schön weit voneinander zu trennen und so jedes Lebensfeld für sich zu industrialisieren und zu kommerzialisieren – ist diese Entwicklung noch zu stoppen und wenn ja, wie?

○ Ist die Selbstverwaltung als Nur-Arbeitsorganisation überhaupt denkbar? Oder ist es nicht vielmehr so, daß der Reiz der Arbeit in der Selbstverwaltung gerade darin besteht, daß hier Leben und Arbeit – in welcher Form auch immer – sich überschneiden, zumindest Berührungspunkte bieten. Waren die Entwicklungen während der mehrjährigen Besetzung der französischen Uhrenfabrik „Lip", bei denen die Frauen und Kinder in die Fabrik geholt wurden und sich dort Kommunikationszentren entwickelten, nicht genau Ausdruck des Bedürfnisses, Arbeit anders, als Teil des Lebens zu begreifen?

○ Sind selbstverwaltete Betriebe als „gemeinnützige Unternehmen" vorstellbar, in denen zwar zunächst noch nach kapitalistischen Prinzipien Mehrwert erwirtschaftet wird, dieser aber nicht der individuellen Bereicherung der Anteilseigner und der Beschäftigten dient, sondern dem sozialen Umfeld zugute kommt, in Form der Einbeziehung von Arbeitslosen (job-sharing) oder in Form sozialen und kulturellen Engagements? Liegt in einem solchen Ansatz nicht der Schlüssel zu einer sinnvollen Reorganisation des Steueraufkommens und dessen Verteilung von „unten nach oben", statt – wie heute – umgekehrt mit dem Effekt, daß Milliarden für Rüstung und wahnwitzige Experimente verschleudert werden und „unten" nicht mehr viel ankommt?

Die Entwicklung einer **Wirtschaft von unten** als Basis einer – vermutlich rätedemokratisch organisierten – **selbstverwalteten Gesellschaft.** Der schrittweise Aufbau der notwendigen Organisation, um möglichst frühzeitig „gesellschaftlich relevant" zu werden, gehört zu werden, Einfluß nehmen zu können auf die stattfindenden Entwicklungen. Solche Themen haben uns jahrelang beschäftigt, sicher nicht immer alle innerhalb der Selbstverwaltung und sicher auch nicht immer gleich intensiv. Aber es lief so bis hin zur letzten Projektemesse, 1983, mit Gründungsimpulsen immerhin für die Ökobank, für Contraste und für eine ganze Reihe von Verbänden und „wilden" Zusammenschlüssen des Selbstverwaltungsspektrums.

FUNKSTILLE

Seither ist es ruhig geworden um Diskussionen diesen Inhalts, so ruhig, daß einige berufsmäßige Kritiker wieder mal vom „Ende der Selbstverwaltung" sprechen, so als ginge es tatsächlich nur um eine Betriebsgründung, die man heute durchführen und morgen zum Konkurs anmelden kann.

Begründungen für die „Funkstille" gibt es genügend: es hat sich allerhand bewegt in den letzten 6 Jahren und es scheint, als habe diese „Bewegung von oben" nicht nur die Selbstverwalter nachhaltig verunsichert.

○ Es ist nicht zu der befürchteten „Wende"-Restauration gekommen bzw. jedenfalls nicht in dem befürchteten Ausmaß. Wir konnten feststellen: auch einer CDU-Regierung ist es in den 80er Jahren nicht mehr möglich, die angeblich goldenen, in Wirklichkeit klerikal-miefigen 50er Jahre zu rekonstruieren.

○ Die Grünen haben sich im bundesdeutschen Parlamentarismus etabliert. Sie haben damit – gewollt oder ungewollt – die Parlamentarismus-kritische Linke „mit dem System versöhnt" und die gesamte Debatte um Parlamentarismus an und für sich erstmal auf Eis gelegt. Natürlich freut man sich über jede Verbesserung und die Vorstellung rot-grüner Regierungen von Kommune bis Bund ist für die meisten von uns (noch) eine positive.

○ Der Krisenmechanismus des Kapitalismus hat sich entgegen aller Erwartungen nicht weiter zugespitzt, sieht man von den ständigen ökologischen Hiobsmeldungen ab, die aber ja unterbewußt immer in den Bereich der „Altlasten" gedrückt werden (ansonsten ist das öffentliche ökologische Bewußtsein in den letzten Jahren so stark gewachsen, daß es den Eindruck macht, an dieser öffentlichen Meinung komme auch die Industrie nicht vorbei (siehe Diskussion um Ökosteuern); dieser Eindruck wird verstärkt durch Überlegungen, die davon ausgehen, daß die Reparatur der Umwelt für das Kapital ein durchaus einträgliches Geschäft werden könnte – dann wird's ja spätestens auch gemacht. Ansonsten laufen die Geschäfte; man bemüht sich – in deutlicher Anlehnung an unsere Diskussionsinhalte – um „kooperatives Management", um „Einbeziehung der Ideen der Mitarbeiter", Team-Geist etc. Und man ist voll froher Erwartung angesichts eines Groß-Europa und angesichts verrostender Eiserner Vorhänge – was für ein Markt!

○ Und natürlich: Gorbi! Nichts in den letzten Jahren hat die Gemüter so in Bewegung gebracht wie die unvermutete Wende in der Sowjetunion. Natürlich wußte man, daß mit planwirtschaftlichen Methoden die Probleme im Ostblock nicht zu bewältigen sind: oft genug hat man sich darüber lustig gemacht. Aber mit einer derartigen Verschärfung der Situation, einer solchen Explosion der Bedürfnisse und Probleme hat wohl keiner gerechnet. Da kann man schon ins Grübeln kommen. Ist der Kapitalismus mit seiner rein über individuelle Bereicherung gesteuerten Entwicklung doch das für die Menschen insgesamt erfolgversprechendste Wirtschaftsmodell? Sicher, da ist noch das eine oder andere im Hinterkopf, die Ausbeutung der „Dritten Welt" zum Beispiel und die zu beobachtende Verelendung eines wachsenden Teils der Bevölkerung gerade auch in den kapitalistischen Metropolen. Aber zunächst mal doch: Verunsicherung.

○ Verunsichert hat noch viel mehr – und dies durchaus positiv – die gesellschaftliche Öffnung, die sich in den Ostblockländern abspielt. „Glasnost" verspricht freie (wenn auch nicht saubere) Luft im Osten, wiederholte Abrüstungsangebote lassen selbst der NATO keine andere Wahl, als – zumindest zum Schein – dabei mitzuspielen. Oh war das schön, deren Verunsicherung mitzukriegen!

Dieser letzte Punkt ist ja ganz wesentliche Ausgangsbedingung für den Plan einer neuen Projektemesse. „Ende der Eiszeit" bezieht sich eindeutig auch auf Glasnost und die Öffnung des Ostens, und nicht zuletzt deswegen ist eine gesamt-, nicht EG-europäische Projektemesse anvisiert.

MÖGLICHKEIT ZUR OFFENSIVE

Womit wir beim eigentlichen Thema wären: die Projektemesse ist – auch in den Köpfen ihrer InitiatorInnen – nicht das Heil aller Dinge. Sie ist einer der möglichen Kristallisationspunkte, mit denen wir die – sagen wir mal: abwartende – derzeitige Haltung der Selbstverwaltung in eine politisch offensive wenden wollen. Nachdem wir uns jahrelang unter schwierigsten Bedingungen durchgekämpft und abgequält haben, ist einfach nicht einzusehen, warum wir die sich heute rundum bietenden Möglichkeiten nicht für eine neue Offensive nutzen sollten. Dies ist keine Frage zusätzlichen Arbeitsaufwandes (wobei auch hier eigentlich heute mehr Luft sein müßte: was ist mit den Alt-Kollektivisten, die längst erkannt haben, daß es ein wenig dürftig ist, alle Energie immer nur in das eigene Betriebchen zu stecken?), denn – um es platt zu sagen: – die Arbeit muß eh gemacht werden.

Nur geht das dann so ab: „die Grünen überlegen, was sie in die nächsten hessischen Haushaltsverhandlungen einbringen wollen und fordern uns auf, die Punkte zu benennen" – und irgendwie werden dann eine Reihe von Punkten in ein Forderungspapier eingebracht, die sicher ganz nett sind, deren Relevanz für das Weiterkommen des Ganzen, ich sag mal: der Bewegung, hingegen äußerst fragwürdig bleiben. „Forschung" zum Beispiel ist ein immer wieder beliebtes Thema für solche Kataloge. Zum hundertsten Mal soll darüber geforscht werden, wie sich eigentlich Selbstverwaltung aufbaut, was es für Konflikte gibt, wie ein „Generationenproblem" gelöst werden könnte und und und. Nichts gegen Forschung. Aber dann doch bitte eine aktive, weitertreibende. Interessant für eine Weiterentwicklung der Selbstverwaltung vor Ort ist zum Beispiel eine saubere Marktanalyse: was ginge hier noch, wo sind Lücken, wo sind Bereiche nicht genügend abgedeckt, wo ließe sich mit welchem Aufwand welche Sparte zusätzlich aufbauen etc.? Und dafür dann die (meinetwegen: Forschungs-)Mittel beantragen!

Die Selbstverwaltung muß sich politisch wieder frei schwimmen. Es ist Zeit, sich nicht weiter (ver-)bluffen zu lassen: der Kapitalismus wird sich natürlich keineswegs wandeln. Er nimmt Impulse auf und versucht – clever geworden – auf die öffentliche Meinung zu reagieren. Aber es ist überhaupt nicht zu sehen, warum er vom Prinzip der Mehrwertschöpfung und der Ausbeutung abgehen sollte (Kapital wird auch heute nur dort investiert, wo „es" arbeitet). Es werden

Fortsetzung auf Seite 8

PROJEKTEMESSE: HEIL ALLER DINGE ?

Fortsetzung von Seite 7

weiter Urwälder abgeholzt und Elefanten des Elfenbeins wegen ausgerottet, es werden weiter Tankschiffe leckschlagen, es wird neue und tödlichere Waffensysteme geben und deren Installation; es wird weiterhin die Arbeitslosigkeit geben (interessanter Punkt: die ist in den letzten Jahren nicht geringer geworden, aber kein Thema mehr) und die Tendenz zur Zweidrittel-Gesellschaft, und ich möchte auch bezweifeln, daß sich die „Einbeziehung der Mitarbeiter in die betrieblichen Entscheidungsprozesse" bis ans Fließband durchsetzt, so überhaupt. Ich finde es keinen Fortschritt, wenn die Autos demnächst alle grün angestrichen werden, selbst dann nicht, wenn es sich dabei um biologisch abbaubare Wasserfarbe handelt, und es reißt mich auch nicht vom Hocker, daß nach den „no future"-Punkies nun die Yuppies ihr „future – mir egal, ich leb entspannt im Hier und Jetzt" in den „Zeitgeist" einbringen.

Gerade die aktuelle Entwicklung in den Ostblockstaaten, die Kapitulation der Planwirtschaft, macht eine intensive Beschäftigung mit der Suche nach einem „Dritten Weg" erforderlich, wenn man dem Privatkapitalismus nicht das Feld überlassen will. Und es war immer die Stärke der Selbstverwaltung, daß sich deren Suche nicht in Theorie erschöpft, sondern unmittelbar praktische Lösungen produziert werden. Ich bin ziemlich sicher, daß der theoretische und praktische Ansatz der Selbstverwaltung sowohl in den Ostblockstaaten als auch in den Ländern der „Dritten Welt" zunehmend eine große Rolle spielen wird (wobei ich gerne zugebe, daß ich über die bereits vorhandenen Ansätze dort noch weniger informiert bin als über die Ansätze in West-Europa). Und ich komme mir ziemlich bescheuert vor bei dem Gedanken, daß gleichzeitig wir hier in der Bundesrepublik in scheinbaren Generations- und sonstwie-Konflikten verharren.

Die Projektemesse '91 „Ende der Eiszeit" ist der Versuch herauszufinden, wieviel politisches Denken in der Selbstverwaltung und in ihrem Umfeld jenseits der Biertische noch existiert. Und es muß sich weit früher herausstellen, ob die Aussicht auf einen neuen, gemeinsamen Ansatz, auf eine neue Definition der eigenen Rolle und des Selbstverständnisses ausreicht, die oft letztendlichen banalen Probleme innerhalb der Kollektive und zwischen ihnen soweit zurückzudrängen, daß ein gemeinsamer Weg erkennbar wird.

Ich selbst habe mich ja nun einige Zeit aus dem „politischen Tagesgeschäft" zurückgezogen. Gründe dafür, soweit sie nicht in aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei uns lagen, kann man hoffentlich meinen (möglicherweise etwas wirren) Ausführungen entnehmen. Ich bin nun mal kein Theoretiker, deswegen nehmt sie halt als Gefühlsausbruch. In den Jahren davor aber habe ich eine Menge Menschen in der selbstverwalteten Szene kennen- und – jenseits aller politischen Differenzen – schätzen gelernt. Euch im Besonderen wollte ich auffordern mitzumachen. Ich weiß, daß ich über einen solchen Ansatz meine politische Identität zurückgewinnen kann und endlich auch wieder halbwegs wissen werde, was richtig ist an der Entwicklung bei uns und was falsch – weil ich dies an einem Ziel messen kann. Ich denke, ihr werdet die Chancen des Projekts ähnlich bewerten. Und dann wißt ihr auch: gemeinsam können wir ein gutes Stück vorankommen, gerade unter den vorliegenden Bedingungen, und dies möglicherweise sogar ohne Streß und lustvoll.

Ob und aus welchen Gründen das Druckereikollektiv x nichts anfangen kann mit den Druckern y oder den Obstbauern z, ob sich im Kollektiv soundso die Generationen prügeln oder die Beziehungskisten abgehen – dies sind sicher für die Betroffenen wichtige Fragen. Mich interessiert das nicht mehr, ich möchte wissen, ob sich die Generation 1 mit der Generation 2 auf ein gemeinsames Ziel einigen kann und ob das unter den aneinander vorbeiwurschtelnden Kollektivbetrieben auch der Fall sein kann. Alle jene, denen das ähnlich geht, sind unbedingt eingeladen, am 14. Oktober in die Krebsmühle.

Hier – nicht 1991 – wird sich entscheiden, ob sich die real existierende bundesdeutsche Selbstverwaltung von dem Versuch verabschieden will, die kommenden Verhältnisse aktiv mitzugestalten. ●

GLÄSERNE KASSE

Abrechnung des Spendenkontos

Unter dieser Rubrik wollen wir einen Überblick darüber geben, was mit Geldern, die auf das Konto „Projektemesse" (Ökobank Frankfurt/Main, Kto.nr. 10533506, BLZ 500 901 00) eingehen, gemacht wurde oder, falls noch nicht ausgegeben, welche Pläne bestehen.

Von Dieter Poschen, Vorstand des CONTRASTE e.V. ●

Wer hat gespendet?

Knete floss bislang aus folgenden Kanälen:

	DM
Verband der SV-Betriebe, Hessen	1.500,-
Karl Bergmann	1.500,-
Hilfe z. Selbsthilfe e.V., Krebsmühle	100,-
LBD Beratungsges.	100,-
Freiabos f. Gefangene e.V., Berlin	100,-
Wohnbund, Berlin	100,-
Alternative Liste, Berlin	12.000,-
Gesamtsumme	**15.400,-**

Der Löwenanteil dieser Summe war Resultat eines Zuschußantrags über DM 25.000,- zum Unterhalt eines Koordinationsbüros und zur Einrichtung einer vollen Stelle an die AL-Westberlin. Da der AL-Delegiertenrat vorerst nur DM 12.000,bewilligt hat (über den Rest wird nach Wiedervorlage im Oktober verhandelt), hat der CONTRASTE Vereinsvorstand die Pläne, bereits im Herbst ein Koordinationsbüro einzurichten, aufgeschoben. Dennoch existiert bereits eine EDV zur Erstellung von Projektskizze, Messezeitung und als »Antragslogistik«. Diese wurde bis zur Erreichung einer Senatsfinanzierung von den **Beratungsbüros Südschiene** kostenlos zur Verfügung gestellt und steht bis zur Einrichtung eines Büros in Westberliner Privatwohnungen.

Auch die Koordinationsstelle wurde vorerst noch **nicht** eingerichtet. Stattdessen wurde eine Honorarvereinbarung über DM 2.000,- monatlich mit unserem Nürnberger Redakteur **Kurt Regenauer** zur Gesamtkoordination, die bereits mit Veröffentlichung des Messeaufrufs im Mai getroffen wurde, verlängert. Kurt kann nach Abzug von Steuern und Versicherung von dieser Summe natürlich nicht leben und erfährt dafür vorerst noch weiterhin Unterstützung von den **Beratungsbüros Südschiene**, seinem Projekt, das sich auf diese Weise am Zustandekommen der Messe beteiligt. Jedenfalls verstärkt er bis auf weiteres auch die Berliner Redaktion von CONTRASTE.

... und was wurde ausgegeben?

Gelder wurden eingesetzt für

	DM
Honorare	8.000,-
Reisekosten	2.906,40
Sachmittel	1.013,20
Gesamtsumme	**11.919,60**

Sachmittel umfassen Porto, Telefon, Kopier- und Druckkosten, die in den 4 Monaten Mai bis August angefallen sind, um einen Verteiler für interne Organisationsunterlagen aufzubauen. Dieser umfaßt mittlerweile 200 Adressen und wird mindestens einmal im Monat mit Material (Diskussionspapiere, Anträge, Finanzpläne etc.) und einer Zusammenfassung der aktuellen Entwicklung zur Projektemesse, dem sogenannten **Memo**, beschickt.

Bei den Fahrkosten ist die Reise nach Italien (vgl. CONTRASTE 7/8-89) natürlich **nicht** enthalten, sehr wohl aber eine Fahrt nach Paris zum Alternativen Weltwirtschaftsgipfel, wo zwei Menschen von CONTRASTE verschiedensprachige Aufrufe zur Europäischen Projektemesse mithatten, um erste internationale Diskussionen zu unserem Vorhaben zu führen.

Die Restsumme von fast DM 3.500,- soll – bis auf das Septemberhonorar für Koordination – für die breitestmögliche Verschickung einer Einladung zum Treffen am 14. Oktober in der Krebsmühle, Oberursel, ausgegeben werden.

Die Versendung dieser Einladungen ist gekoppelt mit einer Projektbefragung zum Thema Projektemesse und wird **alle** Berliner Adressen der **Bunten Seiten** und jede (nach einer Zufallsauswahl gezogene) 10. westdeutsche Eintragung umfassen. ●

INTERNATIONALE PARTNERSCHAFTSFONDS IN SELBSTVERWALTUNG

Hoch die organisierte Vetternwirtschaft

Ob die Projektemesse dazu beitragen wird, ein Meilenstein auf dem Weg zur europäischen Vernetzung selbstverwalteter Betriebe und Projekte zu werden, entscheidet sich bereits in der Vorbereitungszeit. Auch individuelle Kontakte und neue Netze müssen in dieser Phase geknüpft werden. Utopien beginnen in der Gegenwart – im folgenden soll eine konkrete Utopie entwickelt werden, wie ein "gesamteuropäischer" Austausch realisierbar wird: z.B. über einen einzurichtenden "Internationalen Partnerschaftsfond in Selbstverwaltung".

Sabine Joswig, Redaktion Rhein/Main ● Man stelle sich vor: Bereits im Sommer 1990 fährt ein Vertreter von Textline in Frankfurt nach Wales, um sich dort mit selbstverwalteten ComputerkollegInnen zur Entwicklung internationaler Satzsysteme zu treffen. Die ersten Probeläufe werden auf der Projektemesse 1991 vorgestellt und – wenn alles klappt – kann die Messezeitung 10-sprachig gedruckt werden.

Das Frauenprojekt „Weiberwirtschaft", die einen Gewerbehof für Frauenbetriebe in Berlin aufbauen wollen, und da es sich um eine alte Brauerei handelt, unendlich viele Lagerflächen zur Verfügung haben, erwartet am Abend vor der Messeeröffnung einen Bus aus Portugal. Diesem entsteigen unter anderem 6 Frauen aus Produktionsgenossenschaften. Beide, Portugiesinnen und Deutsche kennen sich bislang nur über schriftlichen Kontakt, haben dabei bereits Möglichkeiten für einen Import-Export von Frauen hergestellter Waren verhandelt und sitzen eine halbe Stunde später im Café Anfall, um die künftigen Geschäftspartnerinnen kennenzulernen.

Das haben die MitarbeiterInnen des Kulturcafes Melsungen bereits hinter sich gebracht. Der persönliche Kontakt wurde schon im Sommer 1990 durch eine von der deutsch-französischen Freundschaft finanzierte Besuchsreise zum Partnerkulturzentrum in Lyon hergestellt. Die Projektemesse will man nutzen, um festzuklopfen welche Austauschbesuche, Gastkonzerte, Ausstellungen und Theaterstücke künftig in beiden Städten die Gegenkultur im Nachbarland werden.

Im Stau der deutsch-deutschen Grenze steht ein Auto, besetzt mit Deutschen und TschechInnen aus Medienprojekten, die sich bereits eine Woche lang in der Heimatstadt ihrer „Paten" darüber auseinandersetzen, wie Gegenöffentlichkeit zu organisieren ist. Ihre Ideen für eine Ost-West-Zeitung werden sie auf einer eigens dafür vorgesehenen Veranstaltung offenlegen. Kennengelernt haben sie sich bereits eineinhalb Jahre vorher über den Internationalen Patenschaftsfonds in Selbstverwaltung.

In einer intensiven Arbeitswoche in den Räumen des ID-Archivs in Amsterdam wurde gemeinsam ein Selbstverwaltungslexikon in 10 Sprachen hergestellt. Denn „Selbstverwaltung" bei uns ist nicht gleich „Autogéstion" in Frankreich oder „Selfmanagement" in England – und es wird sicher wichtig werden, nicht aneinander vorbeizureden auf der Projektemesse.

UTOPIE ?

Wenn die Projektemesse unter anderem zum Ziel hat internationale Kontakte herzustellen; Kontakte, die arbeits- und diskussionsfähig sind, halte ich es für notwendig, den individuellen und persönlichen Austausch zwischen in der Selbstverwaltung arbeitenden Menschen voranzutreiben. So „naiv" das klingen mag, viele der grundlegenden Diskussionen finden in Kleingruppen am Kneipentisch statt. Zielsetzungen und politische Entscheidungen allerdings müssen in organisierten Strukturen getroffen werden.

Folgender Vorschlag, der den Überlegungen zur Reisekostenfinanzierung für ausländische TeilnehmerInnen entwuchs, versucht beides zu verbinden:Das Technisch-Finanzielle, um ausländischen TeilnehmerInnen zu ermöglichen 1991 nach Berlin zu kommen, und das Persönlich-Politische um die Chance zu verbessern, daß die, die da ankommen sich auch auseinandersetzen werden.

Außerdem muß man sich bereits im Vorfeld der Diskussion klarmachen, daß die Teilnahmemöglichkeiten für gewerbliche Betriebe andere sind, als für die sich nicht selbst tragenden sozialen und kulturellen Projekte. Wir wollen schließlich eine Messe zu gesamt gesell schaftlichen Perspektiven machen und gerade da dürfen soziale, kulturelle und politische Projekte nicht fehlen.

AUFRUF AN ALLE

Oktober 1989: Der gewählte internationale Beirat oder ein ähnliches arbeitsfähiges Gremium setzt sich mit Organisationen und Medien in den anzusprechenden Ländern in Verbindung. Über diese Organisationen oder, falls diese nicht existieren, über adäquate Medien wird der Aufruf zur Projektemesse verteilt. Mit dem Aufruf wird ein Angebot des Internationalen Patenschaftsfonds in Selbstverwaltung (kurz IPS) verteilt, in dem bundesdeutsche, also tendenziell reichere Betriebe und Projekte, sich bereit erklären, einen Beitrag zur Finanzierung der Reisekosten ihrer „Patenkinder" zu leisten. Zusätzlich verfügt der IPS noch über Finanzmittel aus EG-Quellen und Ähnlichem, um den Restfinanzierungsbedarf zu decken.

Zur gleichen Zeit veröffentlicht der IPS in der BRD den Aufruf an hiesige Betriebe und Projekte, Patenschaften für ausländische TeilnehmerInnen zu übernehmen und damit interessante Kontakte im Ausland zu erhalten.

MÖGLICHE PRAXIS

Die „Weiberwirtschaft" schreibt an den IPS, daß sie ein Frauenprojekt im produzierenden Gewerbe kennenlernen will und bereit ist DM 1000.-von deren Reisekosten zu übernehmen. Das durch Geldmangel geschlagene Kulturzentrum in Melsungen schreibt, daß sie zwar großes Interesse an direktem Kontakt zu einem ähnlichen Zentrum in Frankreich hätten, jedoch als soziales Projekt höchstens DM 100.- aufbringen könnten. Außerdem schicken beide eine Selbstdarstellung des eigenen Projektes sowie eine Wunschvorstellung vom Partnerprojekt an den IPS.

Dieser hat derweil bereits einige Adressen interessierter Projekte und Betriebe im Ausland gesammelt, die ebenfalls angegeben haben, welche Art von „Patenmutter" ihnen am liebsten wäre: Die einen wollen diskutieren, die anderen suchen den knallharten Geschäftskontakt.

Der IPS, ausgestattet mit der nötigen Software, die gleichzeitig die erste internationale Selbstverwaltungsdiskette mit Adressen produzieren kann, bemüht sich nun „Patenkinder und -mütter" sinnvoll zuzuordnen. Selbstdarstellung und Brief in den Umschlag und ab die Post nach München, Nizza, Thessaloniki, Oslo, San-Sebastián,Pforzheim .....

ZWISCHENZEIT

Was in der Zeit vom Frühjahr 1990 bis zur Projektemesse im Sommer 1991 passiert, bleibt den Teilnehmenden überlassen. Immerhin liegt für die meisten mindestens ein Urlaub dazwischen, der genutzt werden könnte, das Partnerprojekt zu besuchen, das „fremde" Land aus deren Sicht kennenzulernen und sogar die ersten arbeitsfähigen politischen und ökonomischen Strukturen aufzubauen.

Der ISP hat allerdings zu tun: Gelder müssen akquiriert werden, die den Patenschaftsfonds so gut füllen, daß selbst das Kulturzentrum in LYON, das absolut keinen Pfennig aufbringen kann, in einem der von Reisekollektiven organisierten Busse zur Projektemesse steigen kann; mittels einer Pressekampagne muß für den Patenschaftfonds geworben werden.

POLITISCH PRIVAT

Genau wie dieser Vorschlag zunächst nur eine Idee ist, die diskutiert und umgesetzt werden kann, werden sich durch die persönlichen Kontakte zwischen SelbstverwalterInnen neue Ideen entwickeln, die schon 1991 vorgestellt werden können. Für die Idee der Vernetzung ist das Persönliche als Form der Politik wichtig – ohne allen anderen Organisationsformen die Berechtigung und den Sinn abzusprechen.

Interessierte am Thema sind herzlich eingeladen am 14.Oktober in der ASH, Oberursel zu diskutieren. ●

EINLADUNG ZUM ANFANG VOM »ENDE DER EISZEIT«

5 Jahre nach der letzten Projektemesse ● an deren damaligem Austragungsort ● am Geburtstag von CONTRASTE

Planungsveranstaltung zur Europäischen Projektemesse am 14.10.1989 in der Krebsmühle, Oberursel

Eingeladen sind alle Interessierten am Vorhaben »Projektemesse '91« – eine zahlreiche Teilnahme ist dringend erwünscht, um das Wann-Wie-Wo-Warum der Messe entscheidungsreif zu machen.

Was läuft wann?

Freitag, 13.10.

Imbiß für Fernreisende/ Kennenlernen 18.00

Samstag, 14.10.

Arbeitsfrühstück 10.00

Konsensfindung zum Tagungsziel 11.00

Moderation: Karl Bergmann

Bildung von Arbeitsbereichen 12.00

Gruppe A: ENTSCHEIDUNGS- UND ARBEITSSTRUKTUREN

Möglichkeiten zur inhaltlichen und organisatorischen Trägerschaft

Diskussionsstand in den regionalen Szenen (mit Berichten aus Hessen und Berlin)

Veranstaltungsort der Projektemesse'91: Berlin – oder Frankfurt?

Impulsreferat: Gert Behrens

Moderation: Arno Huber

Gruppe B: INHALTE, TITEL UND THEMEN

Präzisierung von Frage- und Themenstellungen des »Endes der Eiszeit«

Internationalisierung: Was sind zentrale Aussagen für ein anderes Europa entgegen der etablierten Entwicklung des EG-Binnenmarktes?

Regionale, länderspezifische und europaweite Aspekte eines Europas »von unten«

Impulsreferat: Rolf Schwendter

Moderation: Ricarda Buch

Gruppe C: INTERNATIONALE KONTAKTE

Kriterien zur Berufung eines internationalen Beirats

Aufbau von Kontakten und Nutzung bestehender Netze

Internationale Projektpartnerschaften als Möglichkeit konkreter Verbindungsaufnahme?

Impulsreferat: Birgit Cramon-Daiber

Moderation: Waldemar Schindowski

Abschlußplenum ab 17.00

Ergebnisse der Arbeitsbereiche

Zeitplan und Projektskizze

FEST: 5 Jahre CONTRASTE ab 21.00

Anmeldung (unbedingt erforderlich!):

Dieter Poschen, Gaisbergstraße 97, 6900 Heidelberg 1,

Telefon 0 62 21 / 1 34 02

ZUM VORHABEN EUROPÄISCHE PROJEKTEMESSE

PROJEKTEMESSE

Einfach mal losfahr'n

Der in der CONTRASTE-Juliausgabe abgedruckte Artikel „Reise nach Europa", der eine sehr individuelle und persönliche Art der Werbung für die Projektemesse '91 darstellte, veranlaßte Marlis Cavallaro dazu, sich Gedanken darüber zu machen, welche Schwierigkeiten mit dem Anspruch einer europäischen Projektemesse verbunden sind und welche Wege es gibt, diesem dennoch gerecht zu werden.

Marlis Cavallaro, Redaktion Heidelberg ● Strohfeuer im deutschen SV-Stall oder europäischer Flächenbrand? „Ende der Eiszeit" wäre eine gute Überschrift für eine bundesdeutsche Projektemesse. Es ist ja auch aus den Bedürfnissen eines Teils der deutschen Scene entstanden. Ob Leute in anderen Ländern damit etwas anfangen können, bleibt noch die Frage. Die Bundesrepublik ist Entwicklungsland Nr. 1 in Sachen Genossenschaften und Selbstverwaltung und wird woanders auch so gesehen (in Sachen Ökologie hingegen ist das anders). Soll der Super-Anspruch, „gesamteuropäisch" zu handeln (auch noch eine „Brücke nach Osteuropa" zu bauen!!!) auch nur im geringsten eingelöst werden, so muß einer Gefahr von Beginn an begegnet werden: daß Probleme und spezifische Diskussionen (und: Querelen und Fraktionierungen!) der bundesrepublikanischen Selbstverwaltungspraxis und -theorie zu gesamteuropäischen hochgejubelt werden. Diese Gefahr besteht, wenn das einladende Gremium nicht so schnell wie möglich internationalisiert wird.

In anderen Ländern gibt es zum Teil ganz andere Probleme, andere Hoffnungen, andere soziale Hintergründe – viele werden mit dem Begriff der „Eiszeit" nicht so viel anfangen können. Nur eine frühstmögliche internationale Vorbereitung kann die trotz aller Unterschiede vorhandenen Gemeinsamkeiten, die eine solche Messe notwendig machen, herausarbeiten, kann die ganze Sache eventuell wirklich zu einem Stück „Gegenoffensive" der europäischen „Linken" machen - und was dabei „links" bedeutet, wird erst noch gesamteuropäisch zu entwickeln sein. Das deutsche „Wir sind wieder wer" gilt hier nicht - Bescheidenheit ist bei aller „grünen", friedens- und frauenpolitischen Kompetenz angesagt.

KLÄRUNGSPROZESS

Ich stimme mit Richard Herding überein, der sich bei der CONTRASTE-Telefonumfrage erfreut darüber äußerte, daß eine Beschränkung auf die Begriffe „selbstverwaltet" und „alternativ" nicht stattgefunden habe, sondern man die ganze Sache eben „Europäische Projektemesse" nennt. Denn wer weiß genauer, wie diese Definitionen in anderen europäischen Ländern verstanden werden, was für Assoziationen sie auslösen - einmal ganz abgesehen von der Zerstrittenheit und Unklarheit dazu bei uns, die auch in unterschiedliche Untersuchungsansätze im sozialwissenschaftlichen Bereich eingeht. Trotzdem ist der Klärungsprozeß, abseits von einschränkenden Definitionen unbedingt notwendig. Was versteht wer unter „Projekten" ? „Alles, was nicht fertig ist - und doch keine Ruine" (Marcuse) - das läßt doch zuviel Raum für Interpretationen, wenn das „andere Europa" mehr Umrisse gewinnen soll.

Einiges kann sicher ausgeschlossen werden : z.B. die „Genossenschaft Atomkraftwerk". Oder die „ gentechnologische Agrar-Kooperative". Die mögen beide höchst selbstverwaltet sein, aber auch höchst unökologisch. Oder der zweihundert Leute ausbeutende Bioprodukte-Großhandel - ziemlich ökologisch, aber null selbstverwaltet. Das sind Extreme. Zwischen solchen hypothetischen Extremen aber gibt es tausende von Möglichkeiten.

Von den Niederungen der allgemeinen Lust auf das „Ende der Eiszeit" und auf ein europäisches Netzwerk müßte man zu konkreten Ebenen aufsteigen. Eine europäische Definition des Begriffs Selbstverwaltung steht noch aus, im Feuer der geschichtlichen Erfahrungen und der Bedingungen in anderen Ländern stellt er ein schwieriges und vages Gebilde dar. Das bedeutet eine Menge Arbeit und Lernen über den eigenen Tellerrand hinaus, sonst wird das Ergebnis weitaus schwammiger und profilloser als „Kirchentag" sein. Eine bedeutungslose Sektenveranstaltung ist bestimmt nicht unser Ziel, oder ?

Wird der ziemlich laut verkündete Anspuch wirlich ernst genommen, oder soll die Sache Funktionalisierung bundesdeutscher Auffrischungs-, Profilierungs-, Prestigestrategien etc. werden ? Ich denke, wir sollten uns von Beginn an klarmachen, auf was man sich einläßt. Ich habe den Aufruf inzwischen mitunterschrieben und muß das in meinen Zusammenhängen vertreten (will ich auch). Was ich nicht vertreten werde, ist eine Art der Vorbereitung, wie sie sich abzuzeichnen scheint.

WEG NACH EUROPA

Um Klarheit für die Vorbereitung zu gewinnen, bedarf es eines politisch bewußten, d.h. auf Informationen gegründeten Umgehens mit der Frage, über welche Kanäle der Aufruf in Europa verbreitet wird. Welche Verbände und nicht nur Einzelprojekte (die natürlich auch) sind in den Ländern interessant ? Sowohl aufgrund der Zielgruppen, die sie ansprechen können, als auch wegen eventuell nutzbarer organisatorischer Kanäle. Wie sind dabei Projektionen bundesrepublikanischer Vorstellungen zu vermeiden, oder daß aufgrund eventueller Ignoranz der Vorbereiter potentiell interessante Partner nicht angesprochen werden, sich undiskutierte Ausschlußkriterien durchsetzen ? CONTRASTE-Vertreter haben sich auf einem Gespräch zum Thema Messe vehement gegen Ausschlußkriterien gewandt. Am nächsten Morgen fällt mir bei der Lektüre der neuesten CONTRASTE (Juli 89) fast die Kaffeetasse aus der Hand : der angeblich erste Kontakt zur Vorbereitung der Messe ist hergestellt ! Von wem ? Natürlich von CONTRASTE. Für mich war deren „Reisekader" bisher durchaus nicht „berüchtigt" - nun aber ist er es.

Die Zeitung hat als einziges Forum für Selbstverwaltung in Deutschland eine europaweite Initiative mit allerhöchsten Ansprüchen gestartet. Überlegt sie daraufhin - vielleicht sogar zusammen mit denen, um deren Unterschrift sie wirbt - wie man diese Initiative am wirksamsten in Europa bekannt macht? Nein, das hat sie nicht nötig, sie fährt erst mal los nach Europa ! Das aber als „ersten Kontakt" zur Vorbereitung einer gesamteuropäischen Projektemesse zu verkaufen, daß man ein Kollektiv besucht , das irgendein mitarbeitender Weltenbummler zufällig kennt - das finde ich einen ziemlich dikken Hund.

Es gibt Kanäle aus der hiesigen Situation, Diskussion, Selbstverwaltung, aus Projekten, Bildungsbereichen, universitären Zusammenhängen, linken Gewerkschaftszusammenhängen mit italienischen Kooperativen, mit der dortigen Frauenbewegung, mit Umweltschutzorganisationen, mit den genossenschaftlichen Verbänden. Es gibt Leute, die eine Menge darüber wissen, die für die Mesevorbereitung wichtige Kontakte knüpfen können und werden, es gibt Multiplikatorenkanäle in Italien. Es gibt Vernetzungen, die weit über die einer Einzelfreundschaft einer Werbefachfrau mit einer italienische Kollektivistin hinausgehen.

„DEUTSCH ANGEHAUCHT" ?

Den Verdacht, daß die eigenen Erfahrungen als Nabel der Welt betrachtet werden, legt auch die Frage der Autorin des Artikels „Reise nach Europa" nahe, „ist dies nur ein deutsch angehauchtes Projekt, oder gibt es in Europa eine selbstverwaltete Betriebskultur ?" Wenn es auch eine Menge Selbstverwaltung (= demokratisch verfasste Betriebe, denen das Problem der innerbetrieblichen Demokratie noch nicht unwichtig geworden ist) in Europa gibt, nur sehr unterschiedlich ausgeprägt - was ist „die selbstverwaltete Betriebskultur"? Gibt es in der BRD so etwas ? Und kann man die in all ihrer Vagheit mit der Betriebskultur anderer Menschen mit zum Teil ganz anderer sozialer Herkunft als die unserer deutschen Selbstverwalter (eben nicht Mittelstand) und anderer politisch-kultureller Geschichte so schnell mal vergleichen?

Der Begriff der „Cooperative" ist sehr wohl ins Deutsche übertragbar, wenn auch der Begriff „Genossenschaft" statischer wirkt als das den Prozeß des Zusammenarbeitens besser ausdrückende italienische Wort.

Die italienische Gesetzgebung definiert, was Kooperativen sind, bei aller Vielfalt in der Praxis, und die Förderung von Genossenschaften ist in Italien Verfassungsgebot.Außerdem gibt es Gesetze aus den 80er Jahren, die die Förderung von Betriebsübernahmen im Kollektiv und von Jugendkooperativen bis ins Kleinste regeln. Im übrigen definieren sich italienische Kooperativen, sowohl die oppositionellen als auch die traditionelleren, ideell immer noch an den historischen Prinzipien der Rochdale-Pioniere - wie überall in Europa, wo das eigene Handeln nicht als einmaliges, sondern in die Geschichte eingebundenes erlebt wird. Die großen Differenzen, die es in der politischen Diskussion auch innerhalb der großen Verbände, vor allem der „Lega delle Cooperative", gibt, gehen um Marktanpassung und um das Ausmaß von innerbetrieblicher Demokratie und Selbstverwaltung, um die Frage, ob entweder Politik oder Ökonomie die Priorität haben sollen.

Die Übersetzung des in Deutschland entstandenen „Ende der Eiszeit"-Aufrufes durch irgendjemanden in anderen Ländern finde ich problematisch. Alle, die sich in internationalen Zusammenhängen schon mit der Vermittlung unterschiedlicher Erfahrung und mit Übersetzung beschäftigt haben, wissen, wie schwierig die schlichte Übertragung von in anderen Zusammenhängen entstandenen politischen und gesellschaftlichen Begriffen gegenseitige Verständigung machen kann. Eine gewisse Kompetenz, eine Kenntnis der Diskussion beider Länder, der Begriffe, die hier und dort dabei verwendet werden, der Situation in verschiedenen Regionen ist schon notwendig.

Ich hoffe sehr, daß es nicht zum Modell der Messevorbereitung wird, daß Leute aus dem Aufruferkreis in alle europäischen Richtungen ausschwärmen, um das erstbeste Projekt zum repräsentativen Kontakt zu erklären.

Die Vorbereitungsgruppe sollte also schleunigst einen Infopool und eine Koordination der Kontakte in andere Länder einrichten, damit die bei uns vorhandenen Kenntnisressourcen auch in die Qualität der Vorbereitung eingehen können.

GEWERKSCHAFT UND SELBSTVERWALTUNG

In anderen Ländern gibt es nicht die Ferne, der die westdeutschen Gewerkschaften zur Selbstverwaltungs- und Genossenschaftsfrage immer noch frönen, obwohl auch die hiesige Gewerkschaftslinke inzwischen gelegentlich einen Aufruf zum „anders Leben, anders Arbeiten" hören läßt. Es wäre wichtig, Initiativen im Ausland anzusprechen, die die Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen und kooperativen Strukturen praktizieren bzw. anstreben. Deren Teilnahme an der Projektemesse und ihre öffentliche Darstellung könnte der hiesigen Diskussion nicht nur in der SV-Szene einige Anstöße geben und der totalen Degeneration der deutschen Gewerkschaften bezüglich kooperativer und gemeinwirtschaftlicher Arbeits-, Lebens- und Wohnkultur etwas entgegensetzen. Die deutschen Gewerkschaften haben, nachdem dem Faschismus schon die Zerschlagung des größten Teils der Selbsthilfestrukturen der Arbeiterbewegung gelungen war, feste dazu beigetragen, daß für die Masse der benachteiligten Menschen in unserem Lande „Genossenschaft" zum Schimpfwort und „Selbsthilfe" zur Marotte langhaariger Selbstausbeuter geworden ist. Positive Beispiele aus anderen Ländern, konkret anwesend auf einer Projektemesse, könnten mit der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit vielleicht verschüttete Hoffnungen wachmachen und der Gewerkschaftslinken etwas anderes zu diskutieren geben als die die ewige „Selbstausbeutungs"- und „Ihr-Handlanger-der-konservativen-Deregulierung!"-Litanei. Das hieße einen großen Brocken des deutschen Eiszeit-Gletschers zum Schmelzen zu bringen und könnte auch die deutschen SelbstverwalterInnen zu mehr politischer Offensivität qualifizieren.

BRÜCKEN UND ABGRÜNDE

Eine Projektemesse in Berlin hat hat viel mehr Funktionen als nur den der eigenen Auffrischung. Ein „anderes Europa" heißt angesichts der durchaus nicht eiszeitlichen Erfolge der Rechten auch „gegen rechts". „Weg mit...", „raus mit..." und „nieder mit.." erreicht die Hoffnungslosen, die da rechts gewählt haben und wählen werden, bestimmt nicht. So hängt viel von der Ausstrahlungskraft linker Projekte und des Konzeptes eines „anderen Europas" ab.

Für „eine Brücke nach Osteuropa" wäre der Anspruch der Vorbereiter ohne eine zumindest begonnene Diskussion der dortigen makroökonomischen Probleme nichts als großkotzig ohne eine Auseinandersetzung mit den allzu unkritischen Tendenzen zur Übernahme westlicher Konsum- und Managementmuster gerade auch der dortigen Kooperativen, ohne eine Erarbeitung von minimalen gemeinsamen Nennern. Was heißt „Projekt" in Polen, in Ungarn oder der Sowjetunion ? Hat eine Projektemesse öffentlich etwas zu sagen und zu bieten, sozusagen als kritischer Kommentar zur These, daß es einen „Dritten Weg" zwischen totalitärem Staatskommunismus und westlicher „Freiheit" auf Kosten der Schwachen angeblich ein für allemal nicht mehr gäbe ? Könnte sie ihren praktischen Diskurs auf das dort wichtige Makroökonomische verwenden?

Interessiert der Aspekt der Öffentlichkeitswirksamkeit die VorbereiterInnen überhaupt? Werden manche nur warm mit Projekten, die ihnen „deutsch angehaucht" vorkommen ? Werden sie wahrnehmen, daß es auch in solchen Projekten „Hoffnung auf Revolution" gibt, in denen ungebildete Landarbeiter, Arbeiter, stramme Schlips-und-Kragen-KP-und-Genossenschaftsfunktionäre, alternativ aufgeschlossen, aber kulturell höchst unterschieden von uns, erste Schritte aus der Enge des Hauses machende ältere Mammies, Arbeiter- und Bauernhausfrauen, Rechtsanwälte im Anzug und viele mehr die Betriebskultur prägen, in denen das Konsensprinzip bei Entscheidungen nicht so präsent ist, und vielleicht auch eine Initiatorin als charismatische Figur vergöttert wird, in denen gar wie in lateinamerikanischen, aber auch sizilianischen u.a., Basiskollektiven nicht nur zusammen gearbeitet und gelebt, sondern auch noch zusammen gebetet wird ? Wo also nichts deutsch, sondern polnisch, italienisch oder irisch ist? Oder wird ihnen das spanisch vorkommen?

Ich bin überzeugt, daß das ganze Vorhaben Mut und Hoffnung in Gang setzen, der notwendigen Produktivkraft Utopie neue Nahrung geben, Wirtschaft und Kultur von unten stärken kann - aber ob es das wirklich tun wird, entscheidet sich vorher, nicht erst auf der Messe. Deren Ausstrahlung wird von der Qualität der Vorbereitung abhängen. ●

Das Ideal
ist ziemlich total
Schaffen wir davon nur 'n Teil
wär das auch schon ganz schön geil.

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.32

China: Gesellschaft contra Staat von V.C.P. Garnier
Urteil gegen Ingrid Strobl von Jutta Hackland
Frauenhandel von Anita Wilmes und Monika Autenrieb
Autonomes Zentrum Wuppertal - Kämpfe und Perspektiven
1.Mai in Berlin von Geronimo
Rassismus in der Linken von Jürgen Tobegen
Repression gegen Roma und Sinti von Frank Sparing und Karola Fings
Interviews, Teil 2: CNT-AIT und CNT (F) von Hans Müller-Sewing
Esoterik ändert nichts! von Hans A. Pestalozzi
Außerdem: Beiträge über Carl Meffert, Walter Serner, Senna Hoy, April Carters Anarchismusverständnis, über Schulverweigerung heutes; dazu neue Bücher, Kurznachrichten, und internationale A-Adressen, sowie LeserInnenbriefe etc.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck: Nr.0-12 Auszüge: 10.-DM
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

★

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

ZUM ENTSTEHEN EINER NEUEN FRAUENZEITUNG

Meine Theorie, das bin ich selbst

Vielleicht schon im nächsten Jahr soll sie erscheinen: eine neue überregionale feministische Zeitung. Auf Hochtouren arbeiten Frauen in verschiedenen Städten an der Noch-Namenlosen. Das letzte Treffen Mitte Juli in Bielefeld war der Profildebatte gewidmet. Welche Inhalte wird das neue Blatt vertreten, welches wird die politische Linie sein? Daß die Meinungen dazu auseinandergehen, kann frau sich denken.

Von Sabine Marx, Redaktion Frauen ● Drei Profilentwürfe standen auf der Tagesordnung: aus Frankfurt, Berlin* und Bielefeld. Die Debatte ist im vollen Gange, fortgesetzt wird sie Mitte September in Berlin. Im folgenden ein Bericht über den Stand der Diskussion aus Bielefelder Sicht.

Eine neue feministische, überregionale Zeitung wollen wir machen. Wir, das sind Frauen aus regionalen Frauenzeitungen und einige „professionelle" Journalistinnen. Die Idee wurde erstmals im Sommer 1988 auf einem Treffen aller regionalen Frauenzeitungen in Berlin vorgestellt. In den Köpfen vieler Frauen dürfte sie aber schon vorher präsent gewesen sein. Und zwar sowohl in den Köpfen potentieller Zeitungsmacherinnen als auch in denen der möglichen Leserinnen. Denn die Lücke, die das Ende der COURAGE in die Medienlandschaft geschlagen hat, haben viele Feministinnen in den letzten Jahren schmerzhaft wahrgenommen. Die EMMA war für die meisten bewegten Frauen nie ein adäquater Ersatz. Gewiß, es gibt für Frauen über dreißig echte Alternativblätter: die zahlreichen regionalen Frauenzeitungen. Doch die Art, wie sie produziert werden müssen (nebenberuflich, ohne Kapital und Produktionsmittel), erschwert eine kontinuierliche, aktuelle und gründliche Berichterstattung.

Ich kenne diese Schwierigkeiten zur Genüge von der TARANTEL, der Frauenzeitung aus Bielefeld, deren Mitbegründerin und Redakteurin ich bin. In den sechs Jahren unseres Bestehens habe ich allerdings die Nachteile, die unbezahlte journalistische Arbeit mit sich bringt, oft auch als Vorteil erfahren: Denn es macht Spaß, mit Frauen zusammenzuarbeiten, die aus wirklichem Engagement bei der Sache sind, die um drei Uhr nachts beim End-Layout aus Müdigkeit ins Bett wollen und die nicht aus Arbeitsüberdruß tagsüber auf die Uhr schielen wie beim „normalen" Lohnarbeiten üblich. Der Grund, warum ich in der Projektgruppe für eine überregionale, feministische Zeitung mitarbeite, ist nicht, daß ich die TARANTEL für unzulänglich halte. Ich möchte vielmehr, daß die neue Zeitung ein Stück weit wie die TARANTEL wird. Denn unsere Inhalte – das wechselseitige Verhältnis zwischen Frauenunterdrückung, Kolonialismus, Rassismus und Naturzerstörung zu beschreiben – halte ich im heutigen radikalen Feminismus für wesentlich. Das kapitalistische Patriarchat richtet die Erde zugrunde. Die Herrschaft von Männercliquen auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung, insbesondere der Frauen und der Natur wird mit Gewalt aufrechterhalten. Das ist der Zusammenhang zwischen Vergewaltigung und Umweltverseuchung, zwischen sexuellem Terror gegen Mädchen und der Unterbezahlung von Frauen.

Ob angesichts des Schadens, den das kapitalistisch-patriarchale System angerichtet hat und anrichtet, kritiklos der „Emanzipation der Frau" das Wort geredet werden kann, ist eine der Fragen, die etwa die EMMA konsequent vermeidet, die eine neue feministische Zeitung aber auf jeden Fall stellen sollte. Sie sollte sich fragen, ob in unserer vermaledeiten Weiblichkeit nicht auch eine eigene Stärke (verborgen) liegt. Sie sollte sich fragen, ob wir nicht anstatt ausschließlich Teil der Gesellschaft auch ebenso Teil von Natur sind und ob es nicht daher insbesondere ein weibliches Interesse sein muß, das von Frauen geschaffene Leben auf dieser Erde zu schützen und vor männlich-technischen Angriffen zu verteidigen. Sie sollte also den vielfältigen Gedanken, die in den letzten Jahren die Diskussionen in der Frauenbewegung bestimmt haben, endlich wieder einen großen Platz in der Öffentlichkeit einräumen.

Deshalb hatten wir Bielefelderinnen zum letzten Treffen ein Papier verfaßt, in dem es unter anderm heißt: „Eine feministische Zeitung, die in diesen Jahren das Licht der Öffentlichkeit erblickt, sollte sich klar äußern gegen den Vernichtungswahnsinn der herrschenden Verhältnisse... Sie sollte für eine frauen-, kinder-, tier-, naturliebende Welt eintreten." An diesem Satz entzündete sich die Debatte, und ich denke, es lohnt sich, die Linien, an denen wir entlangdiskutierten, genauer nachzuzeichnen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

STANDPUNKTE

„Platt" sei die Formulierung, „hohle Phrase", meinten mehrere Frauen, solche Sätze würden ihnen in ihrem Absolutheitsanspruch „Gruselgefühle" bereiten. Viel besser gefalle ihnen dagegen das, was die Frankfurterinnen in ihrem Konzeptpapier geschrieben hatten: „Es geht nicht um die Verbreitung einer 'feministischen Wahrheit', sondern Widersprüche im weiblichen Lebenszusammenhang sollen benannt werden." Dies war der Tenor, der unsere Gespräche durchzog: Auf der einen Seite das Beharren der Bielefelderinnen auf klaren inhaltlichen Aussagen, wo denn die zukünftige Zeitung politisch zu verorten sein werde, und auf der anderen Seite die Scheu vor einer solchen Klarheit, an deren Stelle die Vielfalt, Widersprüchlichkeit und Kontroverse feministischen Gedankengutes gesetzt wurde.

Ich meine nicht, daß die Präsentation feministischer Kontroversen (die ja nun wirklich einen anderen Ort verdient haben als die LeserInnenbriefseite der taz) die Suche nach einem politischen Standpunkt ersetzen kann. Im Gegenteil: Nur mit einem eigenen Standpunkt – der gewiß unter den Redakteurinnen einer Zeitung unterschiedlich sein wird – ist es überhaupt möglich, verschiedene Positionen und Meinungen sinnvoll auszuwählen, darzustellen und zu kommentieren. Alles andere liefe auf eine thematische und inhaltliche Beliebigkeit, ein Warenhaus der Ideen, eine Auswahl à la „in" oder „out", „witzig" oder „öde" hinaus, anstatt nach Prinzipien wie „richtig" oder „falsch", „wichtig" oder „nebensächlich", „nützlich" oder „schädlich" vorzugehen. Das Zögern, Standpunkte nach „gut" und „böse" zu bewerten, ist verständlich. Welche von uns hat nicht schon einmal das Damoklesschwert des „einzig wahren Feminismus" über sich schweben gespürt und mit ihrem „Falschverhalten" den Zorn ihrer frauenbewegten Schwestern auf sich gezogen? Und welche von uns kann sich schon rühmen, den Edelstein schwesterlicher Solidarität stets sorgsam zu polieren? Für unsere Zusammenhänge tun wir darum gut daran, schlichtes Schwarz-Weiß- und Freundin-Feindin-Denken zu vermeiden. Aber heißt das, daß wir jegliches Unterscheidungsvermögen für Gut und Böse verloren haben? Heißt das, daß wir Männer nicht für ihre Greueltaten brandmarken dürfen? Heißt das, daß wir uns nicht bisweilen auch von Frauen abgrenzen müssen? Heißt das, daß wir gar nicht mehr wissen, was gut für uns ist? Heißt das, daß wir keine Moral mehr haben?

MORAL

Genau hier setzte der Vorwurf einer der Anwesenden an: Wir mit unserem Postulat wollten Moral predigen und da habe sie keinen Bedarf. Der Einwand ist wichtig: Denn die, die uns üblicherweise Moral predigen, sind meist die Verantwortlichen der herrschenden Unmoral. Und im Namen ihrer „höheren" Moral werden Frauen ebenso geknechtet wie im Namen ihrer vermeintlichen Natur. Doch ist dieses Wissen erst der Anfang eines Nachdenkens über Moral – Frauenmoral. Ich meine, das Zurückweisen patriarchaler Moralvorstellungen gibt Frauen höchstens für eine Übergangszeit das Recht, keine Moral zu vertreten, für sich und andere die Wertungen nach Gut und Böse gar nicht mehr zu vergeben. Eine Feministin dagegen – wenn ich darunter eine Frau verstehe, die ihre Identität mit Hilfe der Frauenbewegung entwickelt hat, die sich teilweise losgelöst hat von Rollenzwängen, die für ihr Recht auf ein eigenes Leben kämpft, die keine siebzehn mehr ist und ihr Wissen anderen Frauen öffentlich mitteilen will –, diese Frau hat, wie ich finde, die Verpflichtung, ihr Weltbild, ihre Art Moral, ihre Sicht von Gut und Böse, von Für und Wider in den heutigen politischen Wirren offenzulegen, zumindest ihre Schwierigkeiten damit zu benennen. Sonst macht Feminismus keinen Sinn.

Gerade weil es heutzutage immer schwieriger wird, eigene positive Werte zu benennen und zu bewahren, gerade weil wir in einer Zeit der unglaublichsten Verdrehung und Entwertung überlebensnotwendiger Werte (wie Kinder- und Naturliebe) leben, ist es für Feministinnen unumgänglich, zumindest für uns ein lebbares Wertesystem zu entwickeln und aufrechtzuerhalten. Denn sonst laufen wir blind in die Gehirnwaschanlagen herrschender Zivilisation. Sonst fangen wir womöglich auch noch an, uns über den „Anstieg der Lebenshaltungskosten" zu beschweren und uns für eine „Politik der Preisstabilität" oder ähnlichen Quatsch einzusetzen, anstatt uns beispielsweise zu fragen, wie es überhaupt möglich ist, daß wir uns haufenweise so viele teure Klamotten kaufen können, bei uns Lebensmittel vernichtet werden und in anderen Ländern Frauen und Kinder verhungern.

PRIORITÄTEN

Eine der anwesenden Frauen auf dem Treffen in Bielefeld meinte, wenn sie an die Notwendigkeit von Arbeitsplätzen für Frauen denke, könne sie dem Erhalt von Bäumen etwa nicht in jedem Fall Prioritäten einräumen. Die Diskussion über diese Frage könnte wirklich spannend sein, und eine feministische Zeitung ist ein idealer Ort, sie zu führen. Aber: Ob dies wirklich eine **wertfreie** Debatte sein sollte oder auch nur könnte?

Eine andere Frau sagte, den Satz, die Zeitung solle sich für eine frauen- und naturliebende Welt einsetzen, könne sie nicht unterschreiben, denn sie liebe bisweilen auch Männer und Computer. Ich mußte innerlich schmunzeln – über mich selbst, denn ich dachte spontan: „Ich auch". Ich habe nichts gegen Frauen, die Männer lieben. Aber ich sehe es nicht als die Aufgabe einer feministischen Zeitung an, diese Liebe zu „fördern" (das wird sie ja wohl überall sonst genug!). Ich finde vielmehr, das Feminismus und Frauenbewegung zuerst unsere Frauenliebe stärken sollten. Unter Computerliebe stelle ich mir ein Gefühl vor, wie ich es vielleicht manchmal für meinen Fernseher habe. Liebe ist dafür sicher ein zu großes Wort, aber positive Gefühle zu den technischen Dingen des Alltags kann ich mir wahrlich nicht absprechen. Nur: Was heißt das? Heißt das, daß Computer eventuell „gut" sind oder ebenso „nützlich" wie Brot und Regen? Ich finde es befremdlich, in einer Gesellschaft zu leben, in der es beliebig geworden ist, Autos und Computer oder Pflanzen und Tiere zu lieben. Ich lebe seit über dreißig Jahren in der Stadt, und fast genauso lange hat es gedauert, bis ich die Selbstverständlichkeit städtischen Lebens und Kultur in Frage stellen konnte, bis ich anfing, darüber nachzudenken, wie sehr wir Städterinnen auf Kosten ländlicher Produktion und Kultur leben und daß uns die städtische Kultur nicht per se reicher gemacht hat, sondern auch Ausdruck einer großen Verarmung ist. Ebenso wie die Tatsache, daß in meinen Frauenzusammenhängen fast überhaupt keine Kinder auftauchen. Als ich anfing, mich mit Feminismus zu beschäftigen, dachte ich sogar, jede Frau, die ein Kind kriegt, tappt in die patriarchale Falle. Damals war für mich eine Feministin per definitionem eine kinderlose Frau. Daran ist unschwer zu erkennen, wie leicht feministin sich irren kann.

IRREN KÖNNEN

Damit bin ich beim Einwand des Irrtums: Gerade weil wir doch wüßten, wie oft jede sich selbst in ihrem Leben schon geirrt hat und wie oft der Feminismus mit seinen Theorien schon daneben lag, müßten wir uns davor hüten, allgemeine oder gar postulierende Aussagen zu machen. Ich halte diesen Einwand für berechtigt. Nur: Die Fähigkeit zum Irrtum ist keine Schwäche, sondern eine Stärke feministischer Theorie. Denn nur wenn wir unseren Gedanken und Erkenntniswegen eine wirkliche Entwicklung zugestehen, sie also mit uns wachsen, sich verändern und sterben lassen, können sie eine Qualität haben, die ihnen keinen unangemessenen Platz über uns zuschreibt, sondern den passenden mitten in uns und unserem Leben. Von hier kommt mein Denken, meine Leidenschaft, mein feministisches Engagement. Meine Theorie, das bin ich selbst. Darum bin ich meßbar an dem, was ich schreibe, lasse mich beim Wort nehmen.

Von mir und andern Frauen wünsche ich mir: Daß sie nach außen tragen, was in ihnen steckt. Eine feministische Zeitung, die die (innere) Kraft von Frauen wiederspiegelt, die Mut hat zu (unpopulären) Meinungen, die sich nicht vom „Zeitgeist" verwirren läßt, die sich auf die Suche begibt nach eigenen Werten und ihrem Ort, von dem aus sie streiten kann: Auf diese Zeitung freue ich mich.

* Vom Berliner Entwurf ist in diesem Artikel nicht die Rede, da er sich weniger mit inhaltlichen Fragen, sondern mit der eher formalen Frage befaßte, wie die neue Zeitung rubriziert werden könnte. ●

KURZMELDUNGEN

Untergrundpresse in der DDR

Redaktion Heidelberg ● In der DDR herrscht totaler Genehmigungszwang für Druckerzeugnisse aller Art. Die Kirche darf zur „betrieblichen" Kommunikation Druckerzeugnisse im Selbstverlag herstellen. Um dieses Privileg zu nutzen, siedelten sich die unabhängigen Gruppen in den Kirchengemeinden an. Unter der Schutzformel „Nur zur innerkirchlichen Information" etablierte sich eine eigene, staatlich unzensierte „Presse". Diese „Presse" besteht aus Informationsblättern (Zeitungen sind genehmigungspflichtig!), in denen die Gruppen Arbeitsergebnisse, Berichte, unterdrückte Informationen etc. veröffentlichen. Der Spielraum dieser Informationsblätter hängt von der Insitution Kirche ab, insbesondere von dem theologischen Selbstverständnis und der Zivilcourage des jeweiligen Gemeindekirchenrats. Die Maschinen und Druckmaterialien müssen aus dem Westen beschafft werden, da diese in der DDR nicht erhältlich sind.

Es gibt in der DDR mittlerweile eine kaum zu überblickende Anzahl von regelmäßig und einmalig erscheinenden Broschüren. Sie werden über Verteiler von Gruppen und auf Veranstaltungen vertrieben. Im folgenden stellen wir die bekanntesten Berliner Blätter vor.

Der **Friedrichsfelder Feuermelder** wird vom Friedrichsfelder Friedenskreis monatlich herausgegeben. Er berichtet mit viel Hintergrundinformation über aktuelle politische Entwicklungen im Ausland. Der FF erscheint in einer Auflage von 200 Exemplaren.

Die **Umweltblätter** werden in einer Auflage von 2000 Stck. vom Friedens- und Umweltkreis der Zionskirchgemeinde publiziert. Der Schwerpunkt der Blätter liegt auf der aktuellen Berichterstattung. Sie sind in die regelmäßigen Rubriken Aktuelles(!), Umwelt, Osteuropa, Diskussion, Dokumentation und Nachträge gegliedert. In den Blättern kann jederfrau/mann Artikel und Berichte veröffentlichen.

Der **Moaning Star** ist das „chaotische Spontiblatt" der Gruppe Kirche von Unten und der Offenen Arbeit. In einer Auflage von ca. 1000 Exemplaren wird auf respektlose Art und Weise über aktuelle Ereignisse berichtet.

Das Heft **Kontext** wird von einer Redaktionsgruppe herausgegeben. Die Artikel setzen sich auf hohem theoretischem Niveau mit Themen aus Gesellschaft, Politik und Geschichte auseinander. Im künstlerischen Teil werden Lyrik und Prosa von überwiegend unveröffentlichten Autoren abgedruckt. Kontext erscheint zwei-monatlich in einer Auflage von 800 Exemplaren.

Die **Arche Nova** wird von der landesweit arbeitenden Gruppe arche herausgegeben. Jedes Heft hat einen umweltpolitischen Schwerpunkt. Die Beiträge beschäftigen sich mit der Entwicklung und der aktuellen Situation des behandelten Themas. Die Erscheinungsweise ist zwei-monatlich.

PS: Dieser Aufstellung kann man/frau eine gewisse Einseitigkeit nicht absprechen. Neben den vordergründig politischen Blättern gibt es natürlich auch Hefte, in denen nur literarische Texte und Grafiken verbreitet werden. ●

Brigitte

VernetzungskritikerInnen machen mobil

Lautlos, aber zielstrebig werden alle und alles miteinander elektronisch vernetzt. Wir drohen zu Anhängseln eines gigantischen Computer- und Telekommunikationssystems zu werden. Machtkonzentrationen werden ausgebaut, Verantwortlichkeiten verschleiert, Individuen und gesellschaftliche Gruppen kontrollierbarer und wichtige Grundlagen unserer sozialen und psychischen Existenz – z.B. die direkte Kommunikation – zunehmend verdrängt. Zeit, dagegen etwas zu unternehmen!

Vom 13.-15. Oktober findet bei Darmstadt das zweite Aktionsseminar der Initiativen gegen ISDN und Computervernetzung statt; Überschrift: „Computernetze: Flurbereinigung der Sinne und Modernisierung der Herrschaft – Gefragt sind Phantasie und Widerstand!"

Ausgehend von einer Diskussion über die Risiken der elektronischen Vernetzung sollen Ansatzpunkte für Gegenkampagnen aufgespürt und konkrete Schritte geplant werden! Angesprochen sind u.a. auch ehemalige VoBos, und – z.B. im Zusammenhang mit der schleichenden ISDN-Einführung in den Stadtverwaltungen – auch KommunalpolitikerInnen.

Info: TelekommunikAKTION
c/o CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1. ●

Dirk Bethe

ENDE EINER ÄRA ?

Können aus Märchen PRINZen werden ?

Der Jahreszeitenverlag (JZV), eine der fünf größten Verlagsgruppen in der BRD, engagiert sich im Stadt- Illustrierten-Geschehen und baut mit Millionenbeträgen eine Magazin-Kette namens PRINZ in den Ballungszentren der Republik auf.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Damit scheint er nun endgültig das Ende einer Ära eingeläutet zu haben, die zu Beginn der siebziger Jahre so idealistisch und trotzig ihren Anfang genommen hatte: Gegen die herrschenden Meinungsmonopole im kommunalen Raum sollte in „Volksblättern" und Stadtzeitungen eine „neue Öffentlichkeit" möglich werden.

Nachvollziehbar recherchierte Informationen von Arbeitsgruppen und Bürgerinitiativen... kollektiv in Redaktion und Druckerei produziert... gemeinsam direkt an die AbnehmerInnen verteilt und verkauft... und daneben auch noch leben können...
Ja, das müßte eigentlich möglich sein!

DAS MÄRCHEN AN SICH

Über die Hoffnungen und Motive der „Gegenöffentlichkeit"sbewegung im Detail berichtet flott und flapsig ein PAPERBACK, welches momentan als Ramschware auf dem Büchertischen auftaucht:

In „Gegendruck" (so der Titel) stellte der umtriebige Autor **Kurt Weichler** anno 1983 Lüste und Früste der alternativen Presse-Bewegung vor.

Der Markt für die alternative Presse-Schwemme der siebziger Jahre küßte die redaktionellen MacherInnen auf recht rauhe Weise wach:

Die dem alternativen Spektrum aufgeschlossenen KonsumentInnen orientierten sich mit ihrem Kaufverhalten oft an den Preisen der verhaßten Monopolpresse; wenn sie denn wirklich mehr zahlen sollten für's „Blättle", dann entwickelte sich schnell eine Erwartungshaltung, die redaktionelle Kontinuität und: journalistische Qualitäten! verlangte.

Auf der Seite der BlattmacherInnen brach daraufhin sehr bald eine breite Professionalisierungsdiskussion vom Zaun:

Wer besorgt die (damals noch!) 20.000 DM für 'ne GmbH, wer hält die Rübe hin? Und... was wollen wir eigentlich mit dem Laden? Bei der vielen hineingesteckten Arbeit müßte man und frau eigentlich auch davon leben können...(?!)

Kollektiv-potenziert tauchten Probleme auf, die fast als Grundsatz-Lehrjahre der Alternativ-Branche zu bezeichnen sind:
○ die am Arbeitsplatz erlebte Konflikt-Schnittstelle zwischen persönlichem Anspruch und politischer Realität,
○ die schnell entstehende Professionalisierungs-Spirale,
○ der Alltags-Kampf zwischen Hierarchie-/ und Kompetenz-Debatten,
○ die alternativ-harte Schulung für den Medienmarkt und das Mißtrauen gegenüber Partner/Genoss/Kollektivist/Innen, daß die womöglich vor einem selbst den anscheinend unvermeidlichen großen Sprung schaffen (in die kapitalistische Konkurrenz natürlich!!!).

STADTBLATT-ALLTAG

Mit den geschilderten Problemstellungen entwickelte sich bis zum heutigen Tag eine Masse von Stadtmagazinen mit mehr oder weniger anspruchsvollen Titeln und Inhalten.

Neben „Kleinanzeigen" (**Ella sucht einen Herbert**) und Programmteil (**Diesen Monat in Castrop Rauxel**) existierte jeweils ein redaktioneller Block aus Meldungen, Reportagen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

und Kommentaren; je nach spezieller Blatt„Kulör" trendiger, engagierter oder tratschiger...

Die redaktionellen MitarbeiterInnen rekrutierten sich zum Großteil aus den Instituten ortsansässiger Universitäten und hofften mehr oder minder auf ihre journalistischen Karrieren.

Szene-Tüftler entdeckten zusehends einen blühenden Markt zwischen Kneipen- und Konzertszene: Für die lokale wie überregionale Marken- und Konzertwerbung konnte hier eine Menge „gemanagt" werden. Längerfristige Kontinuität war gefragt:

Es entwickelte sich ein Existenzrahmen, der (für wenige!) eine gute Perspektive im jeweiligen Stadtblatt zuließ.

MARKTENTWICKLUNGEN

Stadtblätter sprachen eine bestimmte alters-und bildungsspezifische Leserschicht an, die von anderen Presseorganen so nicht erreicht wurden; weder Tagespresse noch Anzeigen-orientierte Stadtteilanzeiger erwischten lokal diese Käuferschicht.

Aus der Idee eines Berliner Enthusiasten entwickelte sich schnell eine bundesweite gemeinsame Werbeakquisition. So arbeiteten denn zwei Agenturen (KSI = Kombination-Stadt-Illustrierte, und SPP = Szene-Programm-Presse) überregional für unterschiedliche Stadtblätterzusammenschlüsse.

Während SPP den Werbekunden mühsam erklärte, wie verwurzelt die bei SPP organisierten Print-Medien vor Ort mit der Leserschaft sind (und darum auch alle ein bißchen anders ausschauen: lustiger, kleiner, größer, flotter, körniger...), ging KSI den entgegengesetzten Weg:

Die bei ihr organisierten Stadtblätter sollten vom ästhetischen Outfit her sehr ähnlich sein und dem Werbekunden ein möglichst homogenes Werbefeld bieten, auf das er sich schnell entscheiden konnte, wo er für welches Produkt werben möchte!

Und hier kommt der MärchenPRINZ in unsere Geschichte und marschiert mit Riesenschritten in einen längst erwachten, aber durch jahrelange Routine abgeschlafften Markt: Einem Regionalblatt aus Bochum gelungen ist, Millionen-Jongleure ins Stadtblatt-Geschäft zu locken!

Der Jahreszeitenverlag (JZV) stieg mit rund 20 Mio DM bei PRINZ-Bochum/Düsseldorf ein und versuchte, sich hiermit einen Riesen-Lese-Markt zu sichern.

Das PRINZ-Konzept ist dabei aber leider nicht so recht aufgegangen: Man dachte in Bochum(PRINZ) und Hamburg (JVZ), mit viel Geld in die zehn regionalen Ballungszentren zu gehen und dort die eher maroden Stadtblatt-Titel aufzukaufen, um anschließend mit einem neuen Produkt, nämlich dem national-lokalen PRINZen aufzutrumpfen. Ein PRINZ in jeder wirklich großen Stadt sollte Ende 1990 zu einer PRINZengarde von monatlich verkauften 400.000 Exemplaren führen.

DIE ALTEN GEISTER ERWACHEN

In Berlin tritt PRINZ gar nicht erst gegen **Zitty** und **Tip** an, in Frankfurt muß er sich gegen einen aufgepäppelten Vierfarb-Pflaster-strand durchsetzen, in Stuttgart bleiben **Stuttgart Live** und **Ketchup** und Düsseldorf kämpft mit seinem wiedererwachten **Überblick** gegen PRINZenküsse. Bremen wird ein harter Brocken sein mit den Konkurrenzblättern **Bremer Blatt** und **Kursbuch**. Auch in Hamburg bleiben **Oxmox** sowie die **Szene Hamburg**, nachdem **Tango** an PRINZ verkauft wurde. Im Ruhrgebiet versucht sich der **Marabu** gegen den bunten PRINZ durchzusetzen.

Die **Münchner Stadtzeitung** mit dem Herausgeber-Krokodil **Arno Hess** hatte eigentlich schon lang die beste Zeit hinter sich. Nur der Münchner Lethargie konnte es wohl zugeschrieben werden, daß bislang keine ernstzunehmende Konkurrenz formuliert wurde! Als PRINZ/JZV nun mit dem großen Geld wedelte, schlug **Hess** ein und war einen stellenweisen sehr anstrengenden Laden los.

Indes: Die (zeitlich!) letzte Redaktionsriege tat sich flugs nach dem **Stadtzeitungsverkauf** an PRINZ/JZV mit der führenden Boulevard-Zeitung zusammen (**AZ-München**) und gründete ein neues Blatt: **Stadtmagazin München!** Dieses kann dem Münchner PRINZen sicher mächtig mit Knowhow und Aktualität einheizen!

Der Markt ist mehr als wach. Großverlagshäuser haben einen Geschäftsbereich für sich erkannt, der aus alternativen Denkansätzen entsprungen ist.

Tageszeitungen steigen in das Stadtblattgeschäft ein, weil ihnen von Werbekunden/-Agenturen deutlich gemacht wird, daß im lokalem Raum zunehmend die jungen LeserInnenschichten abhanden kommen.

Schon bringt die WAZ-Gruppe ein Supplement (= Beilage, z.B. ZEIT-Magazin) namens **Akku** in ihren Ruhrgebietsblättern heraus, das kostenlos die entsprechende Käufer/LeserInnenschicht (jugendlich/aktiv/intelligent) erreichen soll mit Programm/Kultur/Klatsch; erwartete Gesamt-Auflage 1,2 Mio Exemplare!

Das marktbeherrschende **Hamburger Abendblatt** von Springer plant ähnliches.

DIE PRINZENROLLE

Aus dem Bochumer PRINZ wurde ganz schnell ein kalkuliertes Marketing-Konzept; für ein Verlagshaus existiert weniger die journalistische Frage nach dem zu verbreitenden Inhalt, sondern vielmehr der Wille nach größeren Marktanteilen.

Die Massen, die sich PRINZ kaufen (sollen), haben etwas Glitzerndes in der Hand... Sie tauschen eine durchgehend vierfarbige „Anmutung" (scheinbar momentan **das** Zauberwort in Verlags- und Redaktionsetagen!!!) in gestylter, cosmopolitischer Flottheit gegen Szeneblätter, die ihren eigentlichen Biß längst verloren haben; die spannenden politisch/kulturellen Themen werden längst von Fachblättern übernommen und dort wesentlich ausführlicher/besser dokumentiert!
Die geneigte Leserschaft hat allerdings noch ein bißchen Zeit, sich den PRINZ-Griff am Kiosk zu überlegen:

Nach Auskunft des Verlagsleiters hat z.B. PRINZ MÜNCHEN ein Finanzpolster bis zum Ende des nächsten Jahres...

Prinz will gut zahlen, stellt nach eigenem Bekunden MitarbeiterInnen eher fest ein und bietet einen großzügigen Heftrahmen (ach ja: „Anmutung!"), den sich manche/r AutorIn bei anderen Blättern bislang vergeblich für die eigene Story (klammheimlich) gewünscht hat.

Aus diesen Gründen lassen sich manch alte Bekannte auf den PRINZ-Redaktionsbänken wiederfinden: Hierzu gehört (welch Ironie!) auch der eingangs erwähnte Autor von **»Gegendruck«**; obwohl dieser noch immer gern auf Tagungen mit seinen Manuskripten über die alternative Medienbewegung brilliert, arbeitet **Dr. Kurt Weichler** heute als PRINZ-Chef Hamburg.

EIGENTORE ?

Zum JZV gehört auch das neudeutsche TEMPO mit einer Gesamtauflage von über 100 000 Exemplaren. Will man in den JZV-Etagen so dynamisch sein, gleich zwei ZEITGEIST-Pferdchen nebeneinander um die Gunst der LeserInnenschaft buhlen zu lassen: TEMPO und PRINZ Kopf an Kopf vor Ort in Stadt und Land?

Immerhin: TEMPO-Chef PEICHL fühlte sich bedroht und hat seinem Ärger in der Medienszene genügend Luft gemacht. Er hält ein bundesweites PRINZ-Konzept für Schwachsinn!

Wir werden sehen, was der Markt hergibt und was wir ertragen können: Es sind schon ganz andere Blätter von den Bäumen gefallen. ●

KURZMELDUNGEN

Verregnete Ferien

Die Föderation freier europäischer Radios (F.E.R.L.) hatte zu einem Sommerkongreß in den sonnigen französischen Süden eingeladen: In dem idyllischen Örtchen Forcalquier liegt der Geschäftssitz einer Vereinigung, die im Bereich des europäischen Kommerzmediengerangels eine wichtige/einigende Aufgabe übernehmen soll.

Allerdings scheinen die Protagonisten in der Geschäftsführung nicht so recht ein „glückliches Händchen" zu haben, wenn es um die Integrierung der doch sehr individualistischen FERL-Mitglieder geht. So wurde der Deligierte von RADIO DREYECKLAND unter schwer verständlichen Gründen des Platzes verwiesen und mußte unverrichteter Dinge wieder heimreisen. Bei solchem Vorgehen ist die erboste Redaktion vom DREYECKLAND-Vorstand mehr als verständlich: In einer vierseitigen Presse-Information dokumentierte er die Kette der Konflikte, die es bislang (aus seiner Sicht) mit der jetzigen Geschäftsführung (in Personam Francois Bourchardeau) gegeben hat.

Obwohl dies für die weiteren alternativen BRD-Radio-Projekte (Radio 100 und Radio Z) eher ein „Nebenkriegsschauplatz" ist (der Kampf um die Existenz vor Ort regiert die Sender!), läßt sich nur hoffen, daß die ungeschickt und möglicherweise autoritär gehandhabte Geschäftsführung der FERL nicht zum communication-break-down zwischen den linken europäischen Radioprojekten beiträgt:

Vielleicht trifft man und frau sich ja in Amsterdam (EUROPA GEGEN DEN STROM) und stellt einmal mehr die Unsinnigkeit von Kriegsbeilen innerhalb der links-alternativen Szene fest! ●
Mathias Lahmann

Phoenix in der Asche

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Mit dieser „Schlag"zeile erfuhren die LeserInnen des Wiener Stadtblattes **Falter** vom Ende eines engagierten Umwelt-Agentur-Projektes in Österreich (CONTRASTE berichtete ausführlich über deren Arbeit).

Phoenix selbst hat anklagende Worte auf den Lippen, wenn es um die Gründe für das Projekt-Scheitern geht:
„So wenig sich die Antarktis zum Pflanzen von Apfelbäumchen eignet, so wenig ist Österreich ein fruchtbarer Boden für eine unabhängige und frei finanzierte Presseagentur..."

Weder private Mäzene oder die öffentliche Presseförderung, noch das Umweltministerium förderten in ausreichender Weise ein Projekt, das ein Jahr lang in Höchstqualität „Fragen, Informationen und Probleme zu Umweltfragen" erstellte.

Ein weiterer, wenn auch kaum beachteter Skandal am krisengeschüttelten Austria-Himmel? Seit Juli 1989 versendet Phoenix keine Agenturmeldung mehr. Sicherlich nicht nur die speziell wienerische Kultur im Umgang mit dem Tod läßt die MitarbeiterInnen zu den Sektgläsern greifen:

Ein Projekt ist vorbei (schade!); das nächste beginnt: Das Phoenix-Team wird in seinen high-tech-strotzenden Räumen als **Redaktionsbüro**, als **Druckwerkebüro** und als **Kommunikationsberatung** weiterarbeiten.

Bei dem vorhandenen Know-How scheint Hoffnung und... Dickbrett-Beißen angesagt! CONTRASTE wird weiter über die hartnäckigen (!) WienerInnen berichten. ●

Anzeige

A L T E R N A T I V E
MONATSZEITUNG
M O Z
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Radikal gegen die Extremisten der Mitte

Wir scheren aus, wo andere einlenken

SCHNUPPER-ABO

COUPON: Nach Erhalt dieses Coupons und öS 70,- (DM 10,-, sfr. 10,-) schicken wir Ihnen die jüngste Ausgabe der MONATSZEITUNG und die folgenden 2 Nummern. Wollen Sie die MONATSZEITUNG danach regelmäßig für zumindest 1 Jahr weiterbeziehen, brauchen Sie nichts weiter dazu tun. Die MONATSZEITUNG wird sich sodann monatlich (Juli-August Doppelnummer) in Ihrem Briefkasten einfinden. Sie erhalten dann eine Rechnung über öS 320,- (DM 50,-, sfr. 50,-, Auslands Abos öS 350,- incl. Versand und MWST.) StudentInnen und Studenten: -30%.
Falls Sie aus finanziellen (oder anderen) Gründen nicht bereit sind, die MONATSZEITUNG zu abonnieren, genügt eine Karte an uns nach Erhalt des 2. Heftes mit einem diesbezüglichen Hinweis. Sie erhalten danach nur noch eine Ausgabe.

NAME, VORNAME
STR.
PLZ., ORT
DATUM, UNTERSCHRIFT

„Selbstverständlich kann ich meine Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen und bestätige dies durch meine Unterschrift."

UNTERSCHRIFT (WICHTIG)

BITTE IN BLOCKBUCHSTABEN SCHREIBEN!

Coupon und Geldschein(e) bitte an: GRÜN ALTERNATIV VERLAG
MONATSZEITUNG
NEULERCHENFELDER STRASSE 12
A-1160 WIEN, ÖSTERREICH

Abo zu DM 50,- oder Probeexemplar bei Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Telefon 0222/48 35 71

FÜR EINE OFFENSIVE GEGENÖFFENTLICHKEIT

Wo steht der Widerstand gegen Zensur?

Eine Diskussion: BuchhändlerInnen,VerlegerInnen,ZeitungsmacherInnen zum Thema Repression und Widerstand.

Von Waldemar Schindowski, Redaktion Amsterdam ● Im folgenden wird auszugsweise eine Diskussion wiedergegeben, in der versucht (!) wird, sich mit den Bedingungen und Perspektiven einer radikalen Gegenöffentlichkeit auseinanderzusetzen. Auch wenn in dem Gespräch, daß im Juli 1989 standfand, viele Punkte nur kurz und oberflächlich angerissen werden, so wird doch ein Einblick über Standort und Möglichkeiten von Gegenöffentlichkeit heute gegeben.

M. : In dem Hamburger Aufruf „Was wahr ist wird auch in Zukunft geschrieben, gesetzt, gedruckt und vertrieben" wird ausführlich die Entwicklung der Repression beschrieben, die Frage nach dem Umgang damit beschränkt sich allerdings auf einen kleinen Ausschnitt am Ende des Textes. Es heißt da: Gegen die linken Medien wird der Paragraph 129a in erster Linie als Zensur-Paragraph eingesetzt. Zwar findet „eine Zensur" staatsfeindlicher Schriften „nicht statt", dafür wird die Herstellung und Verbreitung dieser Schriften zur „Sympathiewerbung als Progapanda" erklärt und unter Strafe gestellt. Dabei ist der Paragraph 129a so weit und schwammig gefaßt, daß er sich unbegrenzt als Zensurinstrument gegen jedes unliebsame Druckerzeugnis einsetzen läßt. Wurden gestern die VerbreiterInnen der Erklärungen bewaffnet kämpfender Gruppen verfolgt, soll heute bereits die Publikation „anschlagrelevanter Themen" strafbar sein. Es werden sich also alle, die sich kritisch mit Staat und Gesellschaft auseinandersetzen, mit dem Paragraph 129a konfrontiert sehen. Und umso mehr wird die Zensur mit dem Paragraph 129a greifen, wie die Betroffenen sich zensieren lassen, d.h. sich das Recht nehmen lassen, in aller Öffentlichkeit all das zu schreiben, zu setzen, zu drucken und zu verbreiten, was wahr ist und publiziert werden muß.

Wir erklären, daß wir auch weiterhin jedes für uns wichtige Thema und Inhalt mit den uns zu Verfügung stehenden Mittel der öffentlichen Diskussion zugänglich werden. Weder werden wir uns ohne Widerstand kriminalisieren, noch uns in die Illegalität treiben lassen. Wir fordern alle Medien auf, sich einer breiten Kampagne gegen den Paragraphen 129/129a und 130a anzuschließen. Die Freiheit der Schrift und des Wortes ist nicht garantiert, sie muß erkämpft werden. Schließen wir uns in diesem Kampf zusammen. Die Fragen, die sich für unsere weitere Diskussion daraus stellen sind:

1. Wie sieht es mit dem „Wir" momentan aus, also wie ist der Stand der linken Medienstruktur? 2. Wie sehen die Bedingungen für die Projekte aus, die praktische Gegenöffentlichkeit herstellen? 3. Welche Bedeutung geben wir der Beibehaltung „legaler" Strukturen und was läßt sich an den „illegalen" Öffentlichkeitsstrukturen kritisieren. 4. Was könnte es für konkrete Ansatzpunkte geben, bzw. sind schon vorhanden, um die uns wichtigen Themen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

C. : Wenn ich mir die Entwicklung der letzten 20 Jahre bei den Buchläden oder Verlagen anschaue, da wird mir erstmal mulmig zumute. Heute gibt es in der BRD nur noch wenige Läden, die für sich den Anspruch formulieren, alle Beiträge aus linken Diskussionen zu verbreiten, egal ob das nun kriminalisierte Inhalte oder Theorietexte zur linksradikalen Diskussion sind. Der VLB (Verband des linken Buchhandels) existiert nur noch auf dem Papier, in der Form eines überregionalen organisatorischen Zusammenhangs spielt er keine Rolle mehr. Viele der vor einigen Jahren noch dort aktiven linken Buchläden, Verlage, Vertriebe sind mittlerweile etabliert. Für diese Projekte ist die Frage der radikalen Gesellschaftsveränderung beantwortet. Die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten oder militanten Kampf gegen die real existente Normalität des Kapitalismus ist für sie eine Phase gewesen – die beendet ist. Heute sehen sie in den Grünen oder der Ökobank die progressive Kraft für den Feierabend von morgen. Subjektiv gesehen mag dies für einen eine polititische Weitentwicklung bedeuten, d.h. von der Revolution zum Reformismus, aber es ist auch viel Resignation dabei, d.h. die Leute haben des öfteren schlechte Erfahrungen mit ihren Projekten gemacht,die sogenannte Szene hat sie im Stich gelassen...Ein Teil derer, die vor Jahren noch groß „Wir lassen uns vom Staat nicht zensieren" geschrien haben, bilden heute ein Teil der alternativmedialen Integrationsstrategien. Für diese Projekte hat eine linksradikale Praxis, die sich u.a. in Form militanter Aktionen ausdrückt und über Papiere vermittelt wird, keine Relevanz mehr. Broschüren und Zeitungen aus autonomen und antiimperialistischen Diskussionen werden nicht mehr bestellt. Aber viele der jüngeren AktivistInnen haben keine Lust mehr auf diese Schlafmützigkeit oder realpolitische Machtarroganz in vielen Läden. Ich will hier nicht alle Projekte über einen Kamm kehren, aber in der ehemaligen VLB-Szene passiert wirklich nicht mehr viel.

S. : Aus dieser, regional unterschiedlichen Distanz zwischen den Menschen in den Buchladenkollektiven und der vor Ort aktiven linksradikalen Szene sind u.a. ja auch die Infoläden entstanden. Diese Entwicklung ist eine Reaktion darauf, daß die Buchläden nicht mehr Orte der Kommunikations- und Informationsvermittlung sind – oder bewußt nicht mehr sein wollen. Zwischen den MacherInnen der Buchläden und Infoläden bestehen Generationskonflikte. Diese Konflikte werden meist nicht ausgetragen, man/frau hat einfach nichts mehr miteinander zu tun.

P. : Ein anderer wichtiger Punkt ist aber auch der ökonomische Druck, der auf vielen Läden lastet, d.h. die Leute müssen sich ihren Lebensunterhalt über die Arbeit im Buchladen finanzieren. Unter dem Gesichtspunkt der Repression heißt das konkret, daß eine Geldstrafe über mehrere tausend Mark die Existenz eines Ladens angreifen kann. Nicht unterschätzen sollte man auch - und das trifft besonders für Buchläden in kleinen bzw. mittleren Städten zu – daß Durchsuchungen und andere Polizeiaktionen abschreckenden Charakter für die bei ihnen einkaufenden bürgerlichen KundInnen haben können.

W. : Repression durch Geldstrafen muß aber nicht zwangsläufig zur Existenzgefährdung führen. Wenn ein Buchladen in eine politisch aktive Szene, die sich solidarisch verhält, eingebunden ist, dann greift dieses Einschüchterungsinstrument nicht. Genauso kann der geplanten politischen Isolierung durch direkte Solidarität etwas entgegengesetzt werden.

K. : Ich denke, wir sollten in der Diskussuion nicht die Geschichte der Buchläden aufarbeiten – was sicherlich notwendig wäre – sondern über die Möglichkeiten einer Anti-Repressionsarbeit in den Projekten (Buchläden, Verlage, Zeitschriften, Vertriebe) rede, die nach wie vor noch den Anspruch haben, unterdrückte Nachrichten zu verbreiten. Diese Projekte meine ich, wenn danach gefragt wird, ob mit dem Ansatz einer Anti-Zensurparagraphen-Kampagne der direkten und schleichenden Repression etwas entgegengesetzt werden kann.

M. : Außer in Hamburg existieren doch keine größeren Strukturen, wo diese Überlegungen gemeinsam bzw. öffentlich geführt werden und es auch eine praktische Arbeit dazu gibt.

S. : Die letztes Jahr von CONTRASTE initiierte Kampagne „Wir beißen auf den Maulkorb" ist wie so vieles im Sand verlaufen. Das mag viele Gründe haben; ein nicht unerheblicher ist aber die Erfahrung, daß die Kampagne noch nicht einmal von betroffenenen Projekten, also Läden, Verlage und Zeitschriften die Verfahren hatten, getragen wurde. Ob's nun Desinteresse oder einfach die nicht stattgefundene Diskussion war, weiß ich nicht. CONTRASTE ist aber mit der Propagierung einer Kampagne vorgeprescht und alles scheint nach der Buchmesse wieder eingeschlafen zu sein. Da kann man nur hoffen, daß die Hamburger Initiative größere Resonanz findet.

K. : Zu dieser Kampagne möchte ich noch kurz was anmerken. Also, erstmal habe ich Schwierigkeiten meine Unterschrift unter das Motto „Was wahr ist, wird auch geschrieben..." ohne Widersprüche zu setzen. Was ist denn Wahrheit? Die Darstellung bestimmter politischer Ereignisse kann heute wahr und richtig sein, vielleicht zeigt sich jedoch morgen, daß es falsch war, also nicht der Wahrheit entsprach. Das Propagieren der Wahrheit kann zu einem Dogmatismus führen, den ich prinzipiell ablehne. Ein Beispiel: Vielleicht ist es unwahr, daß Baader, Ensslin und Raspe in Stammheim ermordet wurden, aber trotzdem ist es richtig, wenn wir von Mord reden und schreiben. Wir veröffentlichen und verbreiten die Texte, die uns für Diskussionen wichtig erscheinen. Die Frage nach der „Wahrheit" wird im ersten Semester Philosophie diskutiert, sollte aber nicht Kriterium für den Widerstand gegen die Zensur sein. Trotzdem finde ich die Initiative gut und wichtig. Über die Feinheiten können wir uns ja unterhalten, darüber müssen wir nicht unbedingt streiten.

P. : Aber nochmal zu der Frage, wie es mit unseren Strukturen aussieht. Von der Repression sind doch, nach außen erkennbar, nur wenige Projekte direkt betroffen. In Hamburg wird gegen die „Sabot" vorgegangen. Einige Buchläden werden durchsucht und bekommen 129a Ermittlungsverfahren – die später meist wieder eingestellt werden. Fritz Storim wird zu einem Jahr ohne Bewährung wegen angeblicher Mitarbeit an der Info-Sammlung verurteilt. Gegen E-coli-bri ist ähnliches gelaufen. Das ist doch ganz klar ein Angriff des Machtapparats auf die Hamburger Struktur der Linken bzw. Linksradikalen. Die Hafenstraße wurde mit einem breiten Bündnis durchgesetzt und auch die Kampagne für die Zusammenlegung kam aus Hamburg. Wo politische Bewegung ist, da wird vom Staat mit Repression geantwortet.

In Köln wird die „Stadtrevue", eigentlich kein besonders linksradikales Stadtmagazin, innerhalb eines Jahres zum zweiten Mal durchsucht – Anlaß ist eine abgedruckte Erklärung der RZ. Das richtet sich u.a. gegen die gute Solidaritätsarbeit für Ingrid Strobl, die von der Stadtrevue mitgetragen wurde. In anderen Städten hält sich jedoch die direkte Repression, gegen im Medienbereicht tätige Projekte, in Grenzen. Es wird zwar immer wieder das Richtige versucht, den Paragraphen 129a als Zensur-, Ermittlungs- und Gesinnungsparagraphen darzustellen, von dem jede(r) Buchladen, Verlag, Zeitschrift, JournalistIn betroffen sein kann, aber tatsächlich werden nur einige durchsucht und die anderen sagen „was haben wir damit zu tun!". Seht euch doch mal die Unterschriftenliste des Hamburger Flugblattes an, das ist doch alles andere als berauschend. Für mich gibt es also zwei Ebenen des Widerstands gegen dem Paragraph 129a:

1. die direkt Betroffen und die Leute, die den Druck des Paragraphen im Nacken spüren.

2. Die linke und liberale Öffentlichkeit, die ein gewisses Maß an Empörung produziert. Und nun stellt sich die Frage, wie man die Bedeutung dieser zwei Ebenen einschätzt.

L. : Beim Thema liberale und linke Öffentlichkeit bekomme ich gleich Kopfschmerzen. Wenn es eine funktionierende liberale Öffentlichkeit gäbe, müßte sie von ihrem Selbstverständnis aktiv gegen die Repressionsparagraphen arbeiten. Damit tut sie sich aber sehr schwer. Sie hätte aufschreien müssen nach der Verabschiedung des neuen 129a und 130a, sie hat aber noch nicht einmal geknurrt.

W. : Stimmt, aber in der linksradikalen Szene ist es auch verlernt worden, mit sowas wie liberaler Öffentlichkeit umzugehen. Sie war z.B. bei der Diskussion um die Radikal Nr. 132 im Herbst 1986 gar kein Thema. Ohne Zweifel ist eine gewisse Schlafmützigkeit der Liberalen zu beobachten, trotzdem muß eine Zusammenarbeit an bestimmten Punkten möglich sein. Ich will mich hier auf die Repression gegen Veröffentlichungen beschränken. Auch für so liberale Vereine und Verbände wie „Humanistische Union", „Komitee für Grundrechte und Demokratie", „DJU", „IG Medien" ist der Kampf gegen Zensur Thema, ein wichtiger Bestandteil ihres politischen Selbstverständnisses, d.h. es geht ihnen um die Verteidigung der Bürgerrechte. Genau da müssen wir ansetzen, diese Leute mit ihren eigenen Ansprüchen zu konfrontieren. Eine Zusammenarbeit mit der liberalen Öffentlichkeit ist sinnvoll, wenn wir deutlich machen, daß für uns, sofern wir uns als Linskradikale verstehen, das Gesetz kein Maßstab für unsere Arbeit (egal ob im Buchladen oder in irgendwelchen Polit-Gruppen) ist. Ich sehe Möglichkeiten für eine ehrliche Zusammenarbeit, denn wir können ihnen erklären, daß sich durch die Abschaffung der Paragraphen 129/129a und 130a prinzipiell nichts an dem bestehenden Herrschaftssystem ändert, es aber durchaus ein Schritt gegen den weiteren Abbau der demokratischen Grundrechte sein kann. Diskussionen in liberalen Kreisen über die Repression können den Staat und seine ausführenden Organe in Legitimationsschwierigkeiten bringen und eventuell die Bedingungen für unsere politische Arbeit verbessern. Ich will jetzt nicht vom großen Hoffnungsträger „liberale Öffentlichkeit" reden, es kann aber ein Fehler sein, sie mit Überheblichkeit zu ignorieren. Arroganz ist immer ein Ausdruck von Schwäche.

S. : Bei mir bleibt nach wie vor starke Skepsis, was den Umgang mit der sogenannten liberalen Öffentlichkeit betrifft. Am Beispiel des Verfahrens gegen Fritz Storim ist das meiner Meinung nach bestens deutlich geworden. Der Spiegel, der sich gerne den Anschein eines liberalen Gewissens gibt, hat in einem Artikel zwar ganz vorsichtig die Praxis des Paragraphen 129a in dem Prozeß in Frage gestellt. Die Person selbst, die Zeitung und die Inhalte, dessentwegen Fritz angeklagt war (Zusammenlegung der politischen Gefangenen) wurde jedoch denuziert, als spinnernd dargestellt. Es ist zudem eine übliche Methode der liberalen und linken Medien à la taz, vorsichtige Kritik zu äußern, ansonsten jedoch linksradikale Positionen auszugrenzen und dagegen zu hetzen – ohne inhaltliche Auseiandersetzung wohlgemerkt. Das ist die vielzitierte politische Kultur. Es stellen sich für mich weitere Fragen. Warum hat es einen Riesenwirbel um den Prozeß gegen Ingrid Strobl gegeben, der Prozeß gegen die vier Duisburger (Norbert Hofmeier, Bärbel Perau, Thomas Richter und Thomas Thoene) fand jedoch fernab einer linken und liberalen Öffentlichkeit statt, obwohl die Anklagekonstrukte vergleichbar haarsträubend waren? Und wie geht die linksradikale Szene mit ihrer Solidarität um? Lassen wir uns nicht auch von den bürgerlichen Medien beeinflussen, d.h. greifen wir nicht genauso die Themen auf, die dort auf Interesse stoßen?

M. : Ein Ansatz für die Diskussion über den offensiven Umgang mit der Zensur könnte die im Herbst 1987 geplante Gemeinschaftsherausgabe des Buches „Die Info-Briefe aus der RAF" sein. Durch das Publizieren dieser Texte hat der Neue Malik Verlag die Inhalte öffentlich zugänglich gemacht. Vor der Beschlagnahme wurden ca. 3000 bis 4.000 Exemplare verkauft. Die bundesweite Durchsuchungswelle im Herbst 1987 hat Aufsehen erregt und bürgerliche Kreise waren empört über diese Zensurmaßnahmen. Auf der Buchmesse 1987 enstand aus der spontanen Solidarität, die Idee einer Gemeinschaftsausgabe, die vom linksradikalen Spektrum über die altlinken Verlage bis zum Rowohlt-Verlag reichte. Es war meiner Meinung nach ein konkreter Ansatz, durch den Plan einer gemeinsamen Herausgabe von ca. 80 Verlagen, Buchläden... der Staatsgewalt paroli zu bieten. Doch nachdem das Buch wieder lieferbar war, und der Beschlagnahmebeschluß aufgehoben wurde, ist alles im Sande verlaufen.

L. : Welchen Ansatz meinst du? Eine Front mit dem Rowohlt-Verlag im Kampf gegen die Zensur von Rowohlt-Pornos oder die Herausgabe der Briefe von Gefangenen aus der RAF? Und daß der Neue Malik Verlag die Texte juristisch-taktisch unter dem Etikett Wissenschaftsfreiheit verpackt, kann doch nicht unser ehrliches Interesse gewesen sein. Anders wäre es schon gewesen, wenn die Verlage,Buchläden und anderen Projekte bzw. Einzelpersonen bei dem Treffen auf der Buchmesse gesagt hätten: „Wir wollen,daß das Info weiterhin der Allgemeinheit zugänglich ist, weil wir die öffentliche Diskussion

Fortsetzung auf Seite 13

Anzeige

Aufruf aus der Kulturwelt zum
VOLKSENTSCHEID
über das sofortige Verbot der Produktion und Verbreitung von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen (FCKW)

Das Ozonloch wächst weiter !

Bis jetzt wurde Folgendes erreicht: 70 000 Aufrufe sind seit dem Start der Initiative Mitte Juni 1989 verteilt worden. Ungefähr 12 500 Unterschriften sind bis Ende Juli bei uns eingegangen. Man kann also sagen: ein kleiner Anfang aber ach! ein Anfang nur. Vorallem am Geld hapert es noch. (Wie sollte es auch anders sein ?). Wir haben bisher um die 15 000 DM investiert, aber nur wenig Spenden erhalten.

Dr. Michael Verhoeven - einer der Erstunterzeichner:

„Die Herstellung von FCKW ist Terrorismus mit anderen Mitteln. Ein Staat, der die Hersteller schont und die Bürger diesem Terror aussetzt, verliert jede Glaubwürdigkeit."
Michael Verhoeven

Anti-FCKW-Initiative, Prinz Albert Str. 43, 5300 Bonn, 0228/21 53 18
Spenden sind steuerlich absetzbar. Ab DM 20,- erhalten Sie eine Spendenquittung.
Spendenkonto Nr. 200 818 020, BLZ 370605 90, Sparda Bank Köln

ÖKOTEST IM TEST:

Betriebsklima mangelhaft!

Was sich seit Gründung des Projekts 1985 bei Ökotest entwickelt hat, scheint – schaut man sich die Impressa an – alle Redakteure Schlag auf Schlag vergrault zu haben. Bis auf die Chefredaktion.

Von Petra Inden, Redaktion Rhein/Main ● Selbst der „geistige Vater" und Herausgeber von Ökotest, Jürgen Reuschel-Schulte, beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit einem neuen Projekt, den „Ökologischen Briefen", die im September erstmals erscheinen werden. Auf der Suche nach den Gründen für die horrende Fluktuation haben wir alte Diskussionspapiere durchgeforstet, mit ehemaligen Redakteuren, dem Herausgeber und einigen Gesellschaftern gesprochen und letztlich auch Ökotest selbst endlich mal gelesen.

EINE IDEE SETZT SICH DURCH

Seit 1983 entwickelt eine Journalisten-Initiative ein Konzept für eine Zeitschrift, die sich vorrangig mit Alltagsökologie beschäftigt. Die Idee des Ökotests gibt der Zeitschrift ihren Namen. Gleichzeitig werden Finanziers der geplanten GmbH & Co KG gesucht, die das Projekt ermöglichen sollen.

1985 erscheint die erste Ausgabe auf der Grundlage von über 660 Kommanditisten und stillen Gesellschaftern, einer Einlagesumme von 850.000 DM, 12 selbstverwalteten Projektlern und mehreren freien Mitarbeitern. Jürgen Reuschel übernimmt vorübergehend die koordinierende Chefredaktion. Um jegliche Beeinflussung der Berichterstattung zu vermeiden, gibt es eine strikte Kompetenz-Abgrenzung zwischen Verlagsverwaltung, Redaktion und Geschäftsführung. Demzufolge werden zwei Plena eingerichtet: die Gesamtprojekt- und die Redaktionskonferenz. Im ersten Jahr geht lediglich Oliver Tolmein; er arbeitet auch weiterhin als freier Journalist für Ökotest. Für ihn kommt Jürgen Stellpflug, ehemaliger Mitarbeiter der taz-Ökologie-Redaktion.

ERSTE KONFLIKTE

Für 1986 werden neue Vorsätze entwickelt. Ökotest soll in Zukunft auch die Tests durchführen können, die bisher wegen zu hoher Kosten gemieden wurden. Es wird weiterhin für Kapitaleinlagen geworben. Ein Antrag auf Hessenknete wird abgelehnt mit der Begründung, die Forschung, die Ökotest betreibt, sei nicht im Sinne der Richtlinien.

Redakteur Hanno Parmentier, zu diesem Zeitpunkt verantwortlich für die technischen Abläufe, beklagt die Funktion der Chefredaktion. Ökotest brauche „keinen Chefredakteur, insbesondere keinen, der seine Funktion sowieso nicht ausfüllt". (Ökotest, Tagebuch Febr. 86). Nach gescheiterten Versuchen, die Heftplanung mehreren Leuten zu überlassen, übernimmt sie Jürgen Stellpflug. Jürgen Reuschel befürchtet dabei die Abschaffung der Rubrik „Tagebuch", des „Blickes unter die Bettdecke" (aus einem Leserbrief); einer Rubrik, die er gegen alle durchgesetzt und für die letzte Seite statt einer Werbeanzeige – wie sonst üblich – vorgesehen hatte. Leserbriefe verhindern letztendlich die Abschaffung des Tagebuchs.

Drei Monate später beklagt sich Hanno Parmentier ein weiteres Mal in einem internen Diskussionspapier; diesmal über „die Chefredaktion in neuem Gewand", „Hektik statt Seriosität" und „Laune statt Diskurs". Gemeint sind die eigenmächtigen Entscheidungen Jürgen Stellpflugs über Inhalt und Konzeption des Blattes, die jede Redaktionskonferenz unnötig und zu einer „Informationsbörse und Themenverteilungsinstitution" machen; desweiteren der Hang zur Aktualität und die damit verbundene mangelnde Zeit für gründliche Tests nebst den sich dadurch häufenden Richtig- und Gegendarstellungen und den unerträglichen Arbeitsbedingungen bei Ökotest. Letztlich denn auch der Umgang Jürgen Stellpflugs und Fritz Arndts mit anderen Mitarbeitern.
Hanno Parmentier verläßt Ökotest 1987.

Ein Jahr Ökotest. Die Anzahl der Finanziers ist inzwischen auf 1.100 gestiegen. Über 20.000 Hefte werden pro Monat im Einzelverkauf abgesetzt, die Abonnentenzahl beträgt 10.000. Die Verlagsverwaltung erhält Unterstützung durch Günter Berger, ehemaliger Geschäftsführer der Heidelberger Wochenzeitung COMMUNALE. Die Gratis-Abos für die Gesellschafter werden umgewandelt in Halb-Preis-Abos. Es geht voran – in jeder Beziehung ...

DAS ENTSCHEIDENDE JAHR

Inzwischen beträgt die Auflage 96.000 verkaufte Exemplare monatlich. Eine Prozeßwelle, wie man sie erwartet hat, ist ausgeblieben; die sogenannte Rentabilitätsschwelle ist erreicht. Ca. 1.800 Finanziers beteiligen sich mit einer Gesamtsumme von 2.9 Mio. DM am Ökotest-Verlag, 16 feste Mitarbeiter sind bei Ökotest beschäftigt. Obwohl auch intern bemängelt, werden weitere Finanziers geworben.

Zum Ende des Jahres spricht Herausgeber Jürgen Reuschel-Schulte in einem internen Diskussionspapier von „Putschversuchen", die das Projekt Ökotest von innen zerstören. „Das Jahr 1988 war für das ÖKO-TEST-Magazin geprägt durch das Ziel zweier Kollegen, ohne Rücksicht auf ihre Mitarbeiter/-innen bestimmte Dinge durchzupeitschen. „Es gibt keine gemeinsame Zielsetzung mehr ...", heißt es weiter. Günter Berger und Jürgen Stellpflug zögen sich „bei Bedarf auf das zurück, was das BDA-Zentralorgan 'Der Arbeitgeber' neulich 'Management by Angst' genannt hat. Als Konsequenz beschrieb der 'Arbeitgeber' ein Verhalten, das er als 'innere Kündigung' der Mitarbeiter/-innen bezeichnete. Wer in den letzten Monaten seine Augen offen hielt, konnte die Leute, die innerlich gekündigt hatten, mühelos erkennen."

Hintergrund: Auf einer Projektkonferenz am 17.Nov. wird gegen den Willen der Redaktion eine inhaltlich bestimmende Chefredaktion installiert. Mag sein, daß es die bisher eh schon gab – jetzt ist sie legitim. Regina Sauer, die kurz darauf kündigt, Fritz Arndt und Jürgen Stellpflug übernehmen diesen „Versuch, den Alltag praktikabel, handhabbar zu machen" (Stellpflug). Ehemalige Redakteure sprechen von Informationen, die nicht zu erhalten waren, von einem unerträglichen Betriebsklima aufgrund des hochmütigen Verhaltens von Stellpflug und Berger; Redaktionskonferenzen verkämen zur Farce.

Günter Berger schreibt kurz darauf jedem neuen Redakteur „einen Passus über ein Redaktionsstatut in die Arbeitsverträge. Redaktionsstatuten sind Kollektivverträge, in denen sich Redaktionen die individuelle und kollektive Schreibefreiheit gegenüber der Verlagsleitung absichern lassen; „...Ich gehe davon aus, daß Günter das nicht gemeint hat, denn die Schreibefreiheit ist ja bisher vorhanden. Gemeint ist wohl eher ein Instrument zur Installierung von Hierarchie ..." (Diskussionspapier, Jürgen Reuschel).

Er beklagt weiterhin die „Funktionalisierung von Menschen" beruhend auf mangelhafter Fähigkeit zur Zusammenarbeit Bergers und Stellpflugs und die „massenweise Beschäftigung freier Mitarbeiter". Zudem herrsche „in der Testredaktion eine Tendenz zur Selbstbedienung aus dem Testetat".

Eine Werbemaßnahme in SPIEGEL und STERN spielt einen Verlust von 150.000 DM ein, da die Rückantwortadresse vergessen wurde. Reuschel-Schulte führt auch dies auf den Alleingang von Günter Berger zurück. Sein Fazit: „Es ist ja nicht so, daß Günter und Jürgen St. von Bosheit besessen wären ... Aber was ihnen offenbar fehlt, ist die Fähigkeit zur Zusammenarbeit, die Anerkennung der Fähigkeiten anderer und das, was man Teamgeist nennt. ..."
Thomas Östreicher, freier Journalist, schreibt Ende 1988 für die taz über Ökotest und beklagt darin Ökotests Ausstieg aus der Alternativwirtschaft und Hierarchietendenzen. Ökotest klagt, u.a. gegen die Aussage, man arbeite nicht mehr mit anderen selbstverwalteten Betrieben zusammen. Östreicher geht am ersten Verhandlungstag auf einen Vergleich ein, da ein Prozeß zu lange gedauert hätte und ihm „die Sache" soviel „nicht wert" sei. (Thomas Östreicher)

INZWISCHEN...

... haben nach der großen letzten turbulenten Wochenendkonferenz Ende '88 alle Redakteure bis auf Jürgen Stellpflug und Fritz Arndt gekündigt. Lediglich vier neue Redakteure sind dazugekommen, dafür ist die Zahl der freien Mitarbeiter – der sogenannten „Lohnschreiber" (Ökotest-Hausjargon) weiter gewachsen. Geld wird nicht mehr für Ökotest, sondern für die Tochtergesellschaft Ökolabor GmbH & Co KG gesammelt. Die soll diversen AGÖF-Labors Geräte für ihre Untersuchungen finanzieren. Nicht nur die ehemaligen Redakteure beschweren sich über mangelnde Informationen aus der Chefetage. Auch die über 1.800 Gesellschafter waren bis vor kurzem ungehalten und haben Maßnahmen getroffen. Zwar wurde ein Aufsichtsrat abgelehnt; ein Beirat soll den „Abstand zwischen Geschäftsführung und Gesellschaftern verringern" und „die Sensibilität, die im laufenden Geschäft verloren geht", wiederherstellen (Gesellschafter Peter Vollmer). Einfluß auf den Ökotest-Alltag hat der Beirat freilich nicht.

Das „Tagebuch" befindet sich jetzt im hinteren Teil des Magazins. Die letzte Seite ist – wie bei allen anderen Zeitschriften auch – vorgesehen für eine Anzeige.
Während alldessen arbeitet Gründervater und Immer-noch-Herausgeber Jürgen Reuschel Schulte an dem, was ihm bei Ökotest so gefehlt hat: Die Weiterentwicklung, die „zweite Stufe in der ökologischen Publizistik", wie er es nennt. Ökologische Informationen sollen durch die „ökologischen Briefe" in den Bereichen Kommunal- und Betriebspolitik in Entscheidungen einfließen. Für jeden Bereich wird es einen Brief geben, zudem einen Wochendienst ab September'89. An dem Startkapital in Höhe von 425.000 DM ist der Ökotest-Verlag mit 10.000 DM beteiligt, ansonsten nur insofern, alsdaß er seinen Herausgeber seit geraumer Zeit für sein neues Projekt freigestellt hat. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FÜR EINE OFFENSIVE GEGENÖFFENTLICHKEIT

Fortsetzung von Seite 12

über die Geschichte des bewaffneten Kampfes als einen notwendigen Bestandteil einer linken Kultur betrachten".

P. : Daß die Diskussion auf der Buchmesse oberflächlich war, zeigt sich u.a. darin, daß für viele Projekte nach Aufhebung des Beschlagnahmebeschlusses anscheinend das Weltbild wieder in Ordnung war. Vermißt habe ich die Initiative, egal ob sie vom Neuen Malik Verlag oder sonstwem gekommen wäre: „Ihr redet doch alle von Presse-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, jetzt gehen wir das mal konkret an. Wir realisieren eine Gemeinschaftsausgabe anderer RAF-Texte, die noch nicht lieferbar sind." Grundkonsens bei solchen Initiativen müßte es sein, daß alle Projekte, die sich an einer Herausgabe beteiligen, auch die inhaltliche Diskussion über die Texte als wichtig oder sinnvoll erachten. Über die Bewertung der praktischen Politik dieser Theorien kann es dabei durchaus Differenzen geben.

M. : Die Diskussion um die gemeinschaftliche Herausgabe des „Info" bewegt sich aber wieder auf der Ebene des Reagierens. Was ich genauso wichtig finde, ist, darüber zu reden, wie bringen wir bisher legal erschienene Texte in die Buchläden. Ein Beispiel: Im Prozeß gegen Ingrid Strobl zitiert Richter Arendt stundenlang RZ-Theoriepapiere und Erklärungen von Anschlägen, die „dank" des 129a nirgends nachlesbar sind. Eine Auseinandersetzung, jenseits des Gerichtssaals über die Politik der RZ, dessen Ingrid Strobl ja angeklagt war, ist jedoch nicht möglich. Genau an diesem Punkt hätte es unsere Aufgabe, als HerstellerInnen und VerbreiterInnen von Gegeninformationen, sein können, die Texte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora in die Regale der Buchläden zu bringen. Wenn 50 bis 100 Buchläden, Verlage, Druckereien, Vertriebe, Setzereien sich zu diesem Schritt entschlossen hätten, wäre das ein Akt polititischer Solidarität mit der Journalistin Ingrid Strobl, die ja auch wegen ihrer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den anschlagrelevanten Themen verurteilt wurde – und ein offensiver Umgang mit den Gesinnungsparagraphen 129a gewesen.

Inwieweit so eine Überlegung heute noch realisierbar ist, müßte diskutiert werden, ich denke jedoch, daß sich solch ein Projekt auf einer relativ breiten Ebene vermitteln ließe. Und wenn eine Kriminalisierung erfolgen würde – die trotz der Texte nach meiner Einschätzung absolut nicht zwangsläufig sein muß – stände der Widerstand dagegen vielleicht auf ein paar Füßen mehr.

W. : Die Diskussion über die RZ-Texte ist aber doch nur der kleinste Teil unserer alltäglichen Praxis. Die Realität in z.B. einem politisch aktiven linken Buchladen bzw . Infoladen sieht doch so aus, daß vielleicht 10 Zeitungen ausliegen, gegen die eventuell bereits nach Paragraph 129a ermitttelt wird – das weißt du aber nicht, da die Ermittlungsverfahren erst bei konkreter Anklage, Einstellung oder „Belehrung" mitgeteilt werden. Vielleicht gibt es auch die eine oder andere Broschüre, die halblegal oder illegal erscheint, jedenfalls das Impressum fehlt oder so platt ist, daß es dem dümmsten Spitzel auffällt. Es besteht also immer die Möglichkeit kriminalisiert zu werden. Soweit, so schlecht. Der Gedanke, der mir öfter bei der Beschäftigung mit diesen Publikationen hochkommt, ist „Wie verhalte ich mich bei einer Kriminalisierung, die nicht mehr juristisch aufzuhalten ist oder mit phantasievollen und taktischen Geschichten umgangen werden kann. Konkret: Gehe ich einen Kompromiß ein und weich ich aus, oder verkaufe und verteile ich die Papiere weiterhin offen, weil ich den Inhalt für bestehende Diskussionen als notwendig erachte. Das ist eine wichtige Frage, weil uns auch klar sein muß, daß wir bei einem offensiven Umgang mit bestimmten radikalen und militanten Inhalten nicht mehr so einfach die vielzitierte Presse-, Meinungs- oder Wissenschaftsfreiheit einklagen können. Solch ein Vorgehen setzt ein Bewußtsein in der sogenannten Szene für die Notwendigkeit einer freien Widerstandspresse voraus. Es scheint zwar in den letzten Monaten wieder eine Diskussion in Gang zu kommen (CONTRASTE, Konkret, Hamburger Aufruf, Gegen den Strom), doch bleibt abzuwarten, ob sich was Praktisches daraus entwickelt und die Ebene des Appellierens überwunden wird. Eine wie auch immer arbeitende Gegenöffentlichkeit ist momentan jedenfalls alles andere als offensiv. ●

Das vorliegende Gespräch ist vollständig abgedruckt, in der in diesen Tagen erscheinende Dokumentation „Schwarze Texte. Zensur in der BRD. 1968 bis heute."
Die Dokumentation beginnt mit Beiträgen über die Zensur als staatliches Instrument zur Unterdrückung sozialer Kämpfe und Bewegungen. In Teil I werden in einer ausführlichen Chronologie die Zensurfälle gegen linke Buchhandlungen, Verlage, Zeitschriften und Druckereien aufgezeigt. Vorangestellt sind ihnen die Fixpunkte der sozialen Kämpfe und Gesetzesverschärfungen. Die Auswahl der danach folgenden Originalreprints (ehemals) verbotener Texte können somit im historischen Kontext gelesen werden. Der II. Teil enthält Beiträge zur Entwicklung und Einschätzung der Zensurparagraphen 129,129a und 130a. Abschließend werden Ausschnitte der linken Diskussion (1968-1989) dokumentiert.

„Schwarze Texte" ist ein Materialien- und Arbeitsbuch für die aktuelle Diskussion um den Gesinnungsparagraphen 129a !
Hrsg: ID-Archiv im IISG, Schwarze Texte.
ca. 160 S., (A4), ca. 15 DM
Zu bestellen bei: AurorA,Knobelsdorffstr. 8,
1000 Berlin 19, Tel.: (030) 322 71 17
oder in jeder Buchhandlung.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE THEORETISCH UND DOCH PRAKTISCH

Die kalten Kartoffeln aus dem Topf holen

Ganz heiße Süppchen (Themen) wurden auf dem elften Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK nicht gekocht. Intensiv aber waren die 10 Tage selbstorganisierter Theorie-, Hand- und Kopfarbeit vom 28.7. bis 7.8.89.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Trotzdem: In vier Arbeitsgruppen und vielen zusätzlichen Diskussionsrunden und Einzelgesprächen wurde vieles vor- und zubereitet, was von den noch immer innovativen Momenten alternativökonomischer Kochkünste zeugte. Zumindest verließen die knapp 50 Männer, Frauen und Kinder das Autonome Bildungszentrum in Drochtersen (Hüll) nicht nur gut „abgefüllt". Die meisten waren zufrieden, weil sie – als Seminarköche und Gourmets zugleich – viele Anregungen und Erfahrungen aus heimischer und fremdländischer Küche mit nach Hause nehmen konnten.

Anfangs sah es in der Arbeitsgruppe „Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe in Europa" nach einer schweren Magenverstimmung aus. Die vielen pikanten Spezereien aus völlig unterschiedlichen Ländern schienen schwer verdaulich: Folgen des Koop-Gesetzes in der UdSSR, alternative Genossenschaften in der Emilia Romagna in Norditalien, Jugend und Frauenkooperativen in Kalabrien und Sizilien, der produktivgenossenschaftliche Verbund Mondragon im spanischen Baskenland sowie das Industrial Common Ownership Movement in Großbritannien waren eine harte Mischung, auch wenn die Länderberichte von reiseerfahrenen Feinschmecker/innen vorgetragen wurden. Erst ein systematischer, tabellarischer Vergleich half, die Vielfalt des Angebotes in und zwischen den Ländern nach sich entsprechenden und nicht zu vereinbarenden Menüzusammenstellungen zu ordnen. Ein Verfahren, daß übrigens auch für die geplante europäisches Projektemesse nützliche Anregungen bringen könnte. Es machte beispielsweise deutlich, daß die völlig unterschiedlichen Träger genossenschaftlicher Bewegung in den verschiedenen Ländern wie ethnische und soziale Minderheiten in der UDSSR, Landarbeiter in Mittelitalien, technische Intelligenz in Mondragon oder eine alternative Mittelschicht in Großbritannien bei eventuell anstehenden Rezeptdiskussionen zu einigen Kommunikationsschwierigkeiten führen könnten.

Daß Geschmack viel mit persönlichen Lebenserfahrungen, sprich mit der Biographie zu tun hat, machte sich die Arbeitsgruppe „Selbstverwaltungstheorie: Konzeption neuer Produktionsverhältnisse" zunutze. Sie versuchte, Rezeptvorschläge und Menüzubereitung (Theoriebildung und Methode) miteinander zu verbinden. Durch viele Formen der Visualisierung wurde deshalb nicht nur der jeweilige Zugang der Beteiligten zur Selbstverwaltung – nach dem Motto: Das Auge ißt mit – nachvollziehbar und überschaubar gemacht.

Ausgehend von der momentanen individuellen Lage des einzelnen fand eine ausgiebige (Selbst-)Reflexion der Situation alternativökonomischer Betriebe und Projekte statt. Zwar nahm manchmal **die Form** der Menüzubereitung einen zu großen Stellenwert ein. Als Erfolg zu werten ist aber, daß eine Theorie der mittleren Reichweite erstmals Eingang in die alternativökonomische Diskussion fand. Mit einer antiutopischen und antipragmatischen Ausprägung wurde der Fragestellung: „Wie lassen sich Bedürfnisse in den real vorfindbaren Projekten verwirklichen" intensiv nachgegangen. Hier sind zukünftig noch interessante Ergebnisse zu erhoffen, zumal die Arbeitsgruppe, die ihre Arbeit fortsetzen wird, nicht bei einfachen Kartoffelgerichten verweilen will, sondern über die organische Strukturierung der Rezeptentwicklung eine umfassende Haute Cuisine anstrebt.

FALSCHE GEWÜRZMISCHUNG

In ihrer Analyse der aktuell gekochten Süppchen war da die Arbeitsgruppe „Organisationsstrukturen sozialer Projekte / ABM" schon weiter. Sie konstatierte, daß ABM als Salz (Finanzierungsstrategie) in der Suppe dient, in manchen Regionen jedoch mit den entsprechend negativ prägenden, konzeptionellen Folgen für die Projekte (versalzen). Auf diese Weise verschärft sich u.a. der Generationskonflikt zwischen Gründern und ABM-Rotierern durch ihre unterschiedlichen Lebenslagen/-phasen erheblich.

Falsch ist allerdings, so ein Arbeitsgruppenmitglied, wenn ABM überall als „Pappkamerad" dient, auf den alle Probleme projiziert werden. Nicht zuletzt sind diese oftmals durch die verwendeten Gewürzmischungen hausgemacht. Kennzeichnend für den Stand vieler sozialer Projekte sei der Verlust ihrer Fähigkeit, die Ziele ihrer Arbeit überhaupt noch darzustellen: Erzählt wird, was gemacht wird und nicht mehr warum. Eine Chance für die Zukunft läge darin, wenn Elmar Sings Begriff der Reprojektierung unter Rückgriff auf die „heroische" Phase mehr Geltung bekäme. Erst so könnten die eingefahrenen, laschen Gewürzkombinationen wieder „mehr Pfeffer" nach innen und nach außen bekommen.

RICHTIG ZUBEREITET

Die AG „Tanz: Geschichte, Theorie, Praxis" lief gleichberechtigt neben den anderen Gruppen. Dies unterstreicht Selbstverständnis im TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie): Über Geschmack läßt sich nicht streiten. Kulturarbeit soll gleichberechtigt neben der Theoriearbeit stehen.

Die Verknüpfung von Kultur, Tanz praktisch, Theorie der Bewegung und emotionaler Empfindung war allerdings in der Umsetzung schwierig. Nicht zuletzt solche Erfahrungen führten mit zu einem interessanten Ergebnis, die Gründung eines neuen Projektbereichs „Soziale Kulturarbeit" unter dem gemeinsamen Dach der AG SPAK, geplant für den 8. bis 10.12.1989 in Rüsselsheim. Es unterstreicht, daß der Ausdifferenzierungsprozess des Theoriearbeitskreises in weitere Gruppen wie ABM, AG ...ung (Bildungsarbeit für selbstverwaltete Betriebe) etc. weitergeht: Aus kalten Kartoffeln läßt sich einiges machen, wenn sie richtig zubereitet werden. ●

TAK AÖ Sommerseminar in Drochtersen — Foto: Archiv

Rolf Schwendter nachträglich zum Geburtstag alles Gute von CONTRASTE! — Foto: Archiv

NEUER GEWERBEHOF

Zentrum für Ökologie und Selbstverwaltung in Neustadt /Wstr.

Redaktion Heidelberg ● Neustadt scheint aus einem politischen Dornröschenschlaf zu erwachen. Ca. 30 Leute, zumeist aus bestehenden oder geplanten selbstverwalteten Betrieben und Projekten, aber auch entschlossene Einzelpersonen, haben sich zu einem Verein (Gemeinnützigkeit beantragt) zusammengeschlossen. Der Verein heißt „WESPE" und soll der Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung dienen.

Wir haben günstig ein Gelände mit späterer Kaufoption gepachtet, auf dem fünf größere, renovierungsbedürftige Gebäude stehen. Die Gebäude sollen zunächst baubiologisch umgebaut und später ökologisch, gewerblich, kulturell, politisch und als Wohnraum für WGs genutzt werden. Insgesamt stehen ca. 1000 qm überdachte Fläche mitten im Zentrum Neustadts zur Verfügung.

Geplant sind ein größerer **Ökobaumarkt**, in dem es alles für's gesunde Schlafen, Wohnen und Bauen geben wird, ein **Gesundheitsladen** , eine **Kantine** für die MitarbeiterInnen der Kollektive Neustadts, eine Kneipe und ein großer **Veranstaltungsraum**, aus dem später ein „multikulturelles Zentrum" entstehen soll.

Finanziert wird das Ganze zunächst von den bestehenden selbstverwalteten Betrieben. Zur Zeit gibt es derer in Neustadt sieben: eine Schreinerei, einen Buchladen, einen Laden für biolog. Baustoffe, Möbelrestauration, eine elektromechanische Werkstatt, Naturkosttransporte und das Internationale Medienzentrum mit Tagungshaus, Druckerei und Bibliothek. In Vorbereitung ist der Gesundheitsladen, ein multikulturelles Zentrum mit Kantine, Kneipe, Biergarten und ein umweltanalytisches Labor. **Wir suchen noch jede Menge Leute, die beim Aufbau unserer libertären Infrastruktur mitarbeiten wollen!** (Siehe auch unter Jobs, Seite 15) Für Projekte und Initiativen, die als Kollektive existieren, aber ihr Vorhaben noch nicht in die Tat umgesetzt haben, können wir Räumlichkeiten in unserer Stadt vermitteln und zumindest ideelle Starthilfe geben.

Interessierte wenden sich bitte an
Verein „Wespe" e.V.
c/o Christine Hauge
Mandelring 47
6730 Neustadt-Haardt

Darüberhinaus suchen wir Leute, die uns in Form von stillen, verzinsten Beteiligungen oder als FördermitgliederInnen finanziell unterstützen. Ein Info mit Vereinssatzung, Projektbeschreibung, Zielen und Sicherheiten ist in Vorbereitung. Zunächst geht es darum, für die Renovierung der Gebäude möglichst bald 300.000 DM zusammenzukriegen. Einen großen Teil dieses Geldes möchten wir über Direktkredite finanzieren, da wir leider nicht im Einzugsbereich der Ökobank liegen. Beteiligungen sind ab 500 DM möglich und können mit 3 - 6% verzinst werden. Bis zum Start des Umbaus werden die Beteiligungen und Darlehen als Festgeld bei der Ökobank angelegt. Der Beteiligungsprospekt kann angefordert werden über
Ede c/o Schreinerkollektiv B-A-U-M
Hindenburgstr. 37
6730 Neustadt/Wstr. ●

REZENSIONEN

Schluß mit der Verarmung: Gegenwehr!

Von Kurt Regenauer, Redaktion Berlin ● Angefangen hatte es mit den Plänen von Netzwerk Köln, eine „ABM-Kampagne" angesichts der verheerenden Auswirkungen der AFG- Novellierung für Projekte zu starten. Heraus kam **Verarmung/Gegenwehr**, eine 50-Seiten Broschüre, als die die Bundesgeschäftsstelle der BAG-Netzwerke den BAG-Rundbrief Nr. 12 an ihren Verteiler verschickte. Angesprochen werden darin in einem **Konzeptvorschlag für zwei Veranstaltungen im Herbst zur Verarmung der alternativen Projektszene und deren politischer Schwäche**, daß Kampagnen und Aktionen geplant sind. **Christa Merkel** berichtet, daß der Vorstand der BAG Netzwerke eine Aktionswoche anvisiert. Ein bundesweiter Aktionsaufruf soll kursieren und die „Vernetzung der vereinzelten Projekte und deren bereichsorientierte Zusammenhänge, wie Erwerbsloseninitiativen, Frauenzusammenhänge, Theatergruppen, Bildungsprojekte, selbstverwaltete Betriebe etc." in dieser Kampagne unterstützen. Gedacht ist auch an Aktionen wie etwa die Besetzung zuständiger staatlicher Institutionen.

Zusammenrücken wird auch an der Gemeinnützigkeitsfront gefordert: wie in CONTRASTE 7-8/89 von BAG-Vorstand **Franz-Josef Bartsch** angekündigt, publiziert die BAG eine **Protesterklärung gegen die geplante Änderung der Gemeinnützigkeitsvorschriften**, für deren ausdrückliche Unterstützung bis Redaktionsschluß dieser CONTRASTE geworben wurde. Einer Reduzierung des Drittmittelaufkommens (durch AFG-Novelle und Bundesjugendplankürzungen) kann durch die geplante Novelle, nach der auch Freizeitbetätigungen aller Art begünstigt sein werden, nur ein Zurückgehen des Spendenaufkommens und damit der Eigenfinanzierung von Projekten im Sozialbereich folgen. Andererseits sind Förderbereiche der Selbstverwaltung auch ganz von der Spendenbegünstigung ausgeschlossen und sollen, wie z.B. das Berliner Frauennetzwerk Goldrausch, horrende Summen an Schenkungssteuer für bisher geleistete Projektförderungen an das Finanzamt zurückzählen.

Desweiteren wird in dem Heft von den GeschäftsführerInnen **Michael Raetsch** und **Gabi Elias** auch ein Statement der BAG-Netzwerke zu den Vorschlägen des Genossenschaftsvereins zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes abgegeben und Perspektiven der Netzwerke und ihrer BAG angesprochen ... ●

Das Buch ist erhältlich bei:
BAG Netzwerke
Melchiorstr. 14
5 Köln 1

„Offizielle" Dokumentation zur Alternativökonomie

Cyprian, R. Kaiser, M. Kluck, M. u.a. 1989: Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt-und Berufsforschung. Sonderheft 15. Schattenwirtschaft, Alternativökonomie, (LitDokAB S 15) Bonn/Nürnberg 1989

Wer sich schnell in ein spezielles Gebiet der Alternativen Ökonomie einarbeiten will und sich (zunächst) auf das leicht Zugängliche beschränkt, der ist mit der Dokumentation des Informationszentrums Sozialwissenschaften ausgezeichnet bedient. Der Textbeitrag von Manfred Kaiser (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung -IAB-) unterstreicht die Bedeutung der Alternativen Ökonomie für eine „experimentelle Arbeitsmarktpolitik" und tritt für mehr öffentliche Förderung ein. Im als „Überblick zur sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur" geschriebenen Beitrag kritisiert Klaus Troltsch die Systemtendenz, „Alternative Ökonomie als heterogenes Element festzuschreiben, gleichzeitig aber... die für die Offizialökonomie brauchbaren Elemente abzuschöpfen". Wem umgekehrt nicht davor graust, aus der Arbeit des 'IAB'und des 'Informationszentrums Sozialwissenschaften' für sich und uns etwas zu machen, dem sei der durch Steuermittel heruntersubventionierte Band empfohlen. Annotierte Literaturnachweise und Dokumentationen abgeschlossener und laufender Forschungsprojekte gibt es zu den Themen:
1. Krise und Wertwandel (28% der Nachweise)
2. Grauzonen des Erwerbsverhaltens (41%)
3. Alternative Erwerbsformen (31%).
Der dritte Teil ist nochmals untergliedert in vier Schwerpunkte:
Alternative Projekte und selbstverwaltete Betriebe,
Neue Selbständige,
Selbsthilfe von Problemgruppen und Beschäftigungsinitiativen sowie
(neue) Genossenschaften.

Die 745 Nachweise werden erschlossen durch ein „Autoren"- und „Forscher"-Register (darin auch Luise G. oder Marlene K.), ein Schlagwortregister (z.B. „Frauen", „Hessen", „Kapitalismus"). Die kurzen Inhaltsangaben von Literatur vermeiden Wertungen. Vollständigkeit und Repräsentativität der Dokumentation sind befriedigend; linkstraditionalistische (z.B. aus DAS ARGUMENT) oder undogmatische Strömungen (z.B. der AG SPAK) sind gut vertreten. Es fehlen wenig Organisierte (z.B. aus dem Umfeld der GRASWURZELREVOLUTION), Forschungen und Artikel von der Projektebasis (z.B. Goldener/Kogigei: „Stolpernd Unterwegs"), praktisch-politisch-wissenschaftliche Bücher (z.B. „Unter Geiern" und andere aus dem Stattbuch-Verlag) und einschlägige Periodika (CONTRASTE, Rundbrief Alternative Ökonomie). ● **Wolfgang Beywl**

Das NETZ für Selbstverwaltung & Selbstorganisation NRW e.V. sucht ab dem 1.10.1989 eine/n

ProjektentwicklerIn/ProjektberaterIn

Der/Die ProjektentwicklerIn/ProjektberaterIn hat die Aufgabe, durch Kooperations-, Entwicklungs- und Beratungsarbeit den weiteren Auf- und Ausbau selbstverwalteter Betriebe und selbstorganisierter Projekte zu fördern. Ein Aufgabenschwerpunkt bei den Beratungen werden „öffentliche Finanzierungen" insbesondere für gemeinnützige Projekte auf den Weg in die Erwerbswirtschaft sein.

Wir erwarten von unserem/r zukünftigen MitarbeiterIn

- eine betriebswirtschaftliche oder kaufmännische Qualifikation
- berufliche Erfahrungen in der Betriebsberatung oder mehrjährige Erfahrungen in der Geschäftsführung eines selbstverwalteten Betriebes oder selbstorganisierten Projektes und
- gute Kenntnisse der Selbstverwaltungsszene

Wir bieten

- eine Stelle mit hoher Selbständigkeit und Gestaltbarkeit
- ein Team von zwei weiteren ProjektentwicklerInnen
- ein gemeinsames Büro im Ruhrgebiet und
- ein monatliches Bruttogehalt von 3.500,– DM (Die Stelle ist bis zum 28.2.1991 befristet und kann um ein weiteres Jahr verlängert werden.)

Bei gleichen Qualifikationen wird eine Frau bevorzugt eingestellt. Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen schickt bitte an: NETZ, Postfach 8243, 4400 Münster

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

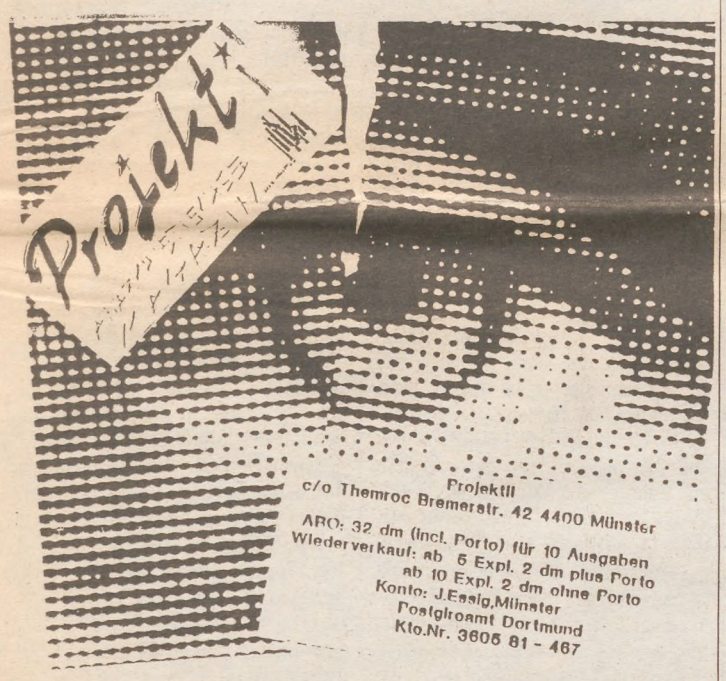
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - ... und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

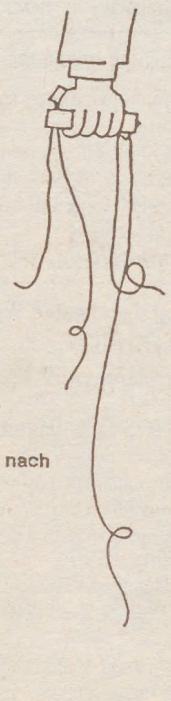
blätterwald e.G.
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011



Projektil Nr.5:
Themen: • Kollektivierung des Alltags • Antipädagogik • Keine Impfung gegen Schwangerschaft • Zentrumsdiskussion UWZ / Themroc • Velodemo eingekesselt/Aktion gegen Wohnungsnot und Umstrukturierung • Anti-Fa •

anti atom aktuell

aktuell über
Standorte
Aktionen
Diskussionen
Termine ...



die aaa ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen nach Tschernobyl und der Atommüllkonferenz.

• die aaa erscheint monatlich plus Sonder- u. Extranummern •

ABO: 5 dm / Monat - 60 dm Jahr • ab 5 Stück 20 dm / Monat

anti atom aktuell abonnieren

aaa
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr.57 4400 Münster
A.Eberhard - Sonderkonto - Postgiro Dortmund
BLZ 440 100 46 Kto. 2975 45-465

JOBS

Steuerberaterin (Berlin) sucht Berufskollegin zwecks Kooperation / Bürogemeinschaft / Sozität.
☎ (030) 312 18 01

Selbstverwalteter **Satz- und Reprobetrieb** sucht **EinsteigerIn** mit praktischer Berufserfahrung, etwas Eigenkapital und Spaß an kollektiver Arbeit.
☎ (0531) 34 75 80

Für die Gründung eines Energiezentrums im Raum Offenbach (Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung) suchen wir IngenieurIn (Bau, Elektro, Physik) zur Mitarbeit.
Mainwerkstatt e.V.
Im großen Ahl 35
6050 Offenbach
☎ (069) 86 57 57

alp-druck
GmbH
Neue Kasseler Straße 14
3550 Marburg

sucht für sofort
OFFSETDRUCKERiN

zum mittelfristigen Einstieg ins Kollektiv

Wir bieten:
Eine ca. 35 Std.-Woche
reichlich Urlaub
und genügend Streß.

Tel. 06421/63292
(9-17h)

Selbstverwaltetes Wohn- u. Arbeitsprojekt mit Holzwerkstatt, Ablaugerei, Gebrauchtmöbelladen u. LKW-Transporten in Stuttgart bietet Mitarbeit an.
☎ (0711) 24 05 86/89

Libertäres, dezentrales Kleinstadtprojekt im Südwesten sucht noch neue Kollektive und MitmacherInnen für bereits bestehende oder geplante gewerblich-politische Projekte:
○**TischlermeisterIn** oder - **gesellIn** für selbständig baubiologisch arbeitendes Bauschreinerkollektiv (Aufträge vorhanden)
○**UmschülerInnen** für Bauschreinerkollektiv
○**Kauffrau** oder **Baubiologin** für Wohn- und Baubiologisches Zentrum
○ Kollektivinteressierte für den Bereich **Elektromechanik** (langfristig geplant: sanfte Energien
○ Kollektivinteressierte **MöbelrestaurierernInnen**, die eine bestehende und eingeführte Werkstatt mit Ausstellungsräumen übernehmen wollen
○ Kollektivinteressierte für den Aufbau eines umweltanalytischen Labors
○**Zivildienstleistende** für mobile, soziale Hilfsdienste, die auch Lust haben. einen Gesundheits- und Sozialladen mit aufzubauen.
Weitere Informationen bitte mit Rückporto über:
Christine Hauge
Mandelring 47
6730 Neustadt/Wstr.
Stichwort: **Wespe**

Das blätterwald Kollektiv in Oberursel sucht für jeweils halbtags
○ einen **Koch** oder **Köchin** für Vollwertkost
○ einen **Kindermann** oder **Kinderfrau** für zwei Kids (10 Monate und 15 Monate)
☎ (06171) 7 80 11

Ausbildungs- und Umschulungsplätze anzubieten. Wenn Ihr Kauffrau im Einzelhandel od. Bürokauffrau in einem selbstverwalteten Ausbildungsprojekt lernen wollt und das Arbeitsamt Euch unterstützt:
FaPrik in Offenbach
☎ (069) 86 99 35

Cafekollektiv sucht Improvisationstalente zur Mitarbeit.
Kontakt:
Cafe Nixda
Raimundistr. 13
65 Mainz
☎ (06131) 67 03 30

[redacted]

Alternatives
Jugendgästehaus München
Wir, ein Bäckermeister und ein Betriebswirt suchen Leute zur Gründung eines selbstverwalteten Betriebes. Das Kollektiv sollte nicht mehr als ca. 10 Mitglieder haben, die gemeinsam ein größeres finanzielles Risiko (ca. 1 Mio. DM) tragen. Wir suchen möglichst qualifizierte MitarbeiterInnen aus den Bereichen Gastronomie, Betriebswirtschaft u.ä. Ein vorläufiges Betriebskonzept gibt es schon. Wir brauchen auch Informationen über ähnliche Projekte.
Kontakt:
Peter Ruch
Solalindenstr. 108
8000 München 82
☎ (089) 430 04 50

JOBSUCHE

Für mein 2. Ausbildungsjahr suche ich ab sofort Stelle in einem selbstverwalteten Gala-Baubetrieb
Harald Conrad
Heinestr. 11
8700 Würzburg

Dipl. Ing. (Papier/Kunstst. Verarb.) m, 27J., davon 3 1/2 Gastronomie erfahren, sucht Arbeit in Hamburger Kollektiv.
☎ (089) 29 27 33, Jörg

Kunstschlossermeister sucht Einsatzmöglichkeit in selbstverwaltetem Betrieb oder Leute, die einen solchen mit ihm aufziehen wollen. Büroerfahrung erwünscht, Lehre möglich.
Rainer Edelmann
Humboldtstr. 111
8500 Nürnberg 40
☎ (0911) 43 80 79

WOHNEN

Kunstglaser, Gärtner, Restauratorin suchen 3-4 Zi.Wohnung oder kleines Haus im Raum Wiesbaden/Taunusstein für ca. 1.100,-DM warm ab Sep '89
W. Göbel
☎ (02244) 71 63 ab 18 Uhr

PROJEKTE

Wasserschlosz Lohrbach im südlichen Odenwald mit 12 Wohnungen, 6 Gebäuden auf 26,000 qm, ein Biotop am Ortsrand. Wir suchen Partner/innen zum gemeinsamen Leben cre-ieren, arbeiten, Gegenwart er-Leben, Zukunft er-möglich-en. 4 Whg. von 90, 140, 180, 280 qm warten auf Ausbau und Bezug.
Verein Schloß Lohrbach,
6950 MOSbach
Klaus & Suse 06261/17359
WERNER Straub 06158/71541

Ökogeld direkt gesucht zur Ablösung einer Hypothek: Wenn wir uns die Differenz zwischen Spar- und Hypotheken-Zins teilen und Du Deinen Anteil von 3.000 oder 6.000 DM für 3 bis 6 Jahre in eine GbR mit GrundbuchEintrag einbringst, sparen wir uns Formalitäten und Verwaltungskosten der (Öko)Bank und schaffen Vertrauen. Schriftliche Angebote an
WERNER Straub,
Wasserschlosz,
6950 MOSbach,
☎ 06158/71541

Atlantis Biolight Crystall wird ein neues Seminar- & Kultur- Zentrum in der alten Kirche von Wasserschlosz Lohrbach sein. Mit Anteilen von 10.000 DM kannst Du Dich beteiligen und die Investitionen 10 Jahre lang zu 10 % denkmalbedingt steuerlich abschreiben. Zusätzliche Rendite ist denkbar. PROspekt ab Oktober durch Überweisung von 6 DM an
ABC: Werner Straub
PostGiro STGT 666 36-700

Lübeck scheint mir geeignet, um ein Keramisches Kollektiv-Unternehmen zu gründen. Welcher spirituell und politisch motiverte Mensch macht mit?
Axel Gruhse
Finkenstr. 4
8031 Eichenau
☎ (08141) 7 21 41

[redacted]

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

FORUM Berufsbildung e.V.
BETRIEBS-WIRTSCHAFT
für Klein- und Mittelbetriebe
Fortbildung, 12 Mon. ab Nov.'89
AA-Förderung möglich
Hedemannstr. 12 • 1/61 • 030/2511035

SONSTIGES

Wir, ein altes Ehepaar, daß nicht ins Altersheim will, besitzen bei Oberstaufen im Allgäu einen alten Bauernhof mit ca. 3 ha. Feld, 100 qm Bio-Gemüsegarten mit Gartenhaus und bieten neben der gemeinschaftlichen Nutzung zwei kostenlose Zimmer mit Dusche und Toilette kostenlos. Wir bleiben wohnen und bezahlen unsere Verpflegung.
Ella und Josef Prestele
Aach 13, Postfach 13 70
8974 Oberstaufen
☎ (08386) 22 80

Satz- und Reprobetrieb in Stuttgart (bisher 3 Beschäftigte im Kollektiv) mit Kundenstamm, ausbaufähig – aus persönlichen Gründen zu verkaufen.
Zuschriften unter Chiffre: Bleilaus

[redacted]

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE *

TEXTLINE

Satz, Softwareentwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎(06221) 1 34 02

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, CONTRASTE, Oranienstr. 186, ☎(030) 65 15 64; 2000 Hamburg 50, Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎(040) 439 91 22; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎(06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎(0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎(0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1014BA Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Kabelweg 51, ☎(0031) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎(030) 693 53 51; **Grafische Betriebe:** 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul- Lincke-Ufer 44a, ☎(030) 611 68 03; **Kultur:** 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎(07071) 4 33 41; **Genossenschaften:** 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎(0761) 70 90 23; **Sozialpolitik:** 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎(089) 77 40 77; **Kommunen:** 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎(05664) 70 28; **Naturkost:** 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎(05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Gestaltung: Steffen Schauberger, Krefeld
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0 bei Textline GmbH;
Ausgabe auf Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎(06221) 1 34 02

Vertrieb:
☎(06221) 16 24 67

NEUE MEDIEN

Lokalradio: Zwischen Kommerz und Inhalt

Seit mehr als zwei Jahren wird in Bayern und Baden-Württemberg Lokalfunk betrieben: Die allgemeine Aufbruchstimmung rund um dieses „neue Medium" hat sich längst gelegt! Der Sende-Alltag zwischen Hörerakzeptanz und Mitarbeiterklagen bestimmt das „Hör"-Bild.
Rechtzeitig zu den MÜNCHNER MEDIENTAGEN beschäftigt sich ein Medien-Seminar der Vollmar-Akademie mit den Problemen der Arbeitssituation innerhalb der Redaktion (ungesicherte Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung, willkürliches Eingreifen in die redaktionelle Arbeit) und beleuchtet im Kreis interessierter Hörer und Praktiker die Möglichkeiten, die dieses für **aktuelle Information vor Ort** so geeignete Medium bieten kann.
Interessenten wenden sich an:
Georg-von-Vollmar-Akademie
Schloß Aspenstein
8113 Kochel am See
Tel. (08851) 8 22
Stichwort Seminar 40.5 (6.-8.10.89)
Teilnehmergebür: DM 20,00

VernetzungskritikerInnen machen mobil

Zweites Aktionsseminar der Initiativen gegen ISDN und Computervernetzung in Roßdorf/b. Darmstadt (näheres siehe Seite 12), vom 13. bis 15. Oktober 1989.
Info: TelekommunikAKTION
c/o CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Internationaler Genossenschaftskongreß

in Leutkirch/Allgäu vom 17. bis 24. September 1989.
Information:
Schäfereigenossenschaft Finkhof
Tel. (07564) 45 30

Treffen des Vereins zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung e.V. in Wiesbaden. Das Programm für das 2. Halbjahr 1989:
Wirtschaften in alternativen Betrieben und Projekten
12.09.89 »Steuerliche Überlegungen bei der Wahl der Rechtsform für alternative Betriebe und Projekte« 19.30 Uhr
09.10.89 »Möglichkeiten der betrieblichen Altersversorgung für Betriebe und Projekte« 19.30 Uhr
Alle Veranstaltungen finden im Hilde-Müller-Haus, Walluferplatz 15 in Wiesbaden statt. Der Eintritt ist frei.

KOBI

Projekte und Initiativen erfolgreich initiieren
Eine aktuelle oder drohende Arbeitslosigkeit, aber auch der Wunsch nach selbstorganisierten Arbeitszusammenhängen oder auch das Gefühl der eigenen Ohnmacht im institutionalisierten Berufsalltag – all dies kann Anlaß sein, eigeninitiierte Projekte im pädagogischen, sozialen oder soziokulturellen Bereich zu entwickeln. Meist fehlen für diese Tätigkeiten die notwendigen Kenntnisse in den Bereichen:
* Projektplanung/-organisation
* Rechtsfragen
* Finanzierungskonzepte und Finanzierungsquellen
* Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit und Werbung
* Umgang mit Behörden und politischen Instanzen.

Um all diese Dinge soll es in einem Kompaktkurs über eine Woche gehen: Montag, 2.10.1989 bis Freitag, 6.10.1989 beim Kommunikativen Bildungswerk in 46 Dortmund 1, Adlerstr. 83. Eine ausführliche Beschreibung kann beim Bildungswerk angefordert werden (Tel. 0231/143123).
Kosten: 250,--DM (ohne Übernachtung)

ISO

Kollektives Management „Was tun"
Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: Arbeiten werden doppelt erledigt, Besprechungen dauern endlos, einige werden zu Machern.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Neue Termine:
15. 9.-17. 9.89
29.9.-1.10.89
Information & Anmeldung:
ISO c/o M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt
Tel. (06151) 37 73 33

Projektwerkstatt

Grundlagen der Buchführung
Nicht alle Projekte – Betriebe – Vereine sind zur Buchführung verpflichtet. Doch auch wer z.B. für das Finanzamt nur eine Einnahmen-Überschußrechnung machen muß, ist an bestimmte Aufzeichnungspflichten gebunden. In diesem Kurs soll eine grundlegende Einführung in die Materie gegeben werden: Anforderungen an Belege, Belegsammlung, Kassenbuch, Journal- und Kontenführung. Jahresabschluß: Einnahmen-Überschußrechnung. Der Kurs richtet sich an Projekte, die nicht bilanz-und umsatzsteuerpflichtig sind und an Personen, die sich ganz grundlegend mit der Buchführung vertraut machen müssen oder wollen. Mo 23.10. und Di. 24.10.89
jew. 14.00 – 18.00 Uhr
10 UStd/50 DM

Vereinsbuchführung und Steuern

In dieser Informationsveranstaltung gibt es Auskunft zu folgenden Fragen: welche Anforderungen stellt das Finanzamt an die Vereinsbuchführung? Was ist der ideelle Bereich des Vereins, was ein Zweckbetrieb, was ein Geschäftsbetrieb? Welche Grenzen gelten für die Besteuerung und welche Steuern können für einen Verein anfallen?
Do 26.10.89 15-17.30 Uhr
3 UStd/15 DM
Anmeldungen gehen über das
SOBI, Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
Tel. (0251) 51 11 77
Bürozeiten sind von Montag bis Freitag außer Mittwoch von 17.00 bis 19.00 Uhr. Im September Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr.

AG SPAK

20.-22.10. Steyerberg (zw. Bremen und Hannover) – Treffen des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK:
Gemeinschaftsprojekte und Kommunen
Information & Anmeldung:
TAK AÖ
c/o Andrea Gerth
Kronenstr. 16, 6800 Mannheim 51

Werkstatt für Demokratie und ÖFFentlichkeit

Unter dem Motto: »Die Alternativen und das Geld« führt die Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit am 23.9.89 eine Tagesveranstaltung zur Vermögensbildung durch. Es sollen Wege aufgezeigt werden, auch bei geringen Einkommen Vermögensbildung zu betreiben und für Betriebe und deren Umfeld Kapital zu akkumulieren.
Trotz geringen Einkommens sind oft Alltag in Klein- und Alternativbetrieben ist Kapitalbildung für betriebliche oder private Zwecke notwendig und gewünscht. Angelika Grote vom Ökowerk wird aufzeigen, wie dies möglich ist. Das Ökowerk berät selbstverwaltete und ökologisch orientierte Betriebe. **Anmeldungen an:**
Werkstatt für Demokratie
und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1 (bitte schriftlich)
Termin: Samstag, 23.9.89
10.30 Uhr bis 17.00 Uhr
Gebühr incl. Mittagessen, Kaffee: 20,--DM

Ökobank-LV Hamburg

Werkstatt 3, Nernstweg, Hamburg
Mittwoch, den 20.9.1989 – 19.30 Uhr, Seminarraum:
Das Geld der BRD-Banken – wem es gehört und wohin es geht?
(Zur Bankenerfassung und zum Kapitalkreislauf)
Mittwoch, den 4.10.1989 – 19.30, Saal:
R + V
– das unbekannte Wesen?
(Zur Umwandlung einer Genossenschaft in eine Kapitalgesellschaft, Kritik an R + V, Alternativen)

transfer

Was können wir aus der technischen Entwicklung des Grafischen Gewerbes für die Einschätzung der Zukunft lernen?
27. bis 30. Oktober in Kassel
Grundlagen des Rasterns mit Distanzraster, Kontaktraster und Scanner
3. bis 5. November in Kassel
Konzepte der Altersversorgung für selbstverwaltete Betriebe:
17. bis 19. November in Berlin
Organisations- und Verwaltungsmethoden für selbstverwaltete Grafische Betriebe
1. bis 3. Dezember in Kassel
Anmeldungen an:
transfer
Kooperation selbstverwalteter graphischer Betriebe
Paul-Lincke Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 68 03

ibek

Gruppengespräch und Moderation I
Die Gruppe ist mehr als die Summe der einzelnen Menschen, aber sie kann auch sehr viel weniger sein. In diesem Seminar werden Methoden vorgestellt, Gruppengespräche effektiver und befriedigender zu gestalten. Im Vordergrund steht die Moderation, das Führen und Leiten von Gruppengesprächen im Auftrag der Gruppe. Die Teilnehmer werden sich in der Rolle des/der ModeratorIn ausprobieren und Grundtechniken erlernen können.
Vom 27. bis 30.9.1989
Seminargebühr: 350,-- DM, zzgl. MwSt

Übernahme von Verantwortung und Führung in alternativen Organisationen I
Gerade in alternativen Organisationen mit ihren emanzipatorischen Idealen ist die Übernahme von (auch zeitliche befristeten) Führungsfunktionen eine Wanderung auf des Messers Schneide. Gehe ich zu weit, erwartet mich der Verratsvorwurf; gehe ich nicht weit genug, habe ich die Funktion nicht richtig erfüllt. In diesem Seminar wird es darum gehen, wie der einzelne die Führungssituation für sich und für die Gruppe befriedigender und effektiver gestalten kann. Wir werden auf Rollenbilder, Rollenverträge, Zielvereinbarungen und die eigene emotionale Position in der Führungsrolle eingehen.
Vom 8. bis 12.10.1989
Seminargebühr: 450,-- DM, zzgl. MwSt.
Anmeldung & Information:
ibek GmbH
Zähringer Str. 41, 7500 Karlsruhe 1

SONSTIGES

Fest zwischen den Gleisen

Buntes Betriebetreiben der Selbstverwalteten, Sozialen, Ökologischen...
1. Regionaler Projektemarkt

Drei Anlässe gibt es für die Veranstalter NETZWERK NORDBADEN, „DIE WERKSTATT e.V." und FEUERLAND GMBH, einen Projektemarkt mit einem großen Fest zu organisieren: das 10jährige Bestehen des Netzwerk Nordbaden, der Umzug von der „Werkstatt e.V." nach Heidelberg, und die anstehenden Kommunalwahlen.
Über 30 Betriebe, Projekte und Initiativen lassen eine vielfältige Mischung aus Information, Aktion, Kinderprogramm und Musik erwarten.
Besondere „Highlights": Am Samstag, den 16.9.89, um 14 Uhr wird das KULTURFENSTER aus Heidelberg neben dem Markt mit einer Spielaktion für die Kinder beginnen, die bis ca. 18h dauert. Um 18 Uhr spielt die erste Musikgruppe, aus Schwetzingen, die GREEN STUFF, gegen 20 Uhr kann man/frau sich bei den ROCKING DADDIES austoben. In der Pause gegen 21 Uhr treten die Clownfrauen Claudia + Hildegard auf.
Am Sonntagmorgen, den 17.9.89 geht's weiter mit einem Riesenfrühstück, dessen Büffet Besucher durch Mitgebrachtes erweitern können. Ab 10.30 Uhr tritt dann das Jazz-Trio Aydt, Ahlemann, Risch – bekannt als Rhytmus Gruppe der Cube – auf.
Und natürlich gehört zum Sonntag ein politischer „Frühschoppen", der unter dem Thema: „10 Jahre Netzwerk, Selbstverwaltungswirtschaft, Entwicklungstendenzen und Perspektiven" steht. Angefragt sind dazu Vertreter von Parteien, Projekten, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Kirchen. Sicher wird der kommunalpolitische Aspekt nicht unberücksichtigt bleiben.
Ab 15 Uhr führen FIRLEFANZ Pop und Roll oder auch ein Familienprogramm auf. Zum fetzigen Abschluß um 17 Uhr die Big Band BAGIRA, Band des Musikertreffs Lampertheim. Der Eintritt zu allen Programmpunkten und zum Markt ist frei! Bei Regen finden Fest und Markt in einem Zirkuszelt statt. Essen und Getränke gibt's selbstverständlich auch. Ds Ganze findet statt auf dem neuen Gelände der Werkstatt e.V., in Heidelberg-Ochsenkopf, Wieblinger Weg, auf dem Betriebsgelände der Dt. Bundesbahn. Hinweisschilder zu diesem schönen Gelände werden angebracht. Übrigens, jede/r, der noch etwas zu dem Fest beitragen möchte, ist herzlich willkommen.

Was ich sagen will...!

Frauen behaupten sich in ihrer Sprache
ABC Hüll, Drochtersen
16. bis 20.10.1989, Bildungsurlaub
Anmeldung & Information:
Denk(t)räume
Grindelallee 43 2000 Hamburg

Auf dem besten Weg in die Armut

○ Gibt es in der BRD eine 2/3-Gesellschaft?
○ Wen fängt das „soziale Netz" noch auf?
Informationen und Diskussionsbeiträge von den örtlichen Arbeitsloseninitiativen aus Preetz und Umgebung.
Information:
Bildungswerk „anders lernen e.V."
Ringstr. 9-11 2331 Barkelsby

28.9.1989 20.00 Uhr
im Initiativenbüro Preetz
Anmeldung:
Selbstverwaltete Begegnungs- und Bildungsstätte e.V., Preetz

17.10.1989 20.00 Uhr
in Neumünster
Anmeldung:
Kulturwerkstatt Neumünster e.V.

Neues Programm der Kurve Wustrow

Die Seminarübersicht kann kostenlos angefordert werden. Bis Februar 1990 werden sechzehn Wochenendseminare aus dem Themenspektrum der Ökologie-, Friedens-, Dritte Weltbewegung angeboten.
Bestellungen:
Kurve Wustrow
Kirchstr. 14 3135 Wustrow

Bildungsurlaub
Seminarreisen
Sprache und Soziokultur in Barcelona/Spanien,
vom 23.9.-8.10.89
1198,-- DM incl. Fahrt, Unterbringung, Vollpension, Unterricht und Reiseleitung
Alltag in der UdSSR – Wandel im Alltag?
Nowgorod und Leningrad/UdSSR, vom 7.-15.10.89 1380,-- DM incl. Fahrt/Flug, Unterbringung, Vollpension, Versicherung und Reiseleitung
Antifaschistischer Widerstand in Warschau/VR Polen, vom 14.-21.10.89
698,-- DM incl. Fahrt, Visa, Unterbringung, Vollpension, Reiseleitung
Information und Anmeldung:
Bildungswerk für Friedensarbeit
Alfred-Bozi-Str. 10, 4800 Bielefeld
Tel. (0521) 17 91 48

Kongreß »Handlungsfreiheit statt Freihandel«, EG-Binnenmarkt, GATT und die Auswirkungen
13.bis 15.10.1989
Information:
BUKO-Agrar-Koordination
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50
Tel. (040) 39 25 26

AG SPAK

Herbst, Düsseldorf – Wohnungspolitisches Treffen: **Analyse der neuen Wohnungsnot, Entwicklung von Formen des Widerstandes und der Zusammenarbeit.**
Information & Anmeldung:
AG SPAK-Regionalbüro
Kopernikusstr. 53, 4000 Düsseldorf

WDÖFF

Seminare, Bildungsurlaube, Fortbildung. Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit mit neuem Konzept. Neues Programm anfordern, z.B.: 25.-29.9. **Rhetorik mit Kinderbetreuung,** 29.9.-1.10. **Werkstatt für Demokratie, Teil I – Rhetorik – sich verständigen,** 23.-27.10. **Spielend spielen lernen mit der Kölner Spielewerkstatt.**
Außerdem: **Fußreflexzonenmassage, Anti-Streßtraining, Pädagogisches Rollenspiel, Methoden der Mädchenarbeit, Moderation von Gruppen.**
Das Programm anfordern:
Werkstatt für Demokratie
und Öffentlichkeitsarbeit
Estermannstr. 204, 5300 Bonn 1
Tel. (0228) 67 46 63

EG-Binnenmarkt

Haus Eichwald, Nunkirchen (Saarland)
15. bis 17.9.1989
Anmeldung & Information:
Ökologisches Bildungswerk Saar e.V.
Alte Feuerwache/Landwehrplatz
6600 Saarbrücken

TAGUNGSHÄUSER

Lindenhof e.V.

Restauriertes Gehöft in Franken, ruhig u. landschaftlich schön gelegen, ohne Wohngifte, Vollwertküche, Psychodramabühne, Gruppenräume
Seminarzentrum Lindenhof e.V.
R. Bock, 8551 Zochenreuth 19
Tel. (09204) 4 18

Lern=werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere »Lernwerkstatt« hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Pfm. enstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
Adresse:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.
Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 öS) abboniert. Ich weiß, daß ich das Abbonement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).